Nr. 494 ♦ 44. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 251

Morgenausgabe

Groß-Berlin 10 Pfg.
Auswärts 15 Pfg.

Bezugspreis:
Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 3.– Reichsmark voraus zahlbar. Unter Streifband im In- und Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts" mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen", „Aus der Flimmerwelt", „Frauenstimme", „Der Kinderfreund", „Jugend-Vorwärts", „Blick in die Bücherwelt" und „Kulturarbeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts
Berliner Volksblatt
Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:
Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5.– Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 40 Pfennig.

Anzeigenannahme im Hauptgeschäft, Lindenstraße 3, wochentäglich von 8½ bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292–297.

Mittwoch, den 19. Oktober 1927

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Postscheckkonto: Berlin 37 536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Wallstr. 65; Disconto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3.

Keine Zeit für Arbeiterfragen!

Der Reichstag berät das Schulgesetz! – Keine Zeit für Arbeiter! Keine Zeit für Rentner!

Das erste Siegesbulletin des Bürgerblocks wurde schon gestern abend durch Herrn Hugenbergs „Nachtausgabe" ausgegeben. Ein Vorstoß der Opposition ist glanzvoll abgeschlagen, der sozialdemokratische Antrag, die Not und den Kampf der mitteldeutschen Bergleute zu besprechen, statt dieses elenden Schulgesetzes, ist abgelehnt. Unter der geistigen Führung der Keudell und Mumm und der unübertrefflichen Geschäftsführung des deutschnationalen Vizepräsidenten Graef feiert der Bürgerblock Triumphe.

Es war wirklich ein schöner Anfang, und da man sich auf der Rechten über ihn so freut, so sei gleich dazu versprochen: Die Sozialdemokratie wird das Ihre dazu tun, daß es auch so weitergeht. Dem Bürgerblock soll, so oft ihm lieb ist — und möglicherweise noch öfter — Gelegenheit gegeben werden, so zu „siegen", wie er gestern gesiegt hat.

Ernstlich gesprochen: Niemand hat geglaubt, daß der Bürgerblock gleich bei den ersten Geschäftsordnungsabstimmungen nach den Ferien auseinanderfallen würde. Wohl hat auch das Zentrum eine Interpellation über Mitteldeutschland eingebracht, aber es ist ihm damit gar nicht so eilig. Am Sonnabend, wenn alles schon wieder nach Hause fahren will, kann vielleicht auch das noch nebenbei erledigt werden...

Zunächst aber muß das Schulgesetz in den Ausschuß. Was wird dort sein Schicksal sein? Der Demokrat Haas hat auf seine Frage, ob auch die volksparteilichen Minister den Entwurf decken — die nationalliberale Agitation im Lande behauptet das Gegenteil —, keine Antwort erhalten. Seine Hilflosigkeit, der Herr Reichsinnenminister, schwingt ein Blatt nach dem anderen, um den Entwurf zu verteidigen, und läßt eins nach dem anderen auf das Pult fallen. Außer diesem Manuskript hat er eine ausgezeichnet gebundene Krawatte und eine melancholische Stirnlocke zur Ausübung seines Berufs mitgebracht, sonst aber nichts, gar nichts. In seiner Rede gibt es nur einen Höhepunkt: „Es ist nicht meine Aufgabe..." liest er von einem Blatt und stockt, um zum nächsten zu greifen. „Sehr richtig!" dröhnt von links ein Massenchor des Hohns.

Nach diesem ermunternden Zwischenfall schlief jedoch der Reichstag so fest ein, daß der Redner der Sozialdemokratie, Genosse Schreck, Mühe hatte, ihn wieder zu wecken. Das gelang ihm zunächst, indem er sich bei Herrn v. Keudell nach dem Stand des Falles v. Treskow erkundigte. Herr v. Keudell sah erstaunt auf, und die melancholische Stirnlocke rutschte etwas tiefer. Sonst gab er natürlich keine Antwort. Sehr geschickt und unter allgemeinem Beifall der Fraktion entwickelte Schreck den sozialdemokratischen Standpunkt: Grundsätzlich im Ziel für die weltliche Schule, in diesem Kampf aber vor allem für die Verfassung und für den Schutz der Gemeinschaftsschule gegen den Versuch einer verfassungswidrigen Gesetzgebung.

Daß dem deutschnationalen Lizentiaten Mumm bei dem Gedanken, die Schule in die Hand der schwarzweißroten Landeskirche zu bekommen, schon das Wasser im Munde zusammenläuft, ist menschlich verständlich. Aber ist es schon so weit? Die Rede des Zentrumsmannes Rheinländer klingt nicht sehr zuversichtlich. Und heute spricht für die Partei, von der alles weitere abhängt, für die Volkspartei, Herr Runkel — und alles weitere ist dunkel.

Zum Schluß spielte man zu Ehren Heinrich von Kleists eine kleine Uebertragung des „Zerbrochenen Krugs" ins Parlamentarische. Mit der gleichen Meisterschaft wie der Dorfrichter Adam die Prozeßordnung, handhabte der deutschnationale Vizepräsident, Landgerichtsdirektor und Beinahe-Justizminister Graef die Geschäftsordnung des Reichstags. Man lachte Tränen, und erst nach und nach überwog der Gedanke, ob es denn nicht eine Schande sei, den Tribünen einen so geführten Reichstag zu zeigen. Der politische Sinn der Komödie bestand darin, daß Herr Graef seinen Parteigenossen die Entscheidung darüber ersparen wollte, ob ein demokratischer Antrag für ein Rentnerversorgungsgesetz auf die Tagesordnung gesetzt werden solle oder nicht. Das mißlang jedoch, und die Deutschnationalen mußten durch ihr Sitzenbleiben zeigen, daß sie für Notleidende keine Zeit haben, möge es sich nun um streikende Arbeiter oder um Rentner handeln.

Der Bürgerblock ist mit diesem Tag zufrieden? Wir sind es doppelt! Nur so weiter!

Die erste Sitzung des Reichstags wurde gestern um 15 Uhr vom Präsidenten Löbe eröffnet.

Das Haus ist gut besucht, die Tribünen sind überfüllt.

Abg. Müller-Franken (Soz.):

Ich beantrage im Auftrage der sozialdemokratischen Fraktion die erste Lesung des Reichsschulgesetzes, die als erster Punkt auf der Tagesordnung steht, wieder abzusetzen. Dieser Antrag meiner Fraktion ist sehr verständlich nach dem Schicksal, das die Regierungsvorlage im Reichsrat gehabt hat. Ich glaube nicht, daß seit dem Bestehen des Deutschen Reiches etwas Derartiges schon dagewesen ist. Die Vorlage ist im Reichsrat abgelehnt worden. Was tut die Regierung? Sie bringt ihren alten Gesetzentwurf unverändert wieder ein, der zweifellos verfassungsändernden Charakter hat. (Sehr wahr bei den Soz.) Der Reichsregierung ist es nicht gelungen, zu einer Verständigung mit den Ländern zu kommen. Es ist doch wenig wahrscheinlich, daß sich im Reichstag eine Mehrheit dafür finden wird. (Zuruf rechts: Dafür lassen Sie uns sorgen.) **Es liegt also keine Veranlassung vor, jetzt in die Beratung dieses Gesetzentwurfes einzutreten und die Zeit nutzlos zu vertrödeln.** (Zustimmung bei den Soz. — Lachen bei den Regierungsparteien.) Meine Fraktion schlägt vor, an Stelle des Reichsschulgesetzentwurfes die sozialdemokratische Interpellation über die Wirtschaftslage als ersten Punkt auf die heutige Tagesordnung zu setzen. Außerdem ist es notwendig, die von uns jetzt eingebrachte Interpellation über den Streik im mitteldeutschen Braunkohlenrevier sofort zu beraten. Ich mache noch besonders darauf aufmerksam, daß in diesem Streik die Gewerkschaften aller drei Richtungen Seite an Seite kämpfen. Ich weiß, daß die Frist für die Beratung dieser Interpellation noch nicht verstrichen ist, aber ich halte es für ausgeschlossen, daß die Regierung sich in diesem Falle hinter Formalitäten zurückziehen kann. (Sehr wahr bei den Soz.) Wir müssen noch in dieser Woche über diese wichtige Frage sprechen, um die Gefahren abzuwenden, die dem Wirtschaftsleben aus diesem Kampfe drohen; der Reichstag hat die Pflicht, der Regierung die Marschroute vorzuschreiben, die sie im Interesse der Bevölkerung einzuschlagen hat. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. **Frick** (Nat.-Soz.) wünscht Beratung der Novelle zum Reichsvereinsgesetz.

Abg. **Stöcker** (Komm.) beantragt gleichfalls die Absetzung des Schulgesetzentwurfs von der Tagesordnung. Er begründet einige Anträge der kommunistischen Fraktion zur sozialen Fürsorge und beantragt zum Schluß die Auflösung des Reichstags.

Reichsarbeitsminister **Brauns** erklärt zu der sozialdemokratischen Interpellation, daß das Reichsarbeitsministerium in ständiger Fühlung mit beiden Parteien im Bergarbeiterstreik stehe. Es sei begründete Hoffnung vorhanden, daß die Verhandlungen in den nächsten Tagen wieder aufgenommen und zu einer Befriedigung führen würden. Aus sachlichen Gründen sei es nicht zweckmäßig, jetzt schon in die Beratung der sozialdemokratischen Interpellation einzutreten, aber vor Ablauf dieser Woche sei die Regierung zu ihrer Beantwortung bereit.

Graf **Westarp** (Dnat.) wendet sich gegen die Absetzung der Schulvorlage, da deren Beratung den Dispositionen des Hauses entspreche.

Abg. **Haas** (Dem.) weist darauf hin, daß draußen im Lande gesagt wurde, die volksparteilichen Mitglieder der Regierung hätten sich mit der Einbringung der Vorlage nicht einverstanden erklärt. (Hört! hört! links.) Der Redner wünscht eine Erklärung der Regierung, ob das der Fall sei oder ob darüber Einstimmigkeit im Kabinett herrsche.

Abg. **Jadasch** (Komm.) bringt einen Mißtrauensantrag gegen den Reichsarbeitsminister Brauns ein und verweist dabei auf die Angriffe, die im „8-Uhr-Abendblatt" gegen den Minister wegen seines Verhaltens im mitteldeutschen Bergbaukonflikt erhoben worden seien.

Reichsarbeitsminister **Brauns** weist diese Angriffe als durchaus falsch zurück.

Abg. **v. Guérard** (Z.) bestreitet, daß die Schulvorlage verfassungsändernden Charakter habe. Die Reichsregierung sei befugt gewesen, die Vorlage auch nach der Ablehnung im Reichsrat hier einzubringen, ohne daß sie sagen müsse, wie der Beschluß darüber zustande gekommen sei. Das Zentrum war schon an sehr vielen Regierungen beteiligt. (Heiterkeit.) Wenn Sie das noch nicht bemerkt haben, so tut es mir leid. (Erneute Heiterkeit.)

Abg. **Haas** (Dem.) wiederholt sein Verlangen, daß die Regierung eine Erklärung darüber abgeben solle, wie die volksparteilichen Minister zu der Schulvorlage stehen. Tue sie das nicht, so werde man im Lande wissen, wie das Verhalten der Volkspartei einzuschätzen sei. — Damit ist die Geschäftsordnungsdebatte beendet.

Der sozialdemokratische Antrag auf Absetzung des Schulgesetzentwurfs und auf die Besprechung der sozialdemokratischen Interpellationen wird von den Regierungsparteien abgelehnt,

ebenso die weiteren Anträge zur Tagesordnung.

Das Haus beginnt dann die erste Beratung des Entwurfs eines Reichsschulgesetzes. Sie wird begründet vom Reichsinnenminister Keudell. Ueber die Beratungen berichten wir in der Beilage.

Heute 19½ Uhr Protestversammlung im Lehrervereinshaus, Alexanderplatz. — Referent: Genosse Schreck-Bielefeld.

Vermittlung im Bergarbeiterstreik.

Morgen Verhandlungen in Berlin. – Der Streik wächst – die Reaktion tobt.

Zur Fortsetzung des Einigungs- und Schlichtungsverfahrens im Lohnstreik im Mitteldeutschen Braunkohlenbergbau hat der Schlichter die Parteien auf Donnerstag, den 20. Oktober, nach Berlin geladen.

Aufruf der Streikleitung.

Halle, 18. Oktober. (Eigenbericht.)

Die Zentralstreikleitung in Halle hat am Dienstagabend folgenden Aufruf erlassen:

„Die mitteldeutschen Braunkohlenbergarbeiter stehen seit Montag im Streik zur Erzielung besserer Löhne. Dieser Kampf ist rein wirtschaftlicher Natur; er hat mit anderen Bestrebungen nichts zu tun. Der Lohnkampf wird nur von den Gewerkschaften geführt. Obwohl nicht der mindeste Anlaß zu besonderen politischen Maßnahmen vorliegt, haben eine Anzahl Behörden, insbesondere in den Revieren Halle, Kassel, Helmstedt und Senftenberg, Polizeiverstärkungen durchgeführt.

Teilweise haben Landjäger und Schupo eine einseitige Haltung gegen die Streikenden eingenommen, sogar Flugblätter beschlagnahmt und das Streikpostenstehen zu verhindern gesucht. Bei vielen Werken sind Polizeikommandos stationiert worden. Gegen diese Maßnahmen sind bei den zuständigen Regierungsstellen Beschwerden erhoben worden.

Es hat den Anschein, als ob einige Behörden völlig unter dem Einfluß der Grubendirektionen stehen. Wir halten diese Polizeimaßnahme für völlig unberechtigt und für nicht notwendig. Streikleitungen und Streikende werden ohne Mithilfe der Polizei alles tun, was notwendig zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit ist. Die Streikleitung fordert aber dennoch die Belegschaft der mitteldeutschen Braunkohlenindustrie dringend auf, Ordnung und Disziplin zu wahren und den Anordnungen der Gewerkschaften Folge zu leisten."

Die Polizei soll helfen!

Terrorismuslügen der Scharfmacher.

Halle, 18. Oktober. (Eigenbericht.)

Der Braunkohlen-Industrieverein Halle setzte am Dienstag seine Versuche fort, die Polizei gegen die Streikenden mobil zu machen. Zu diesem Zwecke greift der Verband zu der übelsten Hetzarbeit. Am Dienstag abend gab er ein Kommuniqué über die Streiklage heraus, in dem es wörtlich heißt: „Der Terror macht sich in sämtlichen Revieren nach wie vor in aller Schärfe bemerkbar. Er wird von Werkfremden ausgeübt, die eigens zu diesem Zwecke herangezogen worden sind. (!) Stellenweise sind die Frauen der arbeitswilligen Belegschaftsmitglieder an die Werksdirektoren herangetreten mit der Bitte, einen größeren Schutz der Männer zu erwirken. (Rührend!) Es werden auf den Revieren sehr viele Fälle von tätlichen Angriffen auf Arbeitswillige bekannt. Im Lausitzer Revier waren am ersten Tage bereits 25 protokollarisch festgelegte Fälle zu verzeichnen. Obwohl diese Fälle dem zuständigen Landrat gemeldet wurden, wurde bis zur Stunde für keinen ausreichenden Schutz der Arbeitswilligen gesorgt. Besonders werden viele Klagen über den Mangel an Schutz der Arbeitswilligen aus Thüringen und Anhalt gemeldet. Wo sich der Terror nicht in dem Umfange auswirken kann, ist ein Abflauen der Streiklage festzustellen."

Wir können nach Erkundigung an zuständiger Stelle mitteilen, daß die Darstellung des halleschen Arbeitgeberverbandes **nicht** zutrifft und auf Erfindung beruht: **sie ist von A bis Z erlogen.** Die ganze Streiklage erscheint offenbar den Arbeitgebern

heute selbst derart schlecht, daß sie zu dem letzten Mittel greifen, durch Mißbrauch der Polizei den Streik zu erdrosseln. Die Verantwortung für dieses Vorgehen tragen die Unternehmer. Die Regierungsstellen dürfen nicht ohne Prüfung der wirklichen Lage auf die Wünsche der Unternehmer eingehen.

Wer hat die Handgranaten geliefert?

Senftenberg, 18. Oktober. (WTB.)

Wie die Ilse Bergwerk A.-G. mitteilt, ist heute nachmittag ein Sabotageakt vermittels Handgranaten auf ihre Grubenanschlußbahn nach Groß-Räschen versucht worden. Da der Anschlag rechtzeitig entdeckt wurde, ist keinerlei Schaden angerichtet worden.

Die Ilse Bergwerk A.-G. hat heute nachmittag dem Reichsministerium des Innern, dem Regierungspräsidenten und dem Landrat den Anschlag zur Kenntnis gebracht. Wie die Verwaltung der Ilse weiter mitteilt, häufen sich die Terrorakte Streikender gegen Arbeitswillige.

Stahlhelmer überfallen Streikposten.

Forst, 18. Oktober. (Eigenbericht.)

Auf der Grube Plessa in der Niederlausitz wurden zwei Streikposten von Stahlhelmern überfallen, die mit Revolvern und mit Stahlruten bewaffnet waren. Die Streikposten ergriffen vor den Stahlhelmern die Flucht. Darauf zog einer der Stahlhelmer, ein Steiger der bestreikten Grube Plessa, den Revolver und feuerte nach einem Streikposten. Die Kugel pfiff dem Mann am Kopf vorbei. Es ist nur dem Zufall zu verdanken, daß diese abscheuliche Tat ohne blutiges Opfer blieb.

Regelung der Notstandsarbeiten.

Halle, 18. Oktober. (Eigenbericht.)

Die zentrale Streikleitung ist am Dienstag um 12 Uhr zusammengetreten. In der Sitzung wurde die Natur der zu leistenden Notstandsarbeiten näher festgelegt. Als Notstandsarbeiten gelten Arbeiten, um die Gruben vor dem Ersaufen zu sichern. Weiter müssen die notwendigen Arbeiten in den Kessel- und Maschinenhäusern und Schwelereien geleistet werden. Sicherzustellen ist auch die Versorgung von Krankenhäusern mit Licht und Kraft. Jede Produktion, die nicht den Zwecken der Notstandsarbeiten dient, muß unterbunden werden. Die Ausführung von Notstandsarbeiten liegt in der Hand der am Streik beteiligten Organisationen. Die dafür erforderlichen Arbeiter werden von den örtlichen Streikleitungen bestimmt.

Ueber die Regelung der Notstandsarbeiten hat die Zentralstreikleitung am Dienstagabend folgenden Beschluß veröffentlicht:

„Die Zentralstreikleitung hat zu Beginn des Kampfes Richtlinien für die örtlichen Streikleitungen herausgegeben über die Regelung von Notstandsarbeiten. Trotz allem ist bereits in einem Fall die Technische Nothilfe eingesetzt worden. Die Zentralstreikleitung erklärt nochmals, daß dringende Notstandsarbeiten von den Streikenden verrichtet werden. Die Entscheidung über die Notwendigkeit und den Umfang der Notstandsarbeiten obliegt zunächst den örtlichen Streikleitungen mit den örtlichen Organisationen. In Streitfällen ist die Zentralstreikleitung schnellstens zur Vermittlung anzurufen. Sollte dennoch ohne Voraufgehen solcher Verhandlungen die Technische Nothilfe in einem Betriebe eingesetzt werden, so wird die Zentralstreikleitung als Gegenmaßnahme die Zurücknahme sämtlicher Notstandsarbeiter sofort anordnen."

Der Aufruf ist unterzeichnet von dem Deutschen Bergarbeiterverband, von dem Gewerkverein christlicher Bergarbeiter, den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften, von dem Deutschen Metallarbeiterverband, dem Verband der Maschinisten und Heizer und dem Fabrikarbeiterverband.

Das Leipziger Rathaus als Streikbrecherquartier.

Leipzig, 18. Oktober. (Eigenbericht.)

Eine ungeheuerliche Anmaßung und eine offensichtliche Parteinahme für die Bergbarone erlaubt sich der Rat der Stadt Leipzig. Er hat nicht nur im Rathaus die Technische Nothilfe unergebracht, um den streikenden Bergarbeitern im Braunkohlenwerk in Böhlen in den Rücken zu fallen, sondern er stationiert auch noch Polizei im Rathaus zum Schutz der Technischen Nothilfe. Auch wurden am Dienstag zwei staatliche Kraftwagen mit Leuten der Technischen Nothilfe, begleitet von zwei Ueberfallkommandos der Polizei, die mit Karabinern ausgerüstet sind, nach Böhlen geschickt. Die streikenden Bergarbeiter werden sich durch diese Maßnahmen nicht provozieren lassen, sondern den ihnen aufgezwungenen Streik trotz aller Schikanen zu führen wissen. Es sind sofort Schritte unternommen worden, um den Rat der Stadt Leipzig zu bestimmen, daß das Rathaus als Hauptquartier der Streikbrecher nicht mehr zur Verfügung gestellt wird.

Streikwurst und Streikbrecher.

Halle, 18. Oktober. (Eigenbericht.)

Der Streik tut seine Wirkung. Vielfach haben Unternehmer sich bereit erklärt, die geforderte Lohnzahlung zu bewilligen. So lief bei der zentralen Streikleitung folgendes Schreiben der Grube Otto in Reußen bei Theißen ein:

„Hierdurch verpflichten wir uns, für die Dauer des Streiks die geforderten 80 Pf. Zulage pro Schicht unserer Gewerkschaft zu zahlen, jedoch unter der Bedingung, daß nach Beendigung des Streiks die tariflichen Löhne auch von uns bezahlt werden. Grube Otto."

Weniger vernünftig als die Verwaltung der Grube Otto sind andere Werke. Mit den unmöglichsten Mitteln versucht man, Streikbrecher zu bekommen. Ganz genial geht die Grube Julius im Revier Forst vor. Jeder Streikbrecher bekommt dort zum Mittagessen und zum Frühstück ein halbes Pfund Wurst. Der Direktor der Zeche Julius scheint ein großzügig veranlagter Mensch zu sein. Er hat erklärt, mit der Streikwurst halte er es durch, mag es kosten, was es will.

Mit solchen und ähnlichen Bauernfängereien haben die Werke aber nur in vereinzelten Fällen Glück. Es versteht sich von selbst, daß unter 70 000 Menschen hier und da auf der Grube irgendein geistig hoffnungslos zurückgebliebener Heuer steckt, der den Sinn des Kampfes nicht begreift und auf die Streikwurst reinfällt. Der örtlichen Streikleitung in Halle liegt z. B. ein Schreiben vor, in dem ein Streikbrecher den Verrat an seinen Klassengenossen begründet. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut: „Werte Kollegen! Ich will höher steigen und der Streik bringt mich runter. Deshalb kann ich den Streik nicht mitmachen." Dieser Brief ist von dem kommunistischen Vertrauensmann Rietz in Rietleben geschrieben.

Noch eine andere Episode soll hier erwähnt werden, die unter den Streikenden sehr viel belacht wird. Ein Streikbrecher hat nicht den Mut, sich vor seinen Kollegen auf der Straße zu zeigen. Er bleibt deshalb Tag und Nacht auf der Grube. Seiner Frau, die keineswegs mit dem Verhalten ihres Mannes einverstanden ist, schrieb er einen Brief, in dem er sein Ausbleiben entschuldigt. Der Brief schließt mit den folgenden, geradezu klassischen Worten: „Du mußt mein Ausbleiben in den nächsten Tagen begreifen. Bleibe mir während des treu. Dein Emil."

Die Rolle der kommunistischen Presse.

Bochum, 18. Oktober. (Eigenbericht.)

Die „Rote Fahne", der „Klassenkampf" in Halle, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" in Essen und andere den genannten Zeitungen geistig nahestehende Organe teilen mit, daß die mit den Verhandlungen Beauftragten von der ursprünglichen Forderung, die Löhne der Braunkohlenbergarbeiter um 80 Pf. pro Schicht zu erhöhen, abgewichen sind. Das ist, wie der Verband der Bergarbeiter Deutschlands mitteilt, nicht wahr. Die Meldung wird lediglich verbreitet, um Verwirrung zu stiften und das Vertrauen zu den Gewerkschaften zu erschüttern.

Auch das Braunschweiger Revier im Streik.

Braunschweig, 18. Oktober. (TU.)

In den Bergarbeiterversammlungen in Helmstedt, Sommersdorf, Harbke und Barneberg ist jetzt ebenfalls im Anschluß an den mitteldeutschen Bergarbeiterstreik der Ausstand beschlossen worden. Einstimmig wurde die vom Schlichter des Reichsarbeitsministeriums vorgeschlagene Lohnerhöhung von vier bis sechs Prozent abgelehnt. Damit ist der Ausstand auch in Braunschweig zur Tatsache geworden. Der Betrieb der braunschweigischen Kohlenbergwerke ruht vollkommen.

Streikfolgen für den Freistaat Sachsen.

Im Freistaat Sachsen besteht die Gefahr, daß die Energieversorgung infolge Kohlenmangels völlig zum Erliegen kommt. Vor allem hat die wichtige Sächsische Werke A.-G. nur ganz geringe Kohlenvorräte. Das sächsische Wirtschaftsministerium und die Zentralstreikleitung werden am Mittwoch morgen über die Lage in Sachsen beratschlagen. Ort der Zusammenkunft ist Dresden.

Verhandlungen mit der „Teno".

Die Vorstandsmitglieder des Deutschen Bergarbeiterverbandes und die Leitung der Technischen Nothilfe werden am Mittwoch morgen in Berlin über die Lage im Streikrevier verhandeln. Im Streikrevier ist ohne alle Ursache hier und da die Technische Nothilfe eingesetzt worden. Dieses unnötige Vorgehen der Technischen Nothilfe hat die Erregung der Bevölkerung stark gesteigert.

Achtzig Pfennige Lohnerhöhung pro Schicht!

Zur Lohnforderung der streikenden Bergarbeiter meldet der Sonderberichterstatter des christlichen „Deutschen" am Mittwoch aus Halle, aus vielen Gesprächen mit den Streikenden gehe hervor, daß sie nicht gewillt sind, von ihrer Forderung von 80 Pf. Lohnerhöhung pro Schicht abzugehen. Diese Forderung müsse in Anbetracht des niedrigen Lohnes als sehr bescheiden angesehen werden. Die Gewerkschaften könnten die Leute nicht wieder in die Betriebe bringen, wenn die ursprüngliche Forderung nicht erfüllt wird. Wenn die Gewerkschaften jetzt zurückgehen wollten, so würde die Bewegung bestimmt ins kommunistische Fahrwasser geraten. Bei etwaigen Einigungsverhandlungen müsse dieser Umstand unbedingt berücksichtigt werden. Nur kein Kompromiß, das sei der Wille der Bergarbeiter.

Eine verdiente Antwort.

Auf kommunistische Einheitsfrontmanöver.

Die Kommunisten haben der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion den Vorschlag gemacht, gemeinsame Maßnahmen gegen die Politik der Bürgerblockregierung durchzuführen. Insbesondere wird vorgeschlagen ein gemeinsames Vorgehen für die Sicherung der Streikfreiheit, für die Erhöhung der Bezüge der Rentner, gegen den Reichsschulgesetzentwurf und für die sofortige Auflösung des Reichstags.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat auf dieses Anerbieten folgende Antwort erteilt:

„Auf Ihr Schreiben vom 18. Oktober 1927 teilen wir Ihnen mit: Solange die Kommunistische Partei und die kommunistische Reichstagsfraktion ihre Hauptaufgabe in der verleumderischen und gehässigen Bekämpfung der Sozialdemokratie erblicken und damit den Zwiespalt in der Arbeiterklasse unausgesetzt verschärfen, halten wir die Aufforderung zu gemeinsamem Vorgehen nicht für ehrlich gemeint."

Die Kommunisten werden keine andere Antwort erwartet haben. Die Sozialdemokratie weiß, was sie zur Wahrung der Arbeiterinteressen zu tun hat. Würden die Kommunisten mittun, statt zu schimpfen und Ränke zu spinnen, wäre die „Einheitsfront" schon da!

Wer wird Botschafter in Washington?

Neuester Kandidat: Stauß, in Firma Deutsche Bank.

Noch immer ist die Stelle des deutschen Botschafters in den Vereinigten Staaten unbesetzt. Seit dem tragischen Tode des Freiherrn v. Maltzan hat der Rechtsblock keine Persönlichkeit ausfindig machen können, die zur Uebernahme dieses außerordentlich wichtigen Amtes geeignet und gewillt wäre. Als neuester Kandidat wird uns jetzt von zuverlässiger Seite der Direktor der Deutschen Bank, v. Stauß, genannt.

Emil v. Stauß bringt außer den bekannten privatwirtschaftlichen Interessen seines jetzigen Arbeitgebers keine irgendwie hervorstechende Eignung für das Amt mit, das die Pflege der Beziehungen zwischen Deutschland und seinem mächtigsten Gläubiger zu betreuen hat. Weder seine vielfach krisierte Tätigkeit als Bankleiter noch die Petroleuminteressen der Deutschen Bank in den Vereinigten Staaten sind eine ausreichende Legitimation für eine derartige Kandidatur. Man kann also hoffen, daß auch seine Benennung durch ein amtliches Dementi widerlegt werden wird wie schon viele vorher. Oder sollte der Besitzbürgerblock die Auffrischung seines Beamtenstabes mit Führern der Hochfinanz so dringend nötig haben?

Die Musterfamilie.

Einst hing ihr Bild in der Guten Stube" des Normalbürgers (vielleicht hängt es noch da): das edle Familienoberhaupt als Zentralgestirn der Gruppe in den Sessel gelehnt, mit selbstzufriedenem Blick die Seinen überschauend, bescheiden mütterlich die Gattin neben ihm, sechs Söhne — die Verheirateten ihre Frauen am Arm — etwas nichtssagend im Halbkreis gruppiert, das halbwüchsige Töchterlein — Papas Liebling — diesem einen Blumenstrauß überreichend. Irgendwo noch ein lässig hingestrecktes Windspiel — kurz und gut: vornehmste wie anheimelndste Familienatmosphäre. „Unser Kaiserhaus" stand darunter zu lesen.

Es war ja damals so leicht, eine Musterfamilie, die Idealfamilie aller Schulzens und Krausens zu sein. Brachte doch die geringste Anzweiflung des Idealzustandes unweigerlich langdauernde Bekanntschaft mit dem Gefängnis ein. Das ist just zwanzig Jahre her. Da hatte ein sozialdemokratisches Blatt — es sollte einmal wieder die Zivilliste erhöht werden — diskret angedeutet, daß doch auch die erwachsenen Prinzen, wie das von jedem anderen verlangt werde, durch Arbeit Geld verdienen könnten. Dafür setzte es prompt sechs Monate Gefängnis wegen Prinzenbeleidigung, wobei die Urteilsbegründung patriotisch entrüstet aussprach, daß in den Prinzen „der Stolz und die Freude der Nation" getroffen sei. (Solche kleinen Aufmerksamkeiten pflegten einen Kronenorden vierter einzubringen.)

Ach, wie sieht es um „Stolz und Freude der Nation" aus, seitdem kein Majestätsbeleidigungsparagraph mehr die Familie Hohenzollern schützt! Wie ist der Familienimbus zerstoben! Höchst unbürgerlich hat der eine sich scheiden lassen, der andere durch Selbstmord geendet, und was man über die erotischen Taten eines gewissen Dritten in Charleville erfahren hat, paßt auch nicht gerade in ein Töchteralbum. Und Wilhelm selbst? Er, der öffentlich redend seine Gattin in gewohnter Bescheidenheit als „Musterbild der deutschen Frau" verherrlicht hatte, er konnte nach dem Tode der angeblich Unvergeßlichen kaum abwarten, mit einer bedeutend Jüngeren in das frischgemachte Ehebett zu schlüpfen.

Aber seine Sehnsucht nach Jugend sieht sich übertrumpft. Die 62jährige Schwester stellt den Bruder in den Schatten. Schien ihm bei seinen Fähigkeiten ein Altersunterschied von 25 Jahren nicht unüberbrückbar, so tut sie es nicht unter 40 Jahren Altersunterschied. Ein 25jähriger Fant, ein jugendlicher Eintänzer muß es sein, der ihrem Greisenherzen letzte Liebesfreuden verschafft. Wo ist der Operettenkomponist, der diesen Stoff bewältigt?! Aber leugne noch einer, daß die Demokratie des Zeitalters nicht auf unsere Allerhöchsten abgefärbt hat! Mit Standesunterschieden hält sich keiner mehr auf. Ein Anhaltiner heiratet mitten ins Theater hinein, eine Hohenzollernsche in die Tanzdiele.

Eigentlich sollten die Herrschaften der Revolution dankbar sein. Sie gestattet ihnen — was vordem unmöglich gewesen wäre —, als die Menschen zu leben, die sie sind. Sie büßen freilich dieses Recht mit dem Verlust des besonderen Nimbus, der sie einst umgab. Sie dürfen wohl Menschen sein, sind's auch, — aber daß sie sich als so kleine und lächerliche Menschlein entpuppen, das liegt an ihrer eigenen Qualität. Nicht etwa, daß wir in dem späten Liebesrausch der alten Hohenzollernschachtel abgrundtiefe Verworfenheit sehen. Es ist nur Durchschnittliches, allzu Durchschnittliches! In jedem Animierlokal, das Vergnügungsstätte nichtstuerischer Luxusmenschen ist, kann man ähnliches beobachten; wie Greisinnen Knaben umschwärmen und kahlköpfige Lustknaben just die jüngsten Nutten auf den Knien wiegen. Aber niemand wird diese Spezies als Musterexemplare der menschlichen Gattung oder gar als Erhabenheiten betrachten, sondern eher als dankbare Vorwürfe für Lustspiele und ätzende Zeitsatire.

Ganz ähnlich steht's mit der „Musterfamilie" Hohenzollern. Sie sieht, ganz erklärlich, in natura anders aus als im bengalischen Scheinwerferlicht des Byzantinismus. Sieht sehr mäßig, sehr unköniglich, sieht im Grunde so aus, wie etwa die reich gewordene Familie Raffke im Sittenroman geschildert wird. Aus den Musterknaben sind Muster ohne Wert geworden, aus den steinernen Erhabenheiten entsetzlich menschliche Menschlein.

Als Verlobte empfehlen sich: Ihre Kgl. Hoheit Prinzessin Viktoria von Hohenzollern — Eintänzer Zoubkoff...

Das Ende einer Musterfamilie! Jonathan.

Kleists Antwort.

Das freundliche Städtchen an der Oder, das beinahe wie ein vorgeschobener Posten der Reichshauptstadt anmutet, Frankfurt, bot den äußeren Schauplatz für einen „Fall Kleist", während die eigentliche Kampfstätte die feierliche Versammlung war, die am 16. Oktober seinen Erinnerungstag gefeiert hat. Man muß schon von einer Kampfstätte sprechen. Denn hier stießen aufeinander: der „Spießer" auf den Menschen ohne seelische Verkrüppelungen, der aufgeschlossene, die Wirklichkeit nicht umlügende Mensch auf den Menschenschlag, für den die Zeit stehen geblieben zu sein scheint.

Wilhelm von Scholz, der Präsident der Dichterakademie, rühmte die Vaterlandsidee bei Kleist, feierte das Gefühl Kleists von dem größeren Vaterlande und Kleists Gemeinschaftswillen, der auch mit Selbstverständlichkeit das „Menschheitsvaterland" nicht missen wollte. Darob große Erschütterung bei einem Teil der Feiernden. Was, Kleist und Menschheitsgefühl, Kleist, der ein Preuße war, ja, von einigen sogar als ausgesprochener Brandenburger deklariert wird? Und das jetzt gesagt, wo alles darauf ankommt, verstaubte Embleme wieder aufzufrischen und den Kampf gegen die bessere Erkenntnis einer neuen Zeit mit größter Anspannung zu führen? Das war zuviel, die Spießerseele kochte.

Fragen wir Kleist selbst, was er von einer deutschen Gemeinschaft dachte und ob sein Ideal das derer ist, die ihn heute nur für ein Land oder gar für eine Provinz als geistigen Heros reservieren möchten. Im Jahre 1809 schrieb er einen Aufsatz, „Was gilts in diesem Kriege" und darin sagt er folgendes: „Eine Gemeinschaft gilt es, deren Wurzeln tausendästig, einer Eiche gleich, in den Boden der Zeit eingreifen, deren Wipfel, Tugend und Sittlichkeit überschattend an den silbernen Saum der Wolken rührt, deren Dasein durch das Drittel eines Erdalters geheiligt worden ist; eine Gemeinschaft, die unbekannt mit dem Geist der Herrschsucht und Eroberung, des Daseins und der Duldung so würdig ist, wie irgendeines; die ihren Ruhm nicht einmal denken kann, sie müßte denn den Ruhm zugleich und das Heil aller übrigen denken, die den Erdkreis bewohnen..."

Das ist die Antwort Kleists auf die Bemühungen aller derer, die in engstirnigem Nationalismus, Partei- und Standesegoismus ihn als ein willfähriges Werkzeug dazu mißbrauchen möchten, dem Spießer ein Idol zu schaffen, auf daß er weiterhin Spießer bleibe.

Lindberghs Bericht. Als Lindbergh der Flug über den Ozean gelungen war, wurde einem Berufsschriftsteller ein Buch über Werden und Taten des Fliegers in Auftrag gegeben, denn dieser scheute sich davor, selbst über sich zu schreiben. Als ihm aber die Korrekturen vorgelegt wurden, empörte sich sein bescheidener Sinn gegen die marktschreierische Schreibweise des Literaten und er versagte die Druckerlaubnis. Amerika war bestürzt; Tausende von Telegrammen und Briefen gingen täglich ein und flehten ihn an, seinen Entschluß umzustoßen. Da setzte Lindbergh sich hin und schrieb das Buch „Wir zwei. Im Flugzeug über den Atlantik", das demnächst bei F. A. Brockhaus in Leipzig erscheint und ein getreuer Spiegel seines sympathischen Wesens ist. Es beweist auch, daß Lindbergh durchaus nicht der unüberlegte Wagehals ist, für den man ihn oft hält. Er begann schon im Herbst 1926 den Flug zu erwägen; alle Möglichkeiten des Unternehmens wurden in Betracht gezogen. Einen Begriff von seinen umfassenden Vorbereitungen gibt z. B. die interessante Aufstellung der Gegenstände, die er bei seinem Flug mit sich führte. Es befinden sich darunter u. a. neben zwei Behältern mit zusammen 4½ Litern Trinkwasser ein „Armbrustbecher", eine Einrichtung, um die Feuchtigkeit des menschlichen Atems als Trinkwasser niederzuschlagen.

Bären als Frühstücksgäste. Fünf Bären statteten kürzlich einem Sanatorium bei Serajewo einen Besuch ab, zum panischen Schrecken der Patienten, die gerade im Garten ihr Frühstück einnahmen. Plötzlich trat aus dem an den Garten grenzenden Wäldchen eine große Bärin mit ihren vier Sprößlingen heraus und kurz entschlossen in den Garten hinein, unbekümmert um das Geschrei der Patienten und Krankenschwestern. Die Bären beschnüffelten und kosteten von den guten Dingen auf der Frühstückstafel und trotteten dann gemütlich wieder davon. Die herbeigerufenen Polizisten durften jedoch die Bären nicht erschießen, da diese in Anbetracht ihrer Seltenheit unter dem Schutz der Gesetze stehen. Man entsandte daher eine Patrouille in den Wald, die die Bären in die benachbarten Berge zurücktrieb.

Aber Ferdinand! Die Piscator-Bühne wollte in ihrer nächsten Premiere „Rasputin" auch Wilhelm II. auftreten und diese Rolle durch Ferdinand Bonn besetzen lassen. Ferdinand will aber nicht, da er schon einmal als Film-Wilhelm „Mißdeutungen hervorgerufen habe". Schade, F. B. hätte einen prachtvollen Wilhelm auf die Beine gestellt. In seinen Ansprachen an das deutsche Volk bewies er als Direktor des Berliner Theaters einen durchaus ebenbürtigen Geist. Er war das auf der Bühne, was Wilhelm auf dem Throne war.

Der Bergbau kann zahlen!

Das Recht der Bergarbeiter.

In dem Kampf der mitteldeutschen Bergarbeiter um einen gerechten Lohn sind die Gründe, mit denen die Bergherren die Erhöhung des Schichtlohnes ablehnen, wohl das armseligste Kapital. Die Bergherren geben zu, daß die Erhöhung der Löhne vollauf gerechtfertigt ist. Sie erkennen damit die Gründe der Bergarbeiter als richtig an. Aber sie sagen, daß sie die höheren Löhne nicht zahlen können, wenn die Preise für Briketts nicht erhöht werden. Sie setzen sich über die Notwendigkeit hinweg, daß die Gesamtwirtschaft gerade heute am allerwenigsten Preiserhöhungen vertragen kann, während kein Zweifel darüber besteht, daß die mindestens 22 Millionen Mark Gewinne, die bei den großen Werken Mitteldeutschlands im vorigen Jahre gemacht wurden, in diesem Jahre noch übertroffen werden.

Hinter der Behauptung der Braunkohlenherren, daß die Braunkohlenindustrie die Erhöhung der Löhne nicht tragen könne, steckt eine ungeheuerliche Demagogie. In den letzten Jahren haben wir immer wieder darauf hingewiesen, daß die deutschen Braunkohlengesellschaften das Aktienkapital, für das sie Dividende verlangen, gegenüber der Vorkriegszeit viel höher angesetzt haben, als sie seitdem Geld in ihre Werke gesteckt haben. Die Braunkohlenherren übersehen wissentlich, daß alle Selbstkostenrechnungen, die von ihnen aufgestellt werden, eine Menge von Gewinnquellen nicht berücksichtigen, aus denen Lohnerhöhungen getragen werden könnten.

Die ganze Braunkohlenindustrie, einschließlich der Syndikate und des Handels, ist es, die für die Durchführung der von keiner Seite in ihrer Notwendigkeit bestrittenen Lohnerhöhung zu haften hat. Die Braunkohlenherren haben sich daran gewöhnt, daß die öffentliche Preiskontrolle, die vom Reich ausgeübt wird, ihnen eine Dividende für ihr Kapital bringen muß; der Unwirtschaftlichkeit bei der Führung der Betriebe ist damit Tor und Tür geöffnet. Sie haben sich entwöhnt, selbst noch das Risiko für das investierte Kapital zu tragen und machen die den Preis kontrollierenden Stellen für das Unternehmerrisiko haftbar, das sie selbst zu tragen haben. Das kann und darf die Allgemeinheit nicht dulden; würden doch sonst die gesetzlich überwachten Industrien zu einem Ballast der Gesamtwirtschaft werden, der diese gefährdet, statt sie zu fördern.

Daß in den Syndikaten den Handelsgesellschaften der Braunkohlenindustrie Geld verschleudert wird, das hat die Enthüllung der Skandale im ostelbischen Braunkohlensyndikat gezeigt. Dort wurde in wenigen Jahren 5 Millionen Mark vergeudet, deren Hereinbringung selbstverständlich unter den Selbstkosten der Braunkohlengruben erscheint, nicht aber in der Gewinnrechnung, aus der sich die Braunkohlenherren nichts streichen lassen. Jetzt werden uns aus demselben Kreis von Skandalen Tatsachen bekannt, die geradezu zum Himmel schreien. Das Schiedsgericht, das zur Beseitigung der Skandalaffären tätig war, hat nach den Buchungen im ostelbischen Braunkohlensyndikat die runde Summe von 186 000 M. gekostet. Zwar erhob sich gegen diese Festsetzung einiger Widerstand, aber man hat es schließlich doch für gut gehalten, derartig hohe Beträge auszuwerfen. Man hat die Generaldirektoren des Syndikats entlassen und neue eingestellt. Der neue Generaldirektor Staatssekretär a. D. Walther bezieht neben einer sehr hohen Pension ein Nettogehalt von 68 000 M. Die Wohnräume für die beiden Generaldirektoren wurden um den Preis von 39 000 M. neu hergerichtet. Das alles geht auf Kosten des ostelbischen Braunkohlensyndikats, das durch die Spekulationen der entlassenen Direktoren eben erst die schwersten Verluste hatte. Alle diese Kosten gelten als „Selbstkosten" und müssen dann beweisen, daß ohne eine Preiserhöhung unmöglich die Lohnerhöhungen getragen werden können.

Freilich: im Syndikat wird rationalisiert, weil die zwei Generaldirektoren neu eingestellt worden, den Entlassenen große Abfindungssummen bezahlt wurden, wird 20 Angestellten gekündigt, und um das ganze Syndikat umzustellen, wird vorsorglich sämtlichen Angestellten zum 31. Dezember d. J. gekündigt. Da braucht man sich nicht zu wundern, wenn der Unterschied zwischen dem Preis, den die Werke für Briketts erhalten, und dem Preis, zu dem die Briketts an den Handel kommen, so unglaublich groß ist.

Gewiß sind die Braunkohlenherren für die Preise, die der Brikettthandel vom letzten Käufer nimmt, im ganzen nicht verantwortlich, wenn man von dem Preis ab Syndikat absieht. Aber es ist Tatsache, daß gerade die Braunkohlensyndikate sehr scharf auf die Einhaltung der Höchstpreise, zum Beispiel im Berliner Einzelhandel, drücken, weil sie sich für ihren für später erstrebten Direkthandel von den Außenseitern die Preise nicht verderben lassen wollen. Uns wird mitgeteilt, daß alte, große, solide Berliner Firmen die Briketts billiger verkaufen wollen, daß aber die organisierten Kohlenhändler Berlins mit schweren Strafen gegen sie vorgehen. Deutlicher kann der Beweis nicht geliefert werden, daß die Handelsspanne im Kleinhandel trotz aller Beteuerungen erheblich kleiner sein könnte.

Die Braunkohlenherren verschweigen aber auch ihre sehr großen Vorteile aus der Gewinnung von Braunkohlenteer und Braunkohlenkoks. Der Brikettpreis, auf dem herumgeritten wird, hat für große Teile der Braunkohlenindustrie gar keine Bedeutung. Die ganze chemische Industrie, alle Kraftwerke, die Braunkohle verarbeiten, verbrauchen Rohbraunkohle. Von den 57 Millionen Tonnen Rohbraunkohlen Mitteldeutschlands werden nur 31,5 Millionen zu Briketts verarbeitet. Rund 3 Millionen Tonnen gehen in die Schwerbetriebe und in den Selbstverbrauch. Rund 13 Millionen Tonnen werden in der chemischen Industrie und in Kraftwerken sofort verarbeitet. Hier ist die Braunkohle Rohstoff und erzeugt viel höhere Werte, als sie bei der Regelung der Brikettpreise erfaßt werden. Am deutlichsten tritt das bei den Leunawerken in Erscheinung, wo Stickstoff erzeugt wird.

So ist es im höchsten Maße wahrscheinlich, daß die Frage der Brikettpreise nur vorgeschoben ist, und keineswegs die Dinge wirklich trifft, um die in Mitteldeutschland gekämpft wird. Hinter der Frage der Erhöhung der Brikettpreise liegt trotz aller Erklärungen, daß man die Löhne erhöhen möchte, in Wahrheit die Tatsache, daß man die Löhne nicht erhöhen will, obwohl man es könnte. Die Braunkohlenherren haben den Mut nicht aufgebracht zu erklären, daß sie nicht wollen. Der Sinn des Kampfes und die Pflicht aller öffentlichen Stellen ist es, dafür zu sorgen, daß sie es müssen.

Hochschulprotest gegen Keudell.

Ueber 1500 deutsche Hochschullehrer gegen den Reichsschulgesetzentwurf.

Heidelberg, 18. Oktober.

Von hervorragenden Hochschullehrern der verschiedensten Richtungen wurde eine Entschließung in Hochschulkreisen in Umlauf gesetzt, die gegen den Keudellschen Reichsschulgesetzentwurf Stellung nimmt. Der Kundgebung, die von Heidelberg ausging, haben sich in wenigen Wochen über 1500 Hochschullehrer vorbehaltlos angeschlossen, darunter 659 ordentliche Professoren, 417 außerordentliche Professoren, 109 Honorar-Professoren, 320 Privatdozenten und 34 sonstige Mitglieder der Lehrkörper. Die Unterschriftenliste, die am 12. Oktober abgeschlossen ist, wurde dem Reichstag übersandt.

Der Gipfel der Heuchelei.

Deutschnationale am Grabe eines zu Tode Gehetzten.

Noch ist das tragische Ende des Junglehrers Willi Rißmann, der sich in der Stellung des Gekreuzigten in Karlshorst erhängte, in frischer Erinnerung. Auch die grauenhaften Begleitumstände, die den Unglücklichen zur Verzweiflung trieben, haften noch in weiten Kreisen der Oeffentlichkeit fest. Es zeugt daher von einer durch nichts zu überbietenden Heuchelei, wenn jetzt der deutschnationale Abgeordnete Hackenberg im Preußischen Landtag eine Anfrage an das Staatsministerium richtet und Auskunft über das „beklagenswerte" Ende des Junglehrers Rißmann fordert.

Warum fragt Herr Hackenberg nicht bei dem Probst von Domanski, dem Superintendenten Lohwasser und dem deutschnationalen Regierungsrat Meske in Schneidemühl an? Diese Herren wären wohl am ehesten in der Lage, ihm die nötige Auskunft über das „beklagenswerte" Ende des Willi Rißmann zu geben. Und während Herr Hackenberg mit der Miene eines Biedermannes seine Anfrage im Landtag einreicht, legt sein Parteifreund Herr von Keudell dem Reichstag das neue Schulgesetz vor, das den Domanskis aller Konfessionen freie Bahn für ihre dunklen Umtriebe gibt und unzählige charakterfeste Lehrer den gleichen Kreuzesweg schicken wird. Angesichts einer derart niedrigen Demagogie fragt man sich, was größer ist, der Zynismus der deutschnationalen Führer oder die Dummheit der Wählermassen, die diesen Rattenfängern ins Ungewisse nachläuft.

Zentrumsreaktion in der „Germania".

Die Treibereien des Herrn v. Papen.

In der Redaktion und der Geschäftsleitung der „Germania" sind in der letzten Zeit starke Veränderungen eingetreten. Wie das „B. T." mitteilt, sind diese eine Folge der Treibereien des Herrn v. Papen, eines Zentrumsmannes, der auf dem äußersten rechten Flügel seiner Partei steht und Großaktionär der „Germania" ist. Ihm gelang es, die beiden Republikaner Geheimrat Kuenzer und Dr. Katzenberger aus dem Vorstand des Unternehmens hinauszudrängen. Ferner wurde fünf Redakteuren aus Sparsamkeitsgründen gekündigt oder der Rücktritt nahegelegt, so unter anderen dem zweiten politischen Redakteur Sell. Hinzu kommt, daß, wie wir bereits meldeten, der rechtsgerichtete Dr. Wilhelm Esser dem bisherigen Chefredakteur Orth als gleichberechtigter Hauptschriftleiter an die Seite gesetzt werden soll. Alles in allem läuft diese Reaktion darauf hinaus, den Einfluß des Zentrumsflügels in dem Zentralorgan der Partei wesentlich zu stärken. Man versteht, daß der bisherige Chefredakteur Orth öffentlich erklärt, er werde die geplante Umbesetzung nicht mitmachen.

Das Bezeichnende an der ganzen Umgruppierung ist aber, daß sie auf das Betreiben des kapitalkräftigsten Aktionärs zurückgeht. In Berliner Zentrumskreisen hat die einseitige Beeinflussung des Hauptorgans bereits früher starken Widerspruch gefunden, besonders in der letzten Generalversammlung. Es zeigt sich jetzt, daß es damals nicht gelungen ist, die Bestrebungen des reaktionären Teiles des Zentrums zu durchkreuzen, die darauf hinausgehen, das Zentralorgan unter seine Botmäßigkeit zu bringen. Die Vorgänge sind jedenfalls ein Zeichen für die geistige Krise, die das Zentrum durchmacht, seit es seine Interessen mit denen des deutschnationalen Bürgertums verkoppelt hat.

Zentrum und Reichsbanner.

Eigenartiges Vorgehen des württembergischen Zentrums.

Stuttgart, 18. Oktober. (Eigenbericht.)

Zur gleichen Zeit, in der Reichskanzler a. D. Dr. Wirth im Auftrage des Reichsbanners eine erfolgreiche Vortragsreise durch Württemberg unternommen hat, wendet sich die offizielle Parteileitung des württembergischen Zentrums entschieden gegen die weitere Ausdehnung des Reichsbanners in den von ihr beherrschten Landesteilen. Auf einer Tagung in Eßlingen ließ die Zentrumspartei durch ihren Sekretär Reuter eine Erklärung abgeben, die „außerstaatliche Organisationen zum Schutz der Ordnung" für mehr oder weniger überflüssig erklärt. Außerdem erfülle die über den Rahmen einer überparteilichen Organisation hinausgehende Betätigung des Reichsbanners auf den verschiedensten Gebieten die Zentrumspartei mit schwerer Sorge. Dem Reichsbanner wird nicht nur sein Verhältnis zum österreichischen Schutzbund, sondern sogar die Teilnahme von Reichsbannergruppen bei der Propaganda gegen die Fürstenabfindung zum Vorwurf gemacht. Auch die Teilnahme von Reichsbannergruppen bei sozialdemokratischen Maidemonstrationen und Parteiversammlungen hat es dem württembergischen Zentrum angetan. Die Partei sehe daher nicht ein, daß in jedem Dorf weitere Gruppen gegründet werden sollen.

In der Erklärung selbst wird Dr. Wirth zwar nicht erwähnt. Aber die ganze Erklärung hätte keinen Sinn, wenn nicht durch sie die erfolgreiche Agitation Dr. Wirths für das Reichsbanner durchkreuzt werden sollte.

Um die Neugliederung.

Auf der Berliner Konferenz für die Neugliederung der Landesarbeitsämter hat ein scharfes Ringen um die endgültige Abgrenzung der Landesarbeitsbezirke eingesetzt. Wie wir hören, stand zunächst im Vordergrund der Beratungen die Frage, ob ein besonderes Landesarbeitsamt Ruhrgebiet geschaffen werden soll oder nicht.

Der Plan über die Neugliederung der Landesarbeitsämter, der vor einiger Zeit von den maßgebenden Stellen der Oeffentlichkeit vorgelegt wurde, sieht kein besonderes Landesarbeitsamt Ruhrgebiet vor. Seit mehreren Wochen laufen jedoch durch die Presse des Industriegebietes fortwährend Nachrichten über die Bestrebungen, das Landesarbeitsamt für Westfalen und Lippe aufzulösen, die Teile des Gebietes, die nicht unmittelbar von der Schwerindustrie beherrscht werden, abzustoßen und den verbleibenden Rest mit den rheinischen Bergbaubetrieben zu einem Landesarbeitsamt zu vereinigen. Bei den Berliner Besprechungen wurde dem Reichsarbeitsminister gegenüber die Auffassung der freien Gewerkschaften mit allem Nachdruck vertreten, das Landesarbeitsamt für Westfalen und Lippe nicht aufzuteilen. Wie wir hören, wird die Auffassung der freien Gewerkschaften auch von dem größten Teil der christlichen Gewerkschaften und ebenso von den maßgebenden Kreisen der Arbeitgeber Westfalens geteilt. Der Hauptgrund, warum die Gewerkschaften ein Landesarbeitsamt Ruhrgebiet ablehnen, liegt im Schutz der Interessen der notleidenden Arbeiterschaft im Randgebiete. Diese dürfen der an sich schon geringen Unterstützung des Ruhrreviers nicht beraubt werden. Bei der Aufteilung der Lohngebiete ist bisher fast stets entsprechend den Grenzen der Landesarbeitsämter vorgegangen worden. An diesem Zustand auch nur das geringste zu ändern, hat die Arbeiterschaft Westfalens kein Interesse.

Der Prozeß Schwarzbarth.

Der Angeklagte mit der Kriegsauszeichnung.

Paris, 18. Oktober. (Eigenbericht.)

Heute hat vor dem Schwurgericht der Prozeß gegen den ukrainisch-jüdischen Uhrmacher Schwarzbarth begonnen, der im vorigen Jahre zu Paris den früheren ukrainischen Staatspräsidenten Petljura auf offener Straße durch mehrere Revolverschüsse getötet hat, weil er an Petljura, dem Anstifter der blutigen Judenpogrome in der Ukraine 1919 und 1920, diese Greuel rächen wollte. Der Prozeß erregt außergewöhnliches Interesse. Aus allen Teilen der Welt sind Journalisten, besonders Vertreter jüdischer Blätter, eingetroffen. Eine Unmenge hervorragender Politiker sind als Zeugen geladen. Die erste Sitzung wurde mit der Verlesung der sehr langen Anklageschrift und dem Verhör des Angeklagten ausgefüllt. Um den Justizpalast ist strenger Polizeidienst eingerichtet worden.

Der Angeklagte trägt ein blasses und müdes, aber energisches Gesicht zur Schau. Er ist ärmlich gekleidet, trägt jedoch mit sichtlichem Stolz das französische Kriegskreuz. Der Präsident erklärte gleich zu Beginn, daß er keinerlei Kundgebungen des Publikums dulden werde. Unter den Zeugen sind Maxim Gorki, der jedoch wegen Krankheit seine Aussagen schriftlich machen wird, Viktor Margueritte, Einstein usw. Aus dem Verhör des Angeklagten geht hervor, daß Schwarzbarth seit 1910 mit wenig Unterbrechungen in Frankreich lebt und sich 1925 als Franzose naturalisieren ließ. Zu Beginn des Krieges trat er in die französische Fremdenlegion ein, wurde kurz darauf schwer verletzt und bekam das Kriegskreuz.

Der Budapester Kommunistenprozeß.

Szanto widerruft das erpreßte Geständnis.

Budapest, 18. Oktober.

In der heutigen Sitzung des großen Kommunistenprozesses widerrief der Hauptangeklagte Szanto seine vor der Polizei gemachten Angaben, die lediglich durch polizeilichen Terror von ihm erpreßt worden seien. Er wurde, so erklärte er, vor die Wahl gestellt, entweder den gräßlichsten Folterungen seiner Mitbeschuldigten zuzusehen, oder zu gestehen. Unter diesem Zwang habe er die Protokolle unterzeichnet, die man ihm vorgelegt hat. Als er über die Möglichkeit eines bewaffneten Aufstandes der kommunistischen Elemente gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung zu sprechen begann, unterbrach ihn der Vorsitzende mit der Drohung, daß er die kommunistische Propaganda im Gerichtssaal zum Gegenstand einer besonderen Anklage machen werde, worauf Szanto erklärte, er sei bereit, auch weitere Verurteilungen auf sich zu nehmen. Der Vorsitzende entzog ihm schließlich das Wort und begann mit dem Verhör der Nebenangeklagten.

Litauens Schachzug gegen Warschau.

Anrufung des Rates zum Schutze der Wilnaer Polen.

Genf, 18. Oktober. (Eigenbericht.)

Die taktische Wendung der litauischen Regierung, die Vermittlung des Völkerbundes auf Grund von Artikel 11 des Völkerbundspaktes (Gefährdung des Friedens) anzurufen, an Stelle der zuerst angekündigten Klageführung wegen Verletzung des litauisch-polnischen Minderheitenabkommens, ist wohl darauf zurückzuführen, daß Ministerpräsident Woldemaras zu innerpolitischen Zwecken etwas Aufsehen machen will. Die Behandlung der Klage auf Grund des Minderheitenabkommens wäre in einem verschwiegenen Minderheitenausschuß des Völkerbundsrates erfolgt, während bei Anrufung auf Grund des Artikels 11 des Völkerbundspaktes die Streitfrage in voller Ratssitzung und unter Teilnahme eines litauischen Vertreters zur Beratung gelangen muß. Der Inhalt des litauischen Interventionsgesuchs wird am Mittwoch abend nach seiner Bekanntgabe an die Mitglieder des Völkerbundsrats veröffentlicht und in der Dezembersession des Rates zur Behandlung gelangen.

*

Wir begrüßen es, daß sich die litauische Regierung entschlossen hat, mit ihren Klagen vor das Forum des Völkerbundsrates zu treten, denn je mehr das Problem des Schutzes der nationalen Minderheiten in aller Oeffentlichkeit behandelt wird, desto mehr werden die Regierungen, denen solche Minderheiten anvertraut sind, darauf bedacht sein, Anlaß zu derartigen Klagen und Debatten zu vermeiden. Vielleicht wird im September Litauen zugleich als Angeklagter im Völkerbundrat erscheinen, denn die Behandlung der Memelländer ist ein Kapitel, das mindestens ebensosehr der Klärung bedarf, wie die Behandlung der Polen im Gebiete von Wilna.

Ueberhaupt wird es einmal nötig sein, in Genf die Frage aufzuwerfen, ob es länger erträglich ist, daß gewisse Minderheiten — namentlich im Osten — auf den Schutz des Völkerbundes rechnen dürfen, während andere Minderheiten — wir denken dabei vor allem an die Südtiroler — völlig schutzlos der Willkür von Regierungen preisgegeben sind, die keineswegs „zivilisierter" sind, als die der Randstaaten.

Einstellung eines Landesverratsverfahrens. Das gegen den Heidelberger Privatdozenten Dr. Gumbel schwebende Landesverratsverfahren ist eingestellt worden, da Gumbel nachweisen konnte, daß die von ihm gemachten Angaben über die Schwarze Reichswehr bereits bekannt waren. Das ist von prinzipieller Bedeutung, da bisher der Oberreichsanwalt auch die Weitergabe von bereits bekannten Tatsachen als Landesverrat aufzufassen versuchte.

Tschechische Staatspolizei wird den sudetendeutschen Städten aufgezwungen, so auch jetzt der zu vier Fünfteln deutschen Glas- und Gürtlerstadt Gablonz a. d. Neiße. Infolgedessen passiert es dort, daß Polizisten auf Auskunftsbitten antworten, sie kennten sich in Gablonz nicht aus oder auch kürzer: „Ne rozumim" („Ich verstehe nicht").

Die Arbeiterregierung von Neusüdwales (Australien) ist infolge einer Wahlniederlage zurückgetreten. Eine nationalistische Regierung ist gebildet worden, Bavin ist Ministerpräsident.

Die Reichsbahn will nicht!

Resultatlose Lohnverhandlungen.

Die Verhandlungen zwischen der Reichsbahngesellschaft und den Vertretern der Eisenbahnarbeiter, die am Dienstag bei der Hauptverwaltung stattfanden, haben kein Resultat gebracht. Alle Argumente und Hinweise der Arbeitervertreter zur Begründung der so notwendigen Lohnerhöhung prallten am Generaldirektor, Herrn Dorpmüller, wirkungslos ab. Er erklärte, eine allgemeine Lohnerhöhung sei untragbar.

Die Finanzlage gestatte keine allgemeine Lohnerhöhung,

weil die Lohn- und Gehaltserhöhung vom April dieses Jahres und die Reparationslast sich im nächsten Jahre erst voll auswirken würden. Dazu komme, daß die Reichsbahn noch eine Reihe von Neuanschaffungen, die in diesem Jahre zurückgestellt worden seien, vornehmen müsse. Sie könne deshalb durch eine allgemeine Lohnerhöhung den Etat des nächsten Jahres nicht noch mehr belasten. Wo eine Angleichung der Löhne an die vergleichbaren Löhne der Privatindustrie notwendig sei, werde das geschehen. Zu einem Ausgleich mit Hilfe von Ortslohnzulagen sei die Reichsbahn bereit. Der Generaldirektor stellte den Organisationsvertretern anheim, sofort mit der Ortslohnzulagenregelung zu beginnen. Diese verzichteten jedoch darauf und erklärten, daß sie das Ergebnis der Verhandlungen zunächst den Organisationsvorständen unterbreiten werden. Noch im Laufe dieser Woche nehmen die Organisationen zu dem negativen Ausgang der Verhandlungen Stellung; ihre Antwort an die Hauptverwaltung wird am kommenden Montag erstattet werden.

Ein geradezu klägliches Resultat!

Ob sich die Reichsbahnhauptverwaltung auch über die Wirkung, die dieses Jammerresultat auf die Eisenbahnarbeiter ausüben muß, im klaren ist? Die Reichsbahnhauptverwaltung ist nicht gut beraten. Ein exakter, überzeugender Beweis, daß Gehalts- und Lohnbelastung vom April und Reparationslast eine Aufbesserung der Löhne wirklich unmöglich machen, ist bis jetzt nicht geführt worden. Mit dem Hinweis auf die Reparationslast macht sich die Reichsbahngesellschaft ihre Aufgabe etwas zu leicht. Mehr Leistung auf der einen Seite, wie die Reichsbahnhauptverwaltung offen zugibt, und Kürzung des Reallohns infolge der Teuerung auf der anderen Seite — so macht man keine Lohnpolitik.

Der Erfolg der Holzarbeiter.

Die Wirkung einer starken Organisation.

Von einigen Ausnahmen abgesehen, ist gestern und heute früh in allen bestreikten Betrieben der Berliner Holzindustrie die Arbeit wieder aufgenommen worden. Der Ausgang dieser Lohnbewegung wird natürlich nicht nur in den Kreisen der Holzarbeiter selbst, sondern von vielen Arbeitern anderer Berufe lebhaft diskutiert. Ueberwiegend wird die Meinung vertreten, daß dieser überraschend schnelle und durchschlagende Erfolg nur einer organisatorisch so geschlossenen Arbeiterschaft möglich war, wie es eben die Holzarbeiter sind.

Diese Meinung ist auch berechtigt. Man ist aber verpflichtet, im Zusammenhang mit dieser Lohnbewegung auch einmal die Stellungnahme des Schlichtungsausschusses zu betrachten. Trotzdem die Holzarbeiter der bei dieser Lohnbewegung in Frage kommenden Gruppe zu etwa 85 Proz. organisiert sind, hat die Organisation den Konflikt bei Ablauf der Lohntarife am 30. September nicht einfach übers Knie gebrochen. Sie hat alle Verhandlungsmöglichkeiten gründlich erschöpft, ohne dabei aber zu vergessen, den Kampf vorzubereiten.

Dieses zielbewußte Vorgehen der Organisationsleitung ist von den Unternehmern mit wachsamem Auge verfolgt worden. Ihre anfangs ablehnende Stellungnahme bei den Verhandlungen ging allmählich in ein langsames Zurückweichen gegenüber der Verhandlungskommission über. Sie sahen dem offenen Konflikt nur scheinbar ruhig entgegen und wußten nur zu gut, daß bei einem Streik die Existenz einer Anzahl ihrer Leute auf dem Spiel stand.

Der kampferprobten und kampfentschlossenen Holzarbeiterschaft gegenüber sah sich auch der Schlichtungsausschuß genötigt, weitgehendes Entgegenkommen zu zeigen. Als sich das Schiedsgericht zusammensetzte, wußte es im voraus, daß ein unzulänglicher Schiedsspruch von den Berliner Holzarbeitern mit dem Streik auf der ganzen Linie beantwortet werden würde, und daß dieser Kampf mit einer Zähigkeit und Geschlossenheit geführt werden würde, wie es leider nicht jeder Arbeitergruppe möglich ist. Der Schiedsspruch trug dann auch dem organisatorischen Kräfteverhältnis der Berliner Holzarbeiter Rechnung. Er hat die Forderungen der Arbeiter zwar nicht restlos erfüllt, bleibt aber, vor allem im Endeffekt, nicht weit hinter ihnen zurück.

Die Berliner Holzarbeiter können auf ihren Erfolg stolz sein, den sie nur infolge ihres guten Organisationsverhältnisses kampflos errungen haben. Der übrigen Arbeiterschaft muß der Ausgang dieser Lohnbewegung aber ein neuer Beweis dafür sein, daß auch die Schlichtungsinstanzen eine gut organisierte Arbeiterschaft respektieren müssen. Diese Lohnbewegung hat wieder einmal gezeigt, daß Organisationsbeiträge nicht immer in Form von Streikunterstützung an die Mitglieder zurückfließen müssen, sondern auch in kampflos erworbenen und ansehnlichen Lohnerhöhungen.

25 Jahre Gauleiter im Fabrikarbeiter-Verband.

Heute, am 19. Oktober, werden es 25 Jahre, daß der Genosse Emil Bennewitz von einer Zahlstellenkonferenz zum Gauleiter des damaligen Verbandes der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands für die Provinz Brandenburg gewählt wurde.

Wir gratulieren dem Genossen zu diesem Jubiläum und wünschen ihm, daß er noch lange Zeit im Dienste der Arbeiterschaft und seines Verbandes tätig sein möge.

Ein gewerkschaftliches Jugendtreffen.

Gewerkschaftliche Jugendtreffen in den Orten der Provinz Brandenburg sollen dazu dienen, auch hier den Gedanken gewerkschaftlicher Jugendgewinnung und Jugendarbeit lebendiger werden zu lassen. Solchen Zielen diente auch das Jugendtreffen am Sonnabend und Sonntag in Rathenow, das vom Ortsausschuß des ADGB. Rathenow und der Jugendzentrale des Ortsausschusses Berlin veranstaltet wurde.

In Rathenow wurde den Berliner jungen Gewerkschaftern ein herzlicher Empfang zuteil. Im langen Demonstrationszug, mit roten Fahnen und Wimpeln marschierten sie zum Gewerkschaftshaus. Hier fand sich dann die Rathenower Gewerkschaftsjugend und die erwachsene Kollegenschaft ein und in einem imposanten Fackelzuge, mit Musik und Gesang, marschierten vereint der Rathenower und Berliner Gewerkschaftsnachwuchs nach dem Weinberg, um hier in einer außerordentlich eindrucksvollen Kundgebung seiner Forderungen nach längerer Freizeit und nach vermehrtem Jugendschutz und Jugendrecht lebhaft Ausdruck zu geben.

Gesang leitete die Feier ein. Wirkungsvoll wies der Redner, der Kollege Lehmann, Vorsitzender des Ortsausschusses Rathenow, auf die Forderungen der Jugendlichen hin. Ein Jugendspiel, „Das Licht", aufgeführt von der Rathenower Jugend, beschloß die erhebende Feier.

In einer Morgenfeier am Sonntag schilderte der Kollege Seillat in einem kurzen und gehaltvollen Vortrag die wirtschaftliche und soziale Lage der Stadt Rathenow und ihrer Einwohner. Besonders erfreulich waren seine Mitteilungen über den Stand der gewerkschaftlichen Organisation, ist doch in Rathenow jeder sechste Einwohner gewerkschaftlich organisiert. Es folgten dann eine Reihe von Besichtigungen. Gezeigt wurden die optischen Betriebe „Nitsche u. Günther A.-G.", „Busch", sowie die Chemische Fabrik „Permutitwerk".

Der Sonntag nachmittag vereinte die Gewerkschaftsjugend und die erwachsene Arbeiterschaft zu einem frohen Beisammensein im Gewerkschaftshaus. Mit heiteren Rezitationen, Liedern zur Laute, Volkstänzen, sowie einer Aufführung des Schmökerspiels „Am Marterpfahl der Sioux" von Osterroth, gab die Berliner Gewerkschaftsjugend ihrem Streben nach Freizeitgestaltung Ausdruck.

Die froh verlebten Stunden, die alt und jung gemeinsam verbrachten, zeigten, daß die Solidarität der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft lebendige Wirklichkeit ist. Dem Ortsausschuß Rathenow, der auch für eine große Zahl von Privatquartieren gesorgt hatte, sei für sein Mühen auch an dieser Stelle noch recht herzlicher Dank.

Rechtsabmarsch des DBB.?

Eine Berichtigung.

Zu unserer Notiz über Personalveränderungen im Bundesvorstand des Deutschen Beamtenbundes, die auf eine Rechtsschwenkung schließen ließen, wird uns von der Presseabteilung des DBB. mitgeteilt, daß das Ausscheiden des Genossen Lockenvitz ein freiwilliges war und daß Herr Dr. Fey nicht den Presseleiter, sondern den Hauptschriftleiter (nach unserer Kenntnis ein und dieselbe Person) vorläufig vertritt, und zwar infolge der Erkrankung des zweiten Redakteurs.

Daß mit der Vertretung Leute betraut werden, deren republikanische Gesinnungstreue selbst den eingeweihtesten Kreisen ein unergründliches Geheimnis ist, mag vielleicht nur ein Zufall sein. Aus solchen Zufällen ziehen aber andere Leute ihre Schlüsse.

Einigung in der bergischen Textilindustrie.

Barmen, 18. Oktober.

Der Lohnstreit in der oberbergischen Textilindustrie ist durch einen Vorschlag des Schlichters, den beide Parteien angenommen haben, beigelegt worden.

Verhöhnung der Zigarrenmacher.

Ein Teuerungsausgleich abgelehnt.

Starke Unruhe hat sich seit einiger Zeit der Tabakarbeiterschaft bemächtigt, da die Zigarrenfabrikanten die Forderung der Arbeiter, schon vor Ablauf der Geltungsdauer des jetzigen Reichstarifvertrages höhere Löhne zu bekommen, schroff abgelehnt haben. Auf das Ersuchen um eine Zwischenlösung haben die Zigarrenfabrikanten geantwortet, daß mit der Lohnerhöhung vom April in Höhe von 7½ Proz. bereits die Mietssteigerung vom 1. Oktober abgegolten werden sollte; der RDZ. sei der Meinung, daß die Erhöhung des Reallohnes um mehr als 6 Proz. zusammen mit der erfreulichen Tatsache, daß die Lebenshaltungskosten beinahe stabil geblieben seien, dazu führen würde, der Industrie auf dem Lohngebiet auch über dem Ablauftermin des Tarifvertrages hinaus Ruhe zu lassen.

Die Antwort der Zigarrenfabrikanten ist eine glatte Verhöhnung der notleidenden Tabakarbeiterschaft. Die Löhne, die das Reichsarbeitsministerium im Frühjahr den Zigarrenarbeitern auf Antrag des RDZ. aufgezwungen hat, sind so niedrig, daß sie kaum für das Notwendigste ausreichen. Das ist auch die Auffassung bürgerlicher Blätter, wie z. B. der „Frankfurter Zeitung". Das Schönste aber ist, daß die Zigarrenfabrikanten, die mit ihrer Unnachgiebigkeit die Tabakarbeiterschaft zur Verzweiflung treiben, mit Pharisäermiene sich darüber entrüsten, wenn irgendwo gegen die tariflichen Bestimmungen gesündigt und die Arbeit niedergelegt wird. Billigen kann man diese Verstöße nicht, aber man kann sie verstehen. Jedenfalls hat der RDZ. am allerwenigsten Veranlassung, in Entrüstung zu machen. Was hat der RDZ. denn getan, um bei seinen Mitgliedern in Oberbaden und in Orsoy den Bestimmungen des Tarifvertrages Geltung zu verschaffen? In Oberbaden hat ein Teil der Mitglieder des RDZ. heute noch nicht die 7½prozentige Lohnerhöhung vom 1. April gezahlt.

Fürchtet sich Polen vor Cook?

Es will ihn nicht nach Warschau lassen.

London, 18. Oktober. (Eigenbericht.)

Der polnische Generalkonsul in London hat, auf Grund von Instruktionen aus Warschau handelnd, dem Generalsekretär der britischen Bergarbeiter, Cook, die Ausstellung eines Visums zum Besuch der Sitzung der Bergarbeiter-Internationale in Warschau, die am Mittwoch beginnt, verweigert. Das Visum für den zweiten britischen Delegierten, den Kassierer der Bergarbeiter, Richardson, wurde anstandslos gewährt. Ein Schritt des Generalrats der britischen Gewerkschaften, dessen Mitglied Cook seit dem jüngsten Gewerkschaftskongreß ist, beim polnischen Generalkonsul blieb erfolglos. Die in London befindlichen Mitglieder der Bergarbeiterexekutive beschlossen hierauf, unter diesen Umständen von der Entsendung einer britischen Delegation zur Warschauer Sitzung der Bergarbeiter-Internationale überhaupt Abstand zu nehmen.

In einem Presseinterview teilte Cook mit, es handle sich hier um den ersten Fall in der Geschichte des britischen Bergarbeiterverbandes, daß einem britischen Bergarbeitervertreter, der zu einer internationalen Sitzung zu reisen wünsche, das Visum verweigert wurde. Cook machte hierbei die interessante Mitteilung, daß er gewissen Paßschwierigkeiten auch bei seinen Reisen nach Deutschland begegne, da das deutsche Generalkonsulat in London die Erteilung des Visums für Cook nach Deutschland von einer Erklärung Cooks abhängig zu machen pflege, daß er in Deutschland in keiner öffentlichen Versammlung auftrete.

Wenn die Polizei Vorsehung spielt, kommt nichts Vernünftiges dabei heraus.

Große Arbeitslosigkeit in Bulgarien.

Große Arbeitslosigkeit herrscht zurzeit in Bulgarien. Am höchsten sind die Arbeitslosenziffern im südbulgarischen Tabakzentrum, besonders in Philippopel, wo Tausende von Arbeitern aus den Tabaklagern entlassen wurden. Die Gewerkschaftspresse bezeichnet die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt als äußerst kritisch und glaubt, daß sie sich im Winter katastrophal zuspitzen werde. Das Arbeiterorgan „Narod" betont, daß die offiziellen Ziffern über die Arbeitslosigkeit nicht annähernd der Wirklichkeit entsprechen; es schätzt die Zahl der Arbeitslosen auf über 100000 — eine für ein ausgesprochenes, nur fünf Millionen Bewohner zählendes Agrarland erschreckend hohe Ziffer. Die reaktionäre Regierung steht der Entwicklung dieser Dinge tatenlos gegenüber.

Bergarbeiterstreik in Spanien.

Madrid, 18. Oktober.

Primo de Rivera machte bekannt, daß die Arbeitsniederlegung im Bergwerksbezirk von Asturien allgemein und vollständig sei.

ZdA.-Mitglieder der Berliner Metallindustrie. Der neue Manteltarifvertrag für die Angestellten der Groß-Berliner Metallindustrie ist nunmehr — jedoch ohne Gehaltsabkommen — fertiggestellt und steht den Mitgliedern unserer Organisation zum Preise von 10 Pf. zur Verfügung. Wir bitten, die Bestellungen möglichst gesammelt durch die Betriebs- bzw. Angestelltenräte aufzugeben, wobei wir ausdrücklich darauf hinweisen, daß das Gehaltsabkommen nach Verständigung mit dem VBMI. als Nachtrag in den nächsten Tagen gedruckt wird und unseren Mitgliedern, soweit sie im Besitz des Tarifvertrages sind, gratis zur Verfügung steht.

Bezirksamt Neukölln.

Morgen, Donnerstag, 19½ Uhr, im Lokal von Kuzia, Hermann- Ecke Weserstraße, Versammlung aller bei der Hauptverwaltung beschäftigten SPD.-Genossen. Referat und wichtige Bericht. Alle SPD.-Genossen müssen erscheinen. Der Fraktionsvorstand.

Deutscher Holzarbeiterverband.

Branche der Stellmacher und Karosseriearbeiter. Alle diejenigen Kollegen, welche Mitglieder der Innungskrankenkasse der Karosseriebauer und Wagner-Innung sind, werden ersucht, heute, Mittwoch, 19 Uhr, im Lokal Hummel, Sophienstr. 8, zu erscheinen. Aufstellung der Kandidaten zum Krankenkassenausschuß. Vorschläge sind mitzubringen.

Kistenmacher. Die Branchenversammlung findet heute, Mittwoch, 19. Oktober, im Lokal Heinrichs Festsäle, Große Frankfurter Str. 30, statt.

Einleger. Die Versammlung am Donnerstag, 20. Oktober, findet nicht Rungestraße, sondern Weberstr. 17 bei Böker statt. Beginn 17 Uhr.

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund (Ortsausschuß Berlin). Donnerstag, abends 8 Uhr, in den Kammersälen, Teltower Straße, Oeffentliche Beamtenkundgebung anläßlich der Besoldungsreform. Referent: Kollege Dr. Völter vom Bundesvorstand.

Freie Gewerkschaftsjugend Groß-Berlin. Heute, Mittwoch, 19½ Uhr, tagen die Gruppen: **Neukölln:** Gruppenheim Jugendheim Bergstr. 29, Hof. Vortrag: „Einführung in die Gedankenwelt der Gewerkschaften." — **Südwesten:** Gruppenheim Städtisches Jugendheim Yorckstr. 11 (Fabrikgebäude). Vortrag: „Vom Zunftgesellen zum freien Arbeiter." — **Moabit:** Jugendheim Lehrter Str. 18/19. Lichtbildervortrag: „Aus dem Lande Fritz Reuters." — **Wedding:** Gruppenheim Jugendheim Ebersmalder Str. 10. Vortrag: „Das Kino als Kampfmittel des Kapitals." — **Baumschulenweg:** Jugendheim Baumschulenweg, Ernststraße 18. Vortrag: „Der Lehrvertrag." — **Weißensee:** Jugendheim Parkstr. 35. Alles Durcheinander. — **Zentrum:** Jugendheim Rehdenicker Str. 24/25. Vortrag: „Jugendrecht und Jugendschutz." — **Charlottenburg:** Jugendheim Deutsches Krankenkassenhaus, Berliner Str. 137. Wir feiern — Hosemann kommt. — **Besichtigung Siedlung Britz.** Teilnehmermeldungen sind bis zum 21. Oktober der Zentrale zu übermitteln. — **Kreis Oberspree:** Uebungsabend der Kreismusikabteilung im Jugendheim (Schule) Niederschöneweide, Berliner Str. 31. — **Osthafen:** Kursus ab 20 Uhr in der Dieffenbachstr. 3 (Klassenzimmer): „Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung, unter besonderer Berücksichtigung der Gewerkschaftsbewegung." — **Kulturabteilung des DMB.:** 19 Uhr. Programm: Moana, Sohn der Südsee. Der Elektroofen. Immer vorsichtig. Beitrag 10 Pf.

Jugendgruppe des ZdA. Heute, Mittwoch, 19½ Uhr, finden folgende Veranstaltungen statt: **Osten:** Jugendheim in der Schule Litauer Str. 18. Aussprachealbend über „Kapitalismus" (Wachols); **Neukölln:** Jugendheim Kogatstraße 8. Vortrag „Führer in Staat und Wirtschaft" (Michaelis); **Charlottenburg:** Jugendheim Rosinenstraße 4. Vortrag „Karl Marx" (Leminski); **Wedding-Gesundbrunnen:** Jugendheim Schönstedtstr. 1. Vortrag „Wohlfahrtspflege" (Paßow); **Spandau:** Jugendheim Lindenufer 1, Bunter Abend — Liederbücher mitbringen; **Nordwest:** Jugendheim im Realgymnasium Schleswiger Ufer 14. Spielabend.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Saloru; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen".

ELEGANTE SEIDENWÄSCHE

SEIDENE WÄSCHE IST KEIN LUXUS MEHR.
WENN SIE BEI UNS SCHNELL UND DEN VORSCHRIFTEN
DER HYGIENE ENTSPRECHEND GEWASCHEN WIRD.
DIE PREISE SIND ERHEBLICH HERUNTERGESETZT.
IN GLEICH GUTER AUSFÜHRUNG
HAUSHALTUNGSWÄSCHE ALLER ART.
PLÄTTWÄSCHE ROLLWÄSCHE
LIEFERZEIT IN 3 TAGEN
ABHOLEN UND ZUSTELLEN FREI HAUS.

W. Spindler AG
SPINDLERSFELD BEI CÖPENICK · BERLIN
FÄRBT · REINIGT · WÄSCHT
VERLANGT FACHMÄNNISCHE BEHANDLUNG

Um den Wohnungsbau.

Endkampf in der Stadtverordnetenversammlung. – Ablehnung des Bewoag-Projektes. – Die Linksmehrheit fordert mehr Kleinwohnungsbauten.

Das vom Magistrat im September den Stadtverordneten vorgelegte Wohnungsbauprojekt der Bewoag kam gestern aus dem Ausschuß zurück. In langen Beratungen hatte der Ausschuß manche Aenderungen zustande gebracht, aber die Bedenken der Linksparteien konnten dadurch nicht entkräftet werden. Oberbürgermeister Böß selber nahm gestern das Wort, um die Vorlage zur Annahme zu empfehlen. Warum die sozialdemokratische Fraktion diesen Plänen nicht zustimmen konnte, wurde von unserem Genossen Wendt dargelegt. Ausschlaggebend mußte schon sein, daß in dem Projekt der Bewoag auf die unbemittelte Bevölkerung zu wenig Rücksicht genommen ist. Unser Redner begründete einen von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Antrag, der eine nochmalige Ausschreibung von Wohnungsbauprojekten fordert mit der Bedingung, daß 10000 Kleinwohnungen gebaut werden müssen. Mit Wohnungen, die eine für die Minderbemittelten unerschwingliche Miete kosten, wie bei dem Bewoag-Projekt, kann die Wohnungsnot nicht bekämpft werden. Die Kommunisten schlossen sich diesen Erwägungen an, und unser Antrag wurde dann von den beiden Linksparteien mit 99 Stimmen (gegen 87) angenommen. Mit diesem Beschluß ist das Bewoag-Projekt gefallen.

•

In der gestern abgehaltenen außerordentlichen Sitzung der Stadtverordneten kam nur das Projekt des Magistrats wegen des

Baues der 8000 Wohnungen

zur Beratung. Als Berichterstatter des vorbereitenden Ausschusses sprach Stadtv. **Jedler** (Dnat.). Unsere Leser sind aus den fortlaufend erfolgten Mitteilungen im „Vorwärts" über das Projekt unterrichtet.

Oberbürgermeister **Böß** erläuterte kurz ein dieser Tage neu eingegangenes Angebot einer anderen Gesellschaft, bezeichnete es als unannehmbar und bat am Schluß seiner Ausführungen um Verabschiedung der ursprünglichen Vorlage, d. h. des Vertrages mit der „Bewoag". Nach dieser Erklärung des Oberbürgermeisters wurde auf Antrag des Stadtv. **Merten** (Dem.) die Sitzung auf eine halbe Stunde vertagt, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, erneut Stellung zu nehmen. Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen sprach von der kommunistischen Fraktion Stadtv. **Schwenk**, der sich gegen das Bewoag-Projekt wandte, und zeigte, wie das Angebot und der Vertrag für die Gesellschaft wohl finanziell günstig, für die Stadt und besonders für die Mieter aber sehr ungünstig sei. Die Mieten selbst für die kleinsten Wohnungen seien in der heutigen schweren Zeit für die große Mehrzahl der wohnungsuchenden Arbeiter, Angestellten und Beamten untragbar. Er trat dafür ein, daß die Stadtverordnetenversammlung das Bewoag-Projekt ablehne. Die Behauptung des Stadtv. Schwenk, von den 100 000 Mark, die sich seinerzeit die Chapmann-Gruppe als Abstand ausbedungen hatte, hätte ein Magistratsmitglied 25 000 Mark abbekommen, veranlaßte Oberbürgermeister Böß, gegen diese Behauptung des Stadtv. Schwenk zu protestieren und ihn zu bitten, sein Material sofort dem Magistrat zur Verfügung zu stellen. Die Deutschnationalen und die Wirtschaftsparteiler ließen durch den Stadtv. **Steiniger** erklären, daß sie der Meinung seien, der Worte über das Projekt seien genug gewechselt; sie bäten um die sofortige Annahme der Vorlage und beantrage daher den Schluß der Debatte. Gegen diesen Debatteschluß wandte sich Stadtv. Genosse **Wendt**, der forderte, daß man die größte Fraktion des Hauses, die Sozialdemokratie, nicht von der Debatte ausschließe. Der Antrag wurde denn auch abgelehnt, so daß zunächst Stadtv. Kunze (Dtsch-sozial) das Wort nehmen konnte.

Für die sozialdemokratische Fraktion begründete

Genosse Wendt

die Stellungnahme. Er drückte seine Verwunderung darüber aus, daß seinerzeit die Firma Richter u. Schädel als die Abgeberin des billigsten Angebotes aus der Konkurrenz ausschied, um schließlich später im Konzern der Haberlandgruppe wieder aufzutauchen. Man gehe wohl nicht fehl in der Annahme, daß der Haberlandkonzern den lästigen Konkurrenten aufgesaugt hat. Genosse Wendt wandte sich dann mit besonderer Schärfe

gegen die hohen Mieten,

die das Angebot der Bewoag zur Folge haben müßte und die kein Arbeiter bezahlen könne. Wenn in der Debatte gesagt worden ist, daß die minderbemittelten Wohnungsuchenden schließlich in die freiwerdenden Altwohnungen einziehen könnten, so sei dem entgegengehalten, daß **die Arbeiter nicht dazu da seien, die Rolle des Aschenbrödels zu übernehmen, nur damit die zahlungsfähigen Wohnungsuchenden in neue Wohnungen ziehen können.** Bei den neugebauten Wohnungen am Wedding hat es sich oft herausgestellt, daß trotz der bedeutend billigeren Mieten die Eingezogenen nach kurzer Zeit die Mietezahlung einstellten, weil sie einfach nicht in der Lage waren, den Mietzins ertragen zu können. Gegenüber den Baukosten, die die Bewoag bei ihrem Projekt verlangt, ist festzustellen, daß andere Gesellschaften, die auch mit städtischem Gelde arbeiten, den Kubikmeter umbauten Raumes bei bedeutend kleineren Bauvorhaben mit 27 M. herstellen, während die Bewoag 28,50 M. berechnet. Die Annahme des vorliegenden Projektes muß unzweifelhaft eine Einwirkung auf die Mieten der anderen Wohnungen zur Folge haben. Vielleicht ist es den hinter den Hausbesitzern stehenden bürgerlichen Parteien nur lieb, wenn durch

ein so großes Bauvorhaben gewisse Standardmieten geschaffen

werden, die sich dann auf die Altwohnungen übertragen lassen. Weil eben die Auswirkungen so groß und so unübersehbar sind, warnen die Sozialdemokraten vor der Annahme des Bewoag-Projektes und lehnen es daher ab. Wir verlangen vielmehr die sofortige Ausarbeitung eines neuen städtischen Projektes, das unter allen Umständen günstiger für die wohnungsuchende minderbemittelte Bevölkerung ist. Genosse Wendt brachte dann folgenden Antrag unserer Fraktion ein:

Unter Ablehnung der Magistratsvorlage beschließt die Stadtverordnetenversammlung:

1. Der Magistrat wird ersucht, mit größter Beschleunigung eine Neuausschreibung für die Erstellung von etwa 10 000 Kleinwohnungen für die minderbemittelte Bevölkerung vorzunehmen.

2. Der Magistrat wird ferner ersucht, beschleunigt die Genehmigung einer städtischen Anleihe für den Wohnungsbau bei der Beratungsstelle nachzusuchen.

Stadtverordneter Treffert (Z.) bezeichnete die Auswirkung des Antrages der Sozialdemokraten als eine „Kommunalisierung des Wohnungsbaues", die nicht ausführbar sei. Als der Redner behauptet, das zuerst eingegangene Chapmann-Angebot sei von den Sozialdemokraten in Gemeinschaft mit den Kommunisten kaputt geschlagen worden, erinnerten unsere Genossen den Redner durch Zwischenrufe daran, daß es der Minister Hirtsiefer war, der das Angebot zu Fall gebracht hat. Im übrigen trat der Redner für das Bewoag-Angebot ein.

Der Deutschnationale **Steiniger** erklärte die Zustimmung seiner Fraktion zu dem Bewoag-Projekt deswegen, weil das Privatkapital und private Unternehmer wieder am Wohnungsbau maßgebend beteiligt werden und weil seine Fraktion hoffe, daß dieser erste Versuch zu einer weiteren ständigen Beteiligung des Privatkapitals beim Wohnungsbau führe. Auch Stadtverordneter Michaelis von den Demokraten trat für das Bewoag-Angebot ein. Nach einigen persönlichen Bemerkungen wurde zur Abstimmung geschritten.

Der Antrag der Sozialdemokraten wurde mit 99 Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten gegen 87 Stimmen sämtlicher bürgerlicher Parteien angenommen. Damit war das Bewoag-Projekt abgelehnt.

Erneuerung der Verwaltung.

Die Gemischte Deputation zur Vorberatung von Organisationsentwürfen nahm gestern die Beratung über die Vorschläge des Magistrats zur Umgestaltung des Gesetzes Groß-Berlin und zur Verminderung der Verwaltungsbezirke auf. Die Ansichten gingen, wie nicht anders zu erwarten war, so weit auseinander, daß an eine Einigung oder auch nur Verständigung auf absehbare Zeit hinaus nicht zu denken ist. Während die Deutschnationalen auf völliger Dezentralisation der gesamten Verwaltung und Verfassung bestanden, kündigten die Kommunisten gänzlich neue Vorschläge an, die augenscheinlich die Sowjetverfassung zur Grundlage haben sollen. Die Mittelparteien erklärten sich zur unverbindlichen Beratung der vorliegenden Entwürfe bereit, obgleich auch sie nach den Worten des Vertreters des Zentrums „keine Möglichkeit einer Einigung" sehen. Die Sozialdemokraten betonten, daß sie den Zeitpunkt für eine Umgestaltung der Berliner Verwaltung noch nicht für gekommen erachten und daß sie daher eine Beratung der Entwürfe augenblicklich für unnötig hielten. Sie verlangten eine Aufstellung über die Kosten der Berliner Verwaltung im Verhältnis zu den Verwaltungskosten anderer Großstädte und stellten in Aussicht, daß sie gegebenenfalls den Magistrat zunächst um eine Vorlage über die Verbilligung und Vereinfachung der Berliner Verwaltung im Rahmen des bestehenden Gesetzes ersuchen würden. Die Beratungen wurden schließlich vertagt, um den Fraktionen noch einmal Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Ein Siedlungsskandal in Karlshorst.

Die billigen Wohnungen des Architekten Wiechert.

Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaft beschäftigen sich augenblicklich mit einem Siedlungsskandal, der beweist, daß von den zuständigen Behörden die Verwendung der für den Wohnungsbau bestimmten Hauszinssteuer nicht immer genügend kontrolliert wird.

Der Architekt Karl Wiechert aus Oderberg hatte im Jahre 1925 die Erlaubnis bekommen, in Karlshorst in der Stolzenfels-, Loreley- und Ehrenfelsstraße 22 Mietshäuser mit 160 Wohnungen zu errichten. Er suchte Mieter auf dem Wege der Anzeige, und diese meldeten sich sehr zahlreich, mußten sich aber schon in einem sogenannten Vorvertrag verpflichten, für jedes Zimmer 1000 M. Baukostenzuschuß zu bezahlen. Diese 1000 M. sollten als Grundschuld eingetragen, mit 5 Proz. p. a. verzinst und nach zwölf Jahren zurückerstattet werden. Miete für zwei Zimmer 60 M., für drei Zimmer 75 M., für vier Zimmer 125 bis 130 M., sofortige Anzahlung einer größeren Summe, für den Rest gute Wechsel, das waren die Bedingungen! Nach Zahlung von fünf Monatswechseln wurden die Mieter zu einem Notar zur Unterzeichnung des Hauptvertrages bestellt und erfuhren dort zu ihrer Bestürzung, daß die Mieten plötzlich 80 bzw. 110 und 150 M. betragen sollten. Als die Mieter protestierten und zum Teil von dem Vertrag zurücktreten wollten, erklärte der Vertreter der Wiechertschen Gesellschaft, daß dann eben die gezahlten Baugeldzuschüsse verloren seien, und nach dem Vorvertrag bestände kein Anspruch auf Rückzahlung. Außerdem seien noch die Anwaltskosten von rund 100 M. pro Mieter zu übernehmen. Nach weiteren drei Wochen kam ein Brief der Gesellschaft, daß leider durch Erhöhung der Kosten die Mieten erneut heraufgesetzt werden müßten, und zwar auf 95 bis 110 bzw. 145 und 180 M. Trotz alledem sahen sich viele der so Geprellten veranlaßt, in die Wohnungen einzuziehen, weil sie sonst ihr Kapital ganz verloren hätten.

16]

Zement.

Roman von Fjodor Gladkow.

„Schmach und Schande, liebe Genossen! . . . Schmach und Schande!".

Das sprach der Stumpfnasige, er sprach aber nicht, sondern bellte.

„Das Beamtentum hat uns aufgefressen . . . der Bureaukratismus. . . . Man hat noch nicht einmal die Leichen der Genossen begraben . . . das Blut ist noch nicht getrocknet. . . . Ja! . . . Und wir — in die Bureaus, in die Klubsessel . . . und die Füße nach Generalsart . . . in Reithosen . . . und Formalitäten . . . und die Papiere numeriert . . . und ohne Anmeldung wird man nicht vorgelassen. . . . Bald werden wir wieder zu „Seiner Exzellenz" gelangen. . . . Es waren Genossen . . . wo sind sie? . . . Ich fühle es, wieder ist die arme arbeitende Klasse im Joch, im Leiden. . . ."

„Sie irren, Genosse Schuk. Das ist nicht so. Ihr Standpunkt ist von Grund aus falsch. So kann man nicht urteilen. Nicht das ist wichtig. . . . Feinde gibt es, viele, Genosse Schuk. . . . Man braucht einen erbarmungslosen Terror, sonst ist die Republik zwischen Leben und Tod. . . . Das ist es, worüber man zu denken hat. Ich verstehe Sie, Genosse Schuk, aber die Sowjetmacht braucht einen festen, deutlichen, ausprobierten Apparat . . . und wenn es auch ein bureaukratischer Apparat ist . . . er muß nur verläßlich arbeiten.

„Du auch . . . immer dasselbe. . . . Alle sagen immer dasselbe . . . und was ist mit der arbeitenden Klasse? . . . Ach, Genosse Serjoscha, die Seele tut einem weh . . . es ist keiner da, mit dem man ein Wort sprechen könnte. . . ."

„Jetzt gibt es nur eines, Genosse Schuk: die Arbeit unter den Massen . . . Arbeit, Arbeit. . . . Die Massen müssen sofort den ganzen Arbeitsapparat der Republik bis zur höchsten Spitze durchtränken. . . . Das geflügelte Wort des Genossen Lenin von der Köchin muß eine feste, volkstümliche Tatsache werden. . . . Darin liegt eben alles. . . . Und Sie irren . . . Sie rennen offene Türen ein. . . ."

„Ach du, Serjoscha! Das heißt eben ein ergebener Kommunist sein — aber ein blinder. . . . Die Arbeiterklasse braucht mehr Herz, und wegen der Feinde — hol sie der Teufel. Wir haben bis jetzt uns irgendwie durchgewunden und werden es auch weiterhin tun können. . . . Aber was sollen wir über die Parteiangestellten und Parteiarbeiter sagen? . . . Sie sind zu hohen Posten gekommen und sind aus Freunden und Genossen Schufte geworden. . . . Darin liegt eben das Unglück, Serjoscha . . . das sind eben die Feinde, lieber Genosse."

Und in dieser bellenden Anklage und in diesem eckigen Profil erkannte Gljeb seinen alten Freund, den Drechsler Schuk aus der Fabrik „Sudostag". Er hatte sich nicht verändert und schrie und schimpfte genau wie vor drei Jahren.

Gljeb trat auf ihn zu, packte ihn an der Schulter.

„Guten Tag, Freund. . . . Schreist? Deckst auf? . . . Wann wirst du endlich aufhören aufzudecken? Man muß kommandieren, seinen Buckel bewegen, aber du fletschst nur die Zähne, du Stumpfnase, du. . . ."

Schuk riß erstaunt die Augen weit auf, pfeifend atmete er die Luft ein und wieder aus.

„Genosse, lieber! . . . Gljeb! . . . Krieger! . . . Mütterchen, geliebtes! . . ."

Er umarmte ihn und überflutete ihn mit seiner Hitze und seinem dampfenden Schweiß.

„Bist du das? . . . Freund! . . . Ja, wir werden schon mit dir alle kleinkriegen. . . . Alle auf ihre Posten stellen. . . . Von welchem Planet . . . was? Serjoscha, schau her, das ist mein Freund . . . durch Leid und Blut. . . ."

„Trommle nicht eine leere Trommel, Schuk . . . für uns ist Klagen kein Sieg. . . ."

„Sooo . . . siehst du, Serjoscha? Der wird schon seinen Mann stehen, der Kerl! . . . Siehst du, Serjoscha, solche brauchen wir! Mit ihm werden wir dreiunddreißig Berge umwälzen. . . ."

Gljeb und Sergeij gaben einander die Hände, flochten die Finger für einen Moment ineinander, vorsichtig und fremd. Und in den Fingern Sergeijs spürte Gljeb mädchenhafte Schüchternheit und Weichheit.

„Intellektueller . . . Hände wie Löffel . . . ein Vornehmer. . . ."

Er sah ihm ins Gesicht. Locken, rötlichbraun, wie Bernstein, in seinen bräunlichen Augen ein Lächeln, und dasselbe Lächeln in den heraufgezogenen Mundwinkeln. Ein Lächeln, das etwas spöttisch schien und in dem eine unerfaßbare Milde und Frage lag.

„Ich kenne Sie schon, Genosse Tschumalow. Ich sah Sie voriges Mal bei der Registrierung. Man sprach über Sie im Komiteepräsidium. Sie sind zur rechten Zeit gekommen."

„Siehst du, lieber Freund? Unsere Generale spüren einen Karpfen. Du mußt mit ihnen militärisch umgehen, sonst werden sie dich nicht leben lassen. Sie wollten auch mich in ihre Netze einfangen, aber ich bin schlauer, ich kenne meine Sache. . . . Ich werde sie schon alle ins richtige Fahrwasser bringen."

„Sag mal, Schuk, warum bist du denn eigentlich so wütend?"

„Ich glaube ihnen nichts — gar nichts. Immer nur große Worte: alles für die Arbeiterklasse . . . und in Wirklichkeit denken sie nur an ihren eigenen Bauch. . . . Hautschinder! . . . eingebildete Kerle, Zirkusreiter! . . ."

„Komm nur, ich will mir auch mal deine Generale ansehen. Führe mich zu ihnen, Schuk! . . ."

„Gehen Sie zum Sekretär, Genosse Tschumalow, dort ist Sitzung. Der Sekretär hat veranlaßt, daß man Sie sofort durch ein Telephonogramm rufen soll. Gehen Sie hin . . . er heißt Schidkij."

„Nein, führ du ihn, Serjoscha, dir ist's leichter. Und ich werde als Kiebitz mitgehen, werde zuschauen, wie man ihn anpacken wird. . . ."

„Ich bin beschäftigt, Genosse Schuk. Jetzt ist eine Beratung im Agitprop und dann eine Sitzung der Sektion für Volksbildung . . . und dann muß ich sprechen."

„Ach, Serjoscha! . . . Bist ein gebildeter Mensch und bist ärger als ein Mönch in deiner großen Demut und deinem Gehorsam."

•

Ins Zimmer trat zuerst Gljeb, nicht Sergeij. Und weil das Zimmer klein war, oder weil nur Frauen drin saßen, kam es Gljeb vor, als ob er es ganz ausfülle und keinen Platz mehr habe, sich umzudrehen. Es schien ihm, daß sein Helm die Decke berühre und die Stukkatur kratze.

Neben dem Fenster, vor einem Tisch, saß, einen Bleistift in der Hand, in einer blauen Russenbluse, Genossin Mjechowa, die Leiterin der Frauengruppe. Ihre Haare lockten sich wie Holzspänchen unter einem roten Kopftuch und ringelten sich und glitzerten in der Sonne. Ueber der Oberlippe ein leiser Flaum, wie bei einem Knaben, und die Augenbrauen zuckten und spielten wie Funken. Sie sah Gljeb mit einem raschen Aufschlag ihrer runden langbewimperten Augen an, und die Augenbrauen zuckten wie Heuschreckenflüglein. Die Wangen, rund und rot wie bei einem Backfisch, und auf den Wangen Grübchen.

(Fortsetzung folgt.)

Für die Untersuchungsbehörden ist diese Frage besonders wichtig: Sind die eingezahlten Baukostenzuschüsse vertragsgemäß sichergestellt worden? Der Eigentümer hat nämlich hinter den beiden Hypotheken zunächst für sich eine Eigentümergrundschuld, weiterhin Sicherheitshypotheken für Straßenregulierungen, und erst dann die Grundschuld der Mieter eintragen lassen. Die Grundstücke waren also schon vorher bis über den Schornstein hinaus belastet. Die Wohnungsfürsorgegesellschaft griff jetzt ein und setzte zunächst den Wert der Häuser herab. Weiter sollte Wiechert die Grundschuld seiner Mieter gleich hinter den Baukosten vor den Hypotheken eintragen lassen. Ein ganzes Jahr lang klagte Wiechert, um dann schließlich den Mietern mitzuteilen, ihre Grundschuld sei auf einen Treuhänder eingetragen. Dieser Treuhänder war jedoch — Wiecherts eigener Rechtsanwalt und Notar. Als dann die Mieter die vereinbarten Zinsen haben wollten, erklärte die „Gesellschaft" des Besitzers, die Zinsen seien durch Umlagen für die Häuser verrechnet.

Inzwischen haben sich die 160 Mieter an die Staatsanwaltschaft und die Kriminalpolizei gewandt, weil sie sich von Wiechert betrogen fühlen. Hoffentlich wird schleunigst durchgegriffen, um zunächst einmal die Wohnungsgeldzuschüsse zu sichern. Auch die Mieten müssen neu geregelt werden, denn nach dem Urteil von Sachverständigen unterliegt es kaum einem Zweifel, daß Wiecherts Vorgehen gegen die guten Sitten verstößt.

Doktor Ulrichs Perle.

Eine üble Freundschaft vom Tanzboden.

Ein Badeurlaub ist nicht immer ein Vergnügen! So wurde vor etwa drei Wochen eine Familie aus der Martin-Luther-Straße während der Ferienreise von der Hausangestellten Klara Bolski, einem Mädchen von 20 Jahren, die sich in dreijähriger Dienstzeit nichts hatte zuschulden kommen lassen, schwer bestohlen. Als die Familie von der Reise zurückkehrte, fand sie die Wohnung ausgeräumt. Das ganze Silberzeug, Wert- und Schmucksachen, und die gesamte Wintergarderobe des Hausherrn und der Hausfrau, Pelze und dergleichen, waren fort! In der Wohnung herrschte die größte Unordnung. Einige Behältnisse waren sogar mit einem Hackebeil erbrochen worden. Der Schaden belief sich auf nicht weniger als 15000 M. Klara Bolski, die anfangs August in Urlaub in ihre Heimat hätte fahren sollen, war und blieb verschwunden.

Kriminalkommissar Dr. Berndorff und die Beamten der Dienststelle C. 1 ermittelten, daß sie in einem Tanzlokal in der Landeberger Straße mit einem jungen Mann zusammengekommen war, der sich für einen „Doktor der Chemie Ulrich" ausgegeben hatte. Die Vermutung, daß dieser bei dem großen Diebstahl seine Hand mit im Spiel gehabt habe, hat sich jetzt bestätigt. Die Beamten beobachteten die Wohnung einer Freundin der Klara in Moabit, und so gelang es, die Gesuchte jetzt festzunehmen. Die Freundin wollte zwar, als die Beamten ihr einen überraschenden Besuch machten, von nichts wissen, und bestritt, daß die „Perle" in ihrer Wohnung sei. Man fand diese aber bald unter dem Bett, wo sie sich versteckt hatte. Nach ihr wurde dann auch der angebliche Doktor Ulrich am Schlesischen Bahnhof, wo er sich mittellos umhertrieb, ausfindig gemacht und verhaftet. Beide waren stark heruntergekommen. Die Tanzbodenbekanntschaft war Klara Bolski, einer leidenschaftlichen Tänzerin, zum Verhängnis geworden. Der junge „Doktor" hatte ihr allerlei erzählt, von seiner Verbindung, deren Zirkel er ihr zeigte, usw. Er hatte das Mädchen so bestrickt, daß sie ihn gleich am ersten Abend in der Wohnung aufnahm. Seitdem lebte das Pärchen dort herrlich und in Freuden. Was Vorratskammer und Keller bargen, wurde verzehrt. Man beschaffte sich Geld, indem man binnen fünf Tagen alles, was nicht niet- und nagelfest war, verpackte und an 36 Stellen versetzte oder verkaufte. Der Erlös entsprach allerdings lange nicht den Erwartungen. Man erhielt kaum 5 Proz. des wirklichen Wertes. Immerhin reichte das Geld, um für ein Weilchen in Hotels zu wohnen, nachdem man sich in der Wohnung nicht mehr sicher gefühlt hatte. Das Hotelleben war aber auch teurer, als man sich vorgestellt hatte. Es kam soweit, daß die „Perle" ihren eigenen Mantel verkaufen mußte, um eine Schuld zu decken. Endlich wohnte das Pärchen, trotz der herbstlichen Witterung, im Walde bei Finkenkrug, bis es doch zu kalt wurde. Da fand Klara bei der Freundin einen Unterschlupf, und der „Doktor", in Wirklichkeit ein 24 Jahre alter „Kaufmann" Hans Ulrich, trieb sich unterkunftslos am Schlesischen Bahnhof umher.

Einige Sachen wurden auf verschiedenen Bahnhöfen wiedergefunden. Das Pärchen hatte sie hier in Verwahrung gegeben, sich aber nicht mehr getraut, sie wieder abzuholen, nachdem die Zeitungen über den Diebstahl berichtet hatten.

Wem gehört das Bettzeug?

Das Rätsel der Mordsache „Frieda Ahrendt".

Der Mord an der Hausangestellten Frieda Ahrendt beschäftigt die Kriminalpolizei noch immer. Sie hofft bei einer erneuten Fahndung auf Unterstützung durch das Publikum.

Als der Seifenhändler Paul Gutowski aus der Kurfürstenstraße 145 im August d. J. festgenommen wurde, traten auch die Ermittlungen in der Sache Ahrendt in ein neues Stadium. Gutowski konnte überführt werden, die Else Arndt in einem Hotel in der Rosenthaler Straße getötet zu haben. Er hat das auch eingestanden. Außerdem wurde in seiner Wohnung die Hausangestellte Hedwig Oesterreich unter eigenartigen Umständen tot aufgefunden. So besteht der dringende Verdacht, daß Gutowski auch die Frieda Ahrendt umgebracht hat, deren Leiche zerstückelt an verschiedenen Stellen aufgefunden wurde. Zunächst landete man den Rumpf ohne Kopf und Extremitäten bei Schildhorn aus der Havel. Dann fand man andere Körperteile in der Nähe der Gutowskischen Wohnung, so die Arme vor dem Hause Schöneberger Ufer 13 und die Füße und Schenkel vor den Häusern Winterfeldtstraße 30 und Grunewaldstraße 93. Der Kopf ist auch bis jetzt noch nicht gefunden. Als wichtigstes Beweismaterial kommt ein Sack mit blutigem Bettzeug in Betracht, der im Flur des Hauses Bahnstraße 32 lag. Er enthielt einen weißen und einen farbig gestreiften Kopfkissenbezug, ein rotgestreiftes Kopfkissenin lett, ein rotgestreiftes Unterbett und als besonders charakteristisches Stück ein hellgrau und lila gestreiftes Barchentlaken, das in der Mitte in der Längsrichtung zusammengenäht ist. Der Verdacht, daß Gutowski auch dieses Verbrechen verübt habe, ergab sich um so eher, als Frieda Ahrendt zuletzt in jener Gegend gesehen worden ist.

Die Kriminalpolizei nimmt an, daß Mitteilungen über die Herkunft dieses Bettzeuges eine Klärung des an dem Mädchen verübten Verbrechens ermöglichen kann. Um dem Publikum die Möglichkeit einer Besichtigung des Bettzeuges zu geben, ist dieses in einem besonderen Zimmer des Leichenschauhauses in der Hannoverschen Straße 6 ausgestellt. Sachdienliche Mitteilungen werden unter Hinweis auf die ausgelobte Belohnung von 1000 Mk. an die Kriminalkommissare Dr. Wächter und Pippo im Zimmer 92 des Polizeipräsidiums erbeten.

Wieder Knochenfunde im Ulap.

Bei Ausschachtungsarbeiten auf dem Gelände des „Ulap" in Alt-Moabit wurden gestern um 14 Uhr wieder Menschenknochen zutage gefördert. In etwa 1½ Meter Tiefe stießen Arbeiter auf mehrere Schädel- und Skeletteile. Das Polizeirevier 28 in der Paulstraße wurde von dem neuerlichen Fund in Kenntnis gesetzt und entsandte zwei Kriminalbeamte nach dem Ulap. Ueber das Untersuchungsergebnis ist bisher Näheres noch nicht bekannt geworden, doch handelt es sich, wie bei den vor längerer Zeit an anderer Stelle gemachten Knochenfunden, vermutlich auch hier um Knochenteile, die viele Jahre im Erdreich gelagert haben.

Martyrium des Dreijährigen.

Eine entmenschte Mutter.

Wieder steht das Ehepaar Kubsch vor dem Landgericht II. Am 26. September mußte der Prozeß auf Antrag des Staatsanwalts vertagt werden. Nun ist Professor Fraenkel, der seinerzeit die Obduktion der Leiche vorgenommen hatte, zur Stelle. Die Sachverständigen werden zu entscheiden haben, ob der Tod des Kindes durch die Mißhandlungen der Mutter oder durch den Sturz des Kindes während eines epileptischen Anfalles erfolgt ist. In der Verhandlung kamen wieder Dinge zur Sprache, daß man fassungslos vor Entsetzen ist.

Die Ehefrau Kubsch ist diesmal noch aufgeregter als in der ersten Gerichtsverhandlung. Sie bestreitet ebenso entschieden wie damals, den dreijährigen Günther lieblos behandelt zu haben. Wenn er von ihr hin und wieder geschlagen worden sei, so habe das Kind sie dazu durch seinen hartnäckigen Charakter gezwungen. Es sei ausgeschlossen, daß sie seinen Tod durch Mißhandlungen verursacht hätte. Das Kind sei im epileptischen Anfall gestürzt und auf diese Weise zu Schaden gekommen. „Aber die Zeugen sagen doch ganz was anderes aus," hält der Vorsitzende ihr entgegen. „Die Zugen lügen, alles Schwindel, Gehässigkeit." Das ruft sie immer wieder den Zeugen ins Gesicht, die größtenteils Hausgenossinnen sind, alte und junge, von denen viele vollkommen gelassen ihre Aussagen machen. Um so erschütternder wirken aber ihre Bekundungen. Es scheint schier unbegreiflich, daß in einem so großen Hause ein Kind mehr als zwei Jahre hindurch in einer so unglaublichen Weise seelisch und physisch gefoltert werden konnte. Man fragt sich, wo blieb da das Jugendamt? Und man will nicht glauben, daß das Jugendamt gesagt habe, wie dies eine Zeugin aussagte, es liege kein Grund vor, einzuschreiten. Erst heute wird man aber von dem Vorsteher des Jugendamts und von dessen Mitarbeiter hören, ob und inwieweit das Jugendamt in diesem grausigen Fall gefehlt hat.

Und nun erst die Zeugenaussagen! Da waren z. B. einige Frauen, die bei Frau Kubsch gewohnt hatten und Tag für Tag das Martyrium des Kleinen beobachten konnten. Das kranke Kind will keinen Spinat essen; es erhält einen Schlag mit dem Zinnlöffel über den Mund, daß die Lippe platzt und das Blut aus Mund und Nase läuft. Es macht eine Gardine schmutzig, — der Kochlöffel wird auf seinem Kopf zerschlagen; es wird auf die Kohlen geworfen und mit Füßen getreten. Wenn es das Bettchen verunreinigt hat, faltet es beim Nahen der Mutter flehentlich die Hände, denn es weiß schon was nun kommt — es wird aus dem Bettchen genommen und mit dem Klopferstiel auf Kopf, Rücken, Beinen bearbeitet. Das rachitische Kind hält sich schwer auf den Füßen. „Du Aas, wirst noch gehen lernen." Stundenlang muß er im Kellervorraum stehen. In seinem Bedürfnis nach Zärtlichkeit faßt es liebevoll sein zweijähriges Schwesterchen um; die Mutter stößt es mit der Faust fort. „Schämen Sie sich nicht, das Kind ständig auf den Kopf zu schlagen," ruft man ihr zu. „Kümmern Sie sich um Ihre eigenen Angelegenheiten." So hieß es immer. Beklagten sich die Nachbarn beim Mann über die grausame Behandlung seines Kindes, dann erhielten sie zur Antwort: „Es geht Sie einen Dreck an, und wenn Sie sich noch einmal einmischen, so gibt es was." Immer wieder redeten die Nachbarn auf Frau Kubsch ein, sie möge doch das kranke Kind mit Liebe zu erziehen versuchen; nichts fruchtete.

Und der Ehemann und Vater? Der größte Teil der Zeugen behauptet, daß er dem Kinde Liebe entgegengebracht habe und daß es ihm freudig entgegenlief, wenn er abends von der Arbeit heimkam. Er soll auch der Frau gesagt haben: „Else, schlag' doch den Jungen nicht, er ist doch krank, es hat ja keinen Zweck." Dann ließ er sich aber selbst dazu hinreißen, das Kind mit einem Pantoffel zu bearbeiten. Die Angeklagte Kubsch ist diesmal schlecht auf ihren Ehemann zu sprechen. Nach der ersten Gerichtsverhandlung schrieb sie dem Manne, der sie bei der Begrüßung geküßt hatte: „Mir brennt Dein Judaskuß noch heute auf der Wange." Und nun behauptet sie, ihr Mann sei an allem schuld, er habe sie selbst unbarmherzig geschlagen und sie zur kranken Frau gemacht. Krank mag sie sein. In welchem Maße, darüber werden die psychiatrischen Sachverständigen ihr Urteil abgeben. Daß aber eine so schwer hysterische Frau monatelang ihr Kind ungestraft mißhandeln durfte, das gibt zu denken.

Ein halbes Jahr Berliner Einheitsfahrschein

Rekordbeförderungsziffer im September. 12½prozentige Zunahme gegen 1926.

200 Tage ist am 1. Oktober der Einheitsfahrschein bei den drei Berliner Verkehrsgesellschaften in Benutzung. Es stellt sich immer mehr heraus, daß das Experiment des Einheitsfahrscheins als geglückt angesehen werden kann, obgleich vorläufig noch ein eingeschränkter Umsteigeverkehr herrscht und am 1. Januar erst die letzten Beschränkungen fallen. **Sämtliche drei Gesellschaften können dauernd steigende Verkehrszunahme melden.** Der September weist die höchste Gesamtziffer für beförderte Fahrgäste auf, die bisher überhaupt im Berliner Verkehr zu verzeichnen war. **Im 3. Vierteljahr sind insgesamt 304,6 Millionen Personen von der Straßenbahn, Hoch- und Untergrundbahn sowie von der Aboag befördert worden.** Hierbei sind nur die zweiten Fahrten berücksichtigt, die durch Umsteigen zu einem anderen Verkehrsmittel gemacht worden sind; auch Abonnements und Schülerkarten sind einkalkuliert. Gegenüber dem 2. Vierteljahr ist eine Gesamtzunahme von fast 5½ Millionen zu verzeichnen, nachdem bereits im 2. Vierteljahr 14 Millionen mehr Personen befördert waren als im ersten. Im Vorjahr belief sich der Gesamtverkehr im 3. Vierteljahr auf nur 270 Millionen, das bedeutet eine 12½prozentige Steigerung in diesem Jahr. Den höchsten Verkehr erreichte der Monat September mit 104,7 Millionen

Auch die Entwicklung der Beförderungsziffer der einzelnen Gesellschaften ist sehr interessant. Zunächst wurde erwartet, daß die Straßenbahn an die beiden anderen Gesellschaften Fahrgäste abgeben würde. Das ist auch im 2. Vierteljahr geschehen; seit Juli weist die Straßenbahn jedoch wieder eine Zunahme auf, und im September beförderte sie 71 Millionen Personen; damit ist die höchste Ziffer des Jahres vom März wieder erreicht. Im Vormonat betrug die Beförderungsziffer 70,1 Millionen, im Juli 67,1 Millionen. Insgesamt wurden von der Straßenbahn im 3. Vierteljahr 208 Millionen Fahrgäste befördert gegenüber 202 Millionen im zweiten und 204 Millionen im 1. Vierteljahr.

Auch die Hoch- und Untergrundbahn weist für September eine bisher noch nicht erreichte Beförderungsziffer auf; allerdings hängt dieses mit der Erweiterung des Streckennetzes zusammen. Sie beförderte im September 19,7 Millionen gegen 18,1 Millionen im August und 16,9 Millionen im Juli. Die Untergrundbahn hat bisher stets im Sommer wegen der drückenden Luft Abwanderungen zu verzeichnen. Infolgedessen ist die Gesamtbeförderungsziffer des 3. Vierteljahres von 54,8 Millionen hinter der des 2. Vierteljahres mit 56,1 Millionen zurückgeblieben. Im 1. Vierteljahr wurden nur 48,2 Millionen befördert.

Bei der Aboag hat gegenüber dem August keine Steigerung stattgefunden. 13,9 Millionen lauten für August und September die Zahlen. Insgesamt wurden von der Aboag im 3. Vierteljahr 41,6 Millionen Fahrgäste gegenüber 41,2 Millionen im 2. Vierteljahr befördert; im 1. Vierteljahr dagegen nur 32,8 Millionen.

Insgesamt benutzten die Fahrzeuge der drei Berliner Verkehrsgesellschaften im Jahre 1927 bisher 888,9 Millionen Personen. Den Hauptanteil sicherte sich die Straßenbahn mit 614,2 Millionen, dann folgt die Untergrundbahn mit 159 Millionen. Den kleinsten Anteil hat die Aboag mit 115,6 Millionen. Sämtliche Verkehrsziffern liegen mindestens 10 bis 15 Proz. über denen des Vorjahres.

Kundgebung der Kriegsopfer.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen, Berlin, versammelte Sonntag vormittag die Berliner Kriegsopfer im Walhalla-Theater zu einer Kundgebung. Der mächtige Zuschauerraum des Theaters war überfüllt. Besonders zahlreich beteiligten sich die Kriegerwitwen an der Versammlung. Anlaß zu dieser Kundgebung war der gegenwärtig dem Reichstage vorliegende Regierungsentwurf einer 5. Novelle zum Reichsversorgungsgesetz. Die Referenten, Bundesvorsitzender Christoph Pfändner und Gauvorsitzende, Frau Döring, wiesen besonders darauf hin, daß über die gesamte Aufwendung für die Versorgung im allgemeinen kein klares Bild in der Oeffentlichkeit bestehe. So würde auch jetzt wieder angenommen, daß der vom Reichsfinanzminister auf der Beamtentagung in Magdeburg genannte Betrag von 170 Millionen Mark noch für dieses Rechnungsjahr mehr ausgegeben würde. Das trifft aber nicht zu; der Betrag kommt vielmehr nur für ein ganzes Haushaltsjahr in Betracht. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß im Jahre 1925 über 50 Millionen und im Jahre 1926 fast 100 Millionen Mark im Versorgungsetat eingespart worden sind, ohne daß diese den Kriegsopfern zugute kamen. Der Entwurf der Reichsregierung spielt einen Teil der Versorgungsberechtigten gegen den anderen aus. Die Versammlung nahm von einer Diskussion Abstand und nahm gegen eine Stimme eine Entschließung an, in der folgendes gesagt wird:

Die Versammelten stellen an den Reichstag folgende Forderungen: 1. Allgemeine gleiche Erhöhung der Versorgungsgebührnisse nach dem aus der Neuregelung der Beamtenbesoldung sich ergebenden Hundertsatz entsprechend der klaren Vorschrift des § 87 des Reichsversorgungsgesetzes. — 2. Einbau der Zusatzrente in die allgemeine Rente. — 3. Abwendung der von der Reichsregierung beabsichtigten schweren Schädigung der Hinterbliebenen durch Aenderung des Begriffes Vollrente. — 4. Anerkennung eines Rechtsanspruches auf Heilbehandlung für die Hinterbliebenen. — 5. Allgemeine Verbesserung des Besoldungsdienstalters der schwerkriegsbeschädigten Beamten.

Neben diesen Forderungen unterstützen die Versammelten nachdrücklich die von den großen Organisationen der Kriegsopfer unter dem 8. Oktober 1927 an den Reichstag gerichtete Eingabe.

Zum Raubüberfall im „Klausner".

Zu dem verwegenen Raubüberfall, den ein noch unbekannter Täter in dem bekannten Restaurant „Zum Klausner" in der Krausenstraße am hellen Vormittag verübte, erfahren wir noch folgende Einzelheiten. Als der Räuber den Vorraum zu dem Kassenraum betrat, war gerade ein Bote anwesend, der Geld abholte. Nachdem dieser sich entfernt hatte, öffnete der Unbekannte plötzlich die Tür und sagte, daß er Geld einkassieren wolle. Eine der Damen fragte ihn, in wessen Auftrag er komme und wo seine Quittung sei. Bis dahin hatte der Mann seine Sportmütze in der linken Hand gehalten und mit ihr die rechte verdeckt. Jetzt setzte er die Mütze auf und nun erblickte man in seiner Rechten die Pistole. Er trat an die Schreibtische heran und forderte die erschrockenen Anwesenden auf, ihm das Geld herauszugeben. Vom Tische nahm er eine große Papierschere und durchschnitt die Zuleitung zum Fernsprecher. Dann durchwühlte er mehrere Schreibtischkästen mit der Linken, während die Rechte unverändert die Waffe hielt. Wahllos griff der Räuber aus den Geldscheinen einige heraus, steckte sie in die Tasche und erbeutete so, wie jetzt feststeht, 1770 M. Auf die Ergreifung des Räubers ist eine Belohnung von 300 M. ausgesetzt.

Sprechchor für Proletarische Feierstunden. Die Uebungsstunde muß in dieser Woche ausnahmsweise am Mittwoch, dem 19. Oktober, abends 19½ Uhr, stattfinden. Es wird erwartet, daß alle pünktlich erscheinen.

Hörsing spricht beim Reichsbanner in Spandau. Freitag, 21. Oktober, 20.30 Uhr, veranstaltet der Kreisverein Spandau des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold eine große öffentliche Werbekundgebung in den „Bismarcksälen" am Bismarckplatz. Thema: Zweck und Ziel des Reichsbanners. Redner: Bundespräsident Otto Hörsing.

Freie Sozialistische Hochschule. Die wissenschaftlichen Vorträge, die im Rahmen der „Freien Sozialistischen Hochschule" im Sitzungssaal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Straße 3, gehalten wurden, werden auch in diesem Winterhalbjahr fortgesetzt. Als erster spricht am Sonnabend, dem 22. Oktober, 19½ Uhr, Prof. Dr. Erik Nölting über „Die Demokratie als staatliches und soziologisches Problem". Ihm folgt am Sonnabend, dem 12. November, Nationalrat Ernst Reinhardt, Bern, mit einem Vortrag über „Psychologische Probleme der Arbeiterbewegung". Karten zum Preise von 50 Pf. sind u. a. in der Buchhandlung J. H. W. Dietz, Lindenstr. 2 und am Eingang zu erhalten. Die Seminare der „Freien Sozialistischen Hochschule", die von Heinrich Cunow, Karl Mierendorff, Fritz Naphtali, Karl Schröder und Alexander Stein abgehalten werden, beginnen am Montag, dem 24. Oktober. Anmeldungen sind an den Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, SW 68, Lindenstr. 3, zu richten, wo auch ausführliche Prospekte angefordert werden können.

Ueber Niederdeutsche Volkskunde spricht Professor Brunner am Sonntag, dem 23. Oktober, vormittags 10 Uhr, in der Sammlung für deutsche Volkskunde, Klosterstr. 36. Teilnehmerkarten 50 Pf. vor Beginn am Eingang.

Eine ganze Familie verbrannt.

London, 18. Oktober.

In Wateringbury Hall in der Nähe von Maidstone brach heute nacht im Hause eines englischen Offiziers ein Feuer aus, das so schnell um sich griff, daß die ganze vierköpfige Familie in den Flammen umkam. Drei Dienstboten konnten sich rechtzeitig retten.

Neue Erdstöße in Oesterreich.

Wien, 18. Oktober.

Heute früh wurden in Schwadorf neuerlich zwei leichte Erdstöße verspürt. Der erste war stärker und dauerte etwa 2 Sekunden. Größerer Schaden wurde nicht angerichtet.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend (Nachdr. verb.) Nach vorübergehender Aufheiterung wieder erneute Trübung, später auch etwas Regen. Nach kühler Nacht am Tage wieder milder. — **Für Deutschland:** Im Osten und Süden wolkig bis heiter, im Osten auch Regenschauer, sonst nach vorübergehender Aufheiterung erneute Trübung mit Regenneigung.

Laxin Das ideale Abführ-Konfekt

Die Beratung des Schulgesetzes.

Keudell begründet die Vorlage. – Die Kampfansage der Sozialdemokratie.

Nach der Geschäftsordnungsdebatte, über deren Verlauf wir im Hauptblatt berichten, tritt der Reichstag in die Beratung der Schulvorlage ein. Zur Begründung ergreift namens der Regierung das Wort

Reichsinnenminister v. Keudell:

Der Entwurf entspreche der Sehnsucht weiter Kreise der christlichen Elternschaft nach einem christlichen Schulgesetz und trage auch dem Verlangen nach einer gedeihlichen Entwicklung der weltlichen Schule Rechnung. Die Reichsverfassung, so fährt der Minister fort, schreibt keinen einheitlichen Typ für die Volksschule vor. Unerläßlich ist es aber, Mindestgrundsätze reichsgesetzlich aufzustellen, um die einheitliche Volksschule in den verschiedenen Landesteilen zu sichern und zu fördern. Bei dem Widerstreit der juristischen Meinungen könne die jetzige Regierungsvorlage nicht als verfassungsändernd angesehen werden. Diese Vorlage vermeidet es, den Ländern eine ganz bestimmte Schulform aufzuzwingen. Sie läßt vielmehr den verschiedenen Schulsystemen Raum zum friedlichen Wettbewerb. Sie sichert mit dem Antragsrecht auch den Eltern einen Einfluß, der der Verfassung nicht widerspricht. Aus den bestehenden Verhältnissen in den meisten Ländern ergebe sich zwangsläufig, daß den Kirchen ein gewisser Einfluß auf den Betrieb der Schulen ihres Bekenntnisses eingeräumt werden muß.

Ueber die Kostenfrage kann sich die Regierung erst äußern, wenn die endgültige Gestaltung des Schulgesetzes feststeht. Die Frage des Abg. Dr. Haas kann ich dahin beantworten, daß der Entwurf einmütig vom Reichskabinett eingebracht und die Stellungnahme der beiden volksparteilichen Minister schon damals in der Presse veröffentlicht worden ist. Der Reichskanzler hat schon in seiner Regierungserklärung darauf hingewiesen, daß unsere Kultur auf christlicher Grundlage beruht und daß dem auch das neue Schulgesetz Rechnung tragen soll. Wir wollen mit dem vorliegenden Entwurf dieses Versprechen der Regierungserklärung erfüllen. In unserer Zeit der Zügellosigkeit und Schamlosigkeit müssen wir unserer Jugend die Möglichkeit geben, sich zu wahrhaften innerlich-freien Männern heranzubilden. Wahre Freiheit besteht aber nur dort, wo der Mensch gebunden ist an Gott. In einer Zeit der Autoritätslosigkeit kann Hilfe nur geschaffen werden durch die letzte, höchste Autorität. So dient derjenige, der im Einklang mit dem Willen der Eltern die christliche Schule fördert, der Charakterbildung der Jugend und so wird diese Schulfrage zur Volksfrage. (Beifall rechts, Zischen links.)

Abg. Schreck (Soz.):

Die Gestaltung des Schulwesens hat für die ganze Nation eine außerordentlich große Bedeutung. Gerade deshalb, um eine sachliche Erörterung dieser Frage zu ermöglichen, wäre es geboten gewesen, wenn wir den breiten Schichten des Volkes, die gegenwärtig den Kampf um des Lebens Notdurft führen, beigesprungen wären, durch eine Umänderung der heutigen Tagesordnung. Das hat die Mehrheit des Hauses verhindert. Nachdem der Minister des Innern die Vorlage begründet hat, kann man mit ihm nur noch Mitleid empfinden. Der Minister hat heute viel von der christlichen Auffassung gesprochen. Wie können Sie es aber mit dieser christlichen Auffassung, wie können Sie es mit Ihrer Ehre vereinbaren, daß Sie nicht hier in der Oeffentlichkeit bei der ersten Gelegenheit das furchtbare Unrecht, das Sie zusammen mit dem Reichskanzler gegenüber dem Vertreter des Jungdeutschen Ordens begangen haben, wieder gutmachen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Bewegung im Hause.)

Die Schule solle der Charakterbildung dienen, sagt der Minister. Wenn das richtig ist, dann sollte er selbst zuerst danach handeln.
(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Deutschnationale, Nationalliberale und Zentrümler haben sich bei diesem Gesetzentwurf vereinigt. Man braucht sich deshalb nicht darüber wundern, daß derart Mangelhaftes zustande gekommen ist. Es ist gesagt, daß die Einwände gegen die Vorlage oberflächlich gewesen seien. Aber warum hat man denn die Vorlage nicht noch vor der Vertagung des Reichstags eingebracht, damit rechtzeitig die Möglichkeit bestand, sich mit seinem Inhalt zu befassen? Mit vollem Recht hat der Abg. Haas danach gefragt, ob die Mehrheit des Kabinetts hinter der Vorlage steht. Nachdem das Kabinett den Entwurf herausgebracht hatte, wurde doch in der Presse mitgeteilt, daß die volksparteilichen Minister erklärt hätten, sie behielten sich ihre volle Handlungsfreiheit vor. Diese Erklärung der volksparteilichen Minister schien ein Beweis dafür gewesen zu sein, daß sie ihre früheren liberalen Grundsätze noch nicht vollständig abgetan hatten. Ich hoffe noch immer, daß in der Deutschen Volkspartei die Tendenz zum Siege kommt, die die „Kölnische Zeitung" zum Ausdruck brachte, als sie darauf hinwies, daß es von der Deutschen Volkspartei selbst abhänge, ob sie sich in der jetzigen Regierungskoalition durchsetze, ob noch über die Verbesserungsanträge Preußens hinaus ein Schulgesetz zustande komme, das sich sehen lassen kann. Inzwischen ist aber der Wechselbalg der Regierung kaum drei Monate alt geworden, und schon hat er überall unfreundliche und nach meiner Meinung ganz berechtigte Abweisungen erhalten.

In diesem Bürgerblock wird so oft von der Volksgemeinschaft gesprochen und die Notwendigkeit der deutschen Einheit betont. Mit diesem Entwurf stellt er aber selbst die konfessionellen Interessen über die Volkseinheit.

Dabei trauen die Regierungsparteien sich selbst nicht einmal über den Weg. Die Deutschnationalen sagen, letzten Endes werde das Zentrum und die katholische Kirche dabei das beste Geschäft machen; das Zentrum wieder sagt den Deutschnationalen, ihr seid nicht zuverlässig genug, ihr habt selbst noch Kreise bei euch, die von der konfessionellen Schule nichts wissen wollen. Um das Bild zu vervollständigen, wird die Deutsche Volkspartei aus den Reihen des Zentrums noch bezichtigt, daß sie in bezug auf das Schulwesen ebenso schlecht sei, wie die böse Sozialdemokratie. Wie herrlich präsentiert sich uns doch die Einheit dieser Rechtskoalition. Nun kommen auch noch aus Bayern Stimmen, die sich gegen Volkspartei und Deutschnationale und sogar gegen das Zentrum richten. Ich ziehe daraus die Schlußfolgerung, daß es in der Regierungskoalition bedenklich kriselt. Wir hoffen, daß es gelingen wird, ein Schulgesetz zu gestalten, das der gesamten nationalen Entwicklung würdig ist. Ich betone dabei ausdrücklich, daß es sich bei der Schule um eine Sache handelt, die das gesamte Volk angeht, nicht um eine Sache der Eltern, der Konfessionen oder der Weltanschauungen. Der Staat ist der oberste Erziehungsberechtigte, er trägt dafür die Verantwortung, daß in den Schulen Staatsbürger herangezogen werden.

Das Zentrum aber will die Kirche über den Staat stellen.

Das wird von Ihnen auch gar nicht mehr bestritten, das hat ja auch Herr Dr. Marx zugegeben. Es wird vom Zentrum ganz eindeutig erklärt, daß nicht der Staat, sondern die Kirche die Entscheidung über die Erziehung haben müsse. **Damit wird aber der Boden der Verfassung verlassen.** (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nach der Verfassung ist es Aufgabe des Staates, nicht nur Schulen zu errichten, sondern ihr inneres Wesen so zu gestalten, daß alle kulturellen und nationalen Kräfte heranzuwachsen vermögen. Wenn das Zentrum und die Deutschnationalen haben wollen, daß die Kirche über die Schulen bestimmen soll, dann sollten sie doch den Schritt weitergehen und dafür sorgen, daß eine saubere und reinliche Trennung zwischen Staat und Kirche vorgenommen wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wer an die Kraft und an die Sendung der Kirche glaubt, der hat doch nicht nötig, vom Staat in irgendeiner Form Unterstützung zu verlangen.

Wer an die Religion glaubt, der braucht nicht die Hilfe des Staates.

Nach der Begründung des Entwurfs soll das Elternrecht sichergestellt werden. In Wirklichkeit sollen aber nicht die Eltern, sondern die Kirche soll bestimmen, wie die Schule auszusehen hat. Wo bleibt denn da noch das Elternrecht? Sie (nach rechts) reden zwar vom Elternrecht, in Wahrheit denken Sie aber gar nicht daran, den Eltern ein Recht zu geben.

Die Sozialdemokratie fordert grundsätzlich die Weltlichkeit der Schule,

weil wir der Auffassung sind, daß nur die weltliche Schule die beste Garantie dafür bietet, alle kulturellen und nationalen Kräfte zusammenzufassen. **Erst in der weltlichen Schule ist die Möglichkeit geboten, eine Erziehung zu wirklicher Duldsamkeit durchzuführen.** Die weltliche Schule läßt den Weltanschauungen, den Religionen die volle Betätigungsmöglichkeit. In diesem Jahre hat man Pestalozzi gefeiert, der ausdrücklich eine Ausbildung forderte, die unabhängig vom Religionsunterricht durchgeführt werden müsse. Dieser bedeutende Pädagoge hat das gefordert, was die Sozialdemokratie durchsetzen will.

Die Rechte spricht bei jeder Gelegenheit von der Nation. Jetzt aber will sie die Konfession über die Nation stellen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Trotz unserer grundsätzlichen Stellungnahme für die weltliche Schule treten wir aber auf den Boden der Weimarer Verfassung, die die Gemeinschaftsschule als Regelschule hinstellt und daneben der weltlichen Schule und der konfessionellen Schule Lebensmöglichkeiten gibt. (Zuruf des Abg. Rheinländer (Z.): Wo steht das in der Verfassung?) Wenn für Sie die Verfassung noch nicht ausreicht, so können wir uns doch auf das Reichsgericht berufen, das gleichfalls die Gemeinschaftsschule als Regelschule bezeichnet. Der Minister hat leider nichts davon gesagt, daß in der Verfassung auch die Erziehung zur Völkerversöhnung zur Pflicht gemacht ist. Ich bedaure, daß das Zentrum nicht auf eine Erwähnung dieses Grundsatzes in dem Entwurf Wert gelegt hat. (Zuruf beim Zentrum: Das kommt noch.) Der Entwurf beseitigt die Vorzugsstellung der Gemeinschaftsschule und macht zwangsweise die Bekenntnisschule zur Regelschule. Er bedeutet eine

Zerschlagung des Volksschulwesens

und verhindert jeden geordneten Schulbetrieb. Der Minister ist sich über die Auswirkung dieses Gesetzes noch gar nicht klar. Bei Ihnen (nach rechts) wird doch immer soviel von Fachministern geredet. Wenn eine solche schlechte Arbeit von einer Minderheitsgruppe geleistet worden wäre, dann hätten Sie gesagt, sie habe leichtfertig gehandelt. Wie kann aber jemand einen Entwurf vorlegen, ohne sich die Mühe genommen zu haben, ein einfaches Rechenexempel über die Kosten aufzumachen? Durch die Einfügung der geistlichen Schulaufsicht in den Entwurf soll nicht nur eine Bevormundung, sondern auch eine

Bedrückung der Lehrer

herbeigeführt werden. Es ist also durchaus verständlich, wenn die großen Schichten der deutschen Lehrer mit der größten Bekümmernis diesen Verhandlungen ihre Aufmerksamkeit schenken. Die Lehrer wissen, daß nicht nur die Schule in Gefahr ist, sondern daß auch ihre Rechte, die in der Verfassung festgelegt sind, unterminiert werden sollen. Das Zentrum sollte doch jetzt nicht so hochmütig sein. Es weiß doch aus seiner eigenen Vergangenheit, daß sich Gewalt und Unterdrückung immer gegen den Unterdrücker selbst richten. Sie wollen den Lehrern ihr verbriefstes Recht nehmen, den Unterricht nur nach ihrem eigenen Gewissen zu erteilen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir werden trotzdem an der Vorlage sachlich mitarbeiten, weil wir aus Erfahrung wissen, daß sachliche Arbeit stets ihre Früchte trägt. Die Sozialdemokratie wird mit der größten Energie den **Kampf gegen die Kulturreaktion weiterführen,** und hinter uns stehen auch weite Kreise des Volkes, die sonst mit unseren sozialen und wirtschaftlichen Forderungen nicht einverstanden sind. Wir führen den Kampf auf dem Boden der Verfassung um den Inhalt der Verfassung, und bis weit in das Bürgertum hinein werden sich die Geister in diesem Kampfe um uns sammeln, mit dem Ziele, dem deutschen Volke die nationale Einheitsschule zu geben. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. **Mumm** (Dnat.) bezeichnet es als das eigentliche Ziel der Sozialdemokraten, den Religionsunterricht völlig aus der Schule zu entfernen. Bei einem Scheitern des vorliegenden Entwurfs, bei einer weiteren Entchristlichung der Schule, würde auch in Deutschland, wie in Belgien und Frankreich, die Abwanderung von den Staatsschulen in die Privatschulen immer stärker werden.

Abg. **Rheinländer** (Z.) erklärt, das Zentrum betrachte die Vorlage als eine brauchbare Grundlage für weitere Verhandlungen. Er beantragt die Ueberweisung an den Bildungsausschuß. Das Zentrum müsse jede Bevorzugung einer bestimmten Regelschule ablehnen. Dem Staat soll keineswegs das Recht genommen werden, in seinen Schulen den Unterricht zu regeln und Schulen einzurichten. Wir bestreiten nur die Schul-Omnipotenz des Staates. Wir wollen auch den Religionsunterricht nicht der Kirche entziehen lassen, die dazu berufen ist. Wir werden uns bemühen, den vorliegenden Entwurf gerade in der Richtung zu verbessern, daß das alte Recht der Kirche auf den Religionsunterricht besser gewahrt wird als bisher. **Wir halten die Bekenntnisschule für die beste.** Die Kostenfrage ist jetzt noch nicht klar zu übersehen, aber zu ihrer Lösung wird sich schon ein Weg finden lassen, wenn das Reich die Uebergangskosten übernimmt.

Um 18½ Uhr wird die Beratung des Schulgesetzes auf Mittwoch, 13 Uhr, vertagt.

Das Verlangen der Kommunisten, am Mittwoch ihre Anträge zum Bergarbeiterstreik und zur Amnestiefrage zu beraten, wird abgelehnt, ebenso der Antrag der Demokraten auf Beratung des von ihnen eingebrachten Rentnerversorgungsgesetzes.

Als Vizepräsident **Gräf**-Thüringen daraufhin feststellen will, daß sein Vorschlag angenommen sei, am Mittwoch das Reichsschulgesetz weiter zu beraten, erhebt sich auf der Linken lebhafter Widerspruch.

Abg. **Dittmann** (Soz.) erklärt, man könne die kommunistischen Anträge abgelehnt haben und trotzdem auch gegen den Vorschlag des Präsidenten sein.

Abg. **Koch-Weser** (Dem.) schließt sich dieser Auffassung an und verlangt Abstimmung über die Tagesordnung.

Abg. **Leicht** (Bayr. Vp.) erklärt unter dem Widerspruch der Linken, man könne verschiedener Meinung darüber sein, ob das Haus durch die Ablehnung der anderen Anträge den Vorschlag des Präsidenten gebilligt habe, und macht den Vorschlag zur Güte, man solle über die Tagesordnung abstimmen.

Als Vizepräsident **Gräf**, diesem Vorschlage folgend, darüber abstimmen läßt, ob am Mittwoch das Reichsschulgesetz weiter beraten werden soll, erhebt die Linke wiederum lebhaften Widerspruch, die die Abstimmung in der Form verlangt, daß über die Absetzung des Schulgesetzes von der Tagesordnung entschieden werde.

Vizepräsident **Gräf** wiederholt darauf die Abstimmung über den demokratischen Antrag, die wiederum die Ablehnung ergibt, und die Abstimmung über seinen Vorschlag, die wiederum die Annahme der Tagesordnung mit dem Reichsschulgesetz mit den Stimmen der Regierungsparteien zur Folge hat.

Nächste Sitzung Mittwoch, 13 Uhr: Weiterberatung des Reichsschulgesetzes. Schluß nach 19 Uhr.

Funkwinkel.

Will man einen Dichter feiern, dann wählt man gewöhnlich ein Werk, das für ihn am charakteristischsten ist. Leider vergißt dies der Rundfunk. Er überträgt zum 150. Geburtstag von Heinrich v. Kleist das „Kätchen von Heilbronn". Kleist schrieb dieses Drama für die zeitgenössische Bühne. Es ist trotz seiner Schönheiten das unpersönlichste Werk des Dichters. Kleist wollte damit seine Anerkennung als Dramatiker von dem Publikum erzwingen, er machte Konzessionen, die er sonst nicht kannte. Er bediente sich des ganzen Apparates des beliebten Ritterdramas: Feme, Raubritter, Schloßbrand, Cherubime waren die notwendigen Requisiten. Jede Szene ist bühnenwirksam, braucht aber das Bühnenbild notwendig zu ihrer Vollendung. Das „Kätchen von Heilbronn" eignet sich von allen Kleistschen Dramen deshalb am wenigsten für eine Uebertragung. Warum wählt der Rundfunk also ausgerechnet dieses Schauspiel? Vielleicht weil es am populärsten ist? Doch hier liegt ein Rechenfehler vor. Wer die Aufführung im Staatstheater oder auf den Reinhardt-Bühnen gesehen hat, wird sich kaum die Uebertragung, die immer nur einen schwachen Ersatz für das Theater bedeutet, anhören. Schließlich aber kann man verlangen, daß der Rundfunk seine Grenzen kennt. Warum sendet man nicht „Penthesilea", warum nicht die „Familie Schroffenstein", die heute zu Unrecht vergessen ist? Die Aufführung unter Brauns Regie bleibt durchschnittlich. Man spricht mit biederem Pathos, man klappert mit den Jamben, man ruht auf den Worten aus, macht zwischen den Sätzen lange Pausen und übersieht, daß man ohne Bühnenbild spielt und deshalb das Tempo beschleunigen muß. Nur Müthel als Wetter von Strahl ist ein gestraffter Sprecher, während Lucie Mannheim diesmal farblos bleibt. Becce schreibt eine hübsche, ja romantisierende Begleitmusik, doch Pfitzners Komposition des „Kätchen von Heilbronn" kommt dem Dichter näher.

F. S.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Trep. rechts, zu richten.

Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt.

Heute, Mittwoch, 19½ Uhr, im Spandauer Zimmer des Ratskellers, Königstraße (Untergrundbahnhof Klosterstraße)

Zusammenkunft der sozialistischen Fürsorger(innen) Wohlfahrtsschüler(innen), Kindergärtnerinnen, Hortnerinnen.

Genossin Toni Pfülf, M. d. R., spricht über „Der Kampf um die Schule, eine politische und kulturelle Existenzfrage". Danach Aussprache über den Vortrag und über unser Winterprogramm.

*

2. Kreis Tiergarten. Heute, Mittwoch, 19. Oktober, 18 Uhr, in der Schulaula Bochumer Str. 8b wichtige Bezirksversammlung.

16. Kreis Weißensee. Die sozialistischen Elternbeiräte sämtlicher sozialistischer Schulen und der Arbeiter-Elternbund veranstalten heute, Mittwoch, 19½ Uhr, in der Aula des Realgymnasiums eine öffentliche Protestkundgebung gegen den Reichsschulgesetzentwurf. Referent Professor Paul Oestreich.

Heute, Mittwoch, 19. Oktober:

3. Abt. 19½ Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelufer 24/25, großer Saal, große Kundgebung. Reichstagsabgeordneter Joh. Stelling, Ministerpräsident a. D., spricht über: „Die Sozialdemokratie im Kampfe um die Staatsmacht." Arbeiter, Angestellte, Mitbürger und Frauen, erscheint alle zu dieser für eure wirtschaftlichen und politischen Interessen hochwichtigen Kundgebung!

91. Abt. Neukölln. Oeffentliche Werbeversammlung 19½ Uhr im Lokal Bergschloßhöhe, Karlsgartenstr. 6/11. Referent Emil Barth.

108. Abt. Köpenick. 20 Uhr im großen Saal des Stadttheaters, Wilhelmplatz, Eltern- und Werbeabend, veranstaltet von der Sozialistischen Arbeiterjugend. Die Genossinnen und Genossen werden ersucht, sich rege daran zu beteiligen.

Morgen, Donnerstag, 20. Oktober:

39., 40., 41., 42. Abt. Kommunale Kommissionen: 19½ Uhr im Sitzungssaal des Bezirksamts Kreuzberg, Yorckstr. 10/11. Vortrag: „Sozialpolitische Grundsätze in der Wohlfahrtspflege." Referent Dr. Fritz Schloß.

62. Abt. Siemensstadt. 20 Uhr im Lokal Heidekrug, Nonnendamm-Allee, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Der Reichsschulgesetzentwurf." Referent Rektor Gustav Hädicke. Alle Genossinnen und Genossen müssen erscheinen. Königswusterhausen-Zeuthen. 20 Uhr im Lokal Bafener Zahlabend. Erscheinen aller Genossen und Genossinnen ist Pflicht.

*

48. Abt. Die Abteilung veranstaltet am Sonntag, 23. Oktober, ein Herbstvergnügen im „Alexandriner", Alexandrinenstraße. Mitwirkende: Arbeitergesangverein „Solidarität", artistische Aufführungen. Eintrittskarten sind bei allen Bezirksführern zu haben.

6. Kreis Kreuzberg. Beamtenausschuß: Die Konferenz der parteigenössischen Beamten am Donnerstag, 20. Oktober, in den Kammersälen fällt aus. Dafür findet an demselben Tage in den Kammersälen eine große öffentliche Kundgebung der Beamten statt. Erscheinen aller Parteigenossen Pflicht.

Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt und Kinderschutz.

1. Kreis Mitte. Freitag, 21. Oktober, 19½ Uhr, im Bezirksamt Klosterstr. 68 Schulungskursus. Vortrag: „Gesundheitsfürsorge." Referentin Dr. Käte Frankenthal. Alle Genossinnen und Genossen sind eingeladen.

Frauenveranstaltungen.

3. Kreis Wedding. Donnerstag, 20. Oktober, 19½ Uhr, Kursusabend im Ledigenheim Schönstedtstr. 1. Vortrag: „Die deutsche Reichsverfassung." Referentin Clara Bohm-Schuch, M. d. R.

6. Kreis Kreuzberg. Donnerstag, 20. Oktober, 19½ Uhr, Kursusabend bei Krüger, Grimmstr. 1. „Einführung in die Gedankenwelt des Sozialismus." Referentin Marie Kunert, M. d. L.

14. Kreis Neukölln. Freitag, 21. Oktober, 19½ Uhr, Kursusabend bei Stahmann, Münchener Str. 49. „Einführung in den Sozialismus." Referentin Minna Todenhagen.

15. Kreis Treptow. Freitag, 21. Oktober, 19½ Uhr, Kursusabend im Zeichensaal der Schule Niederschöneweide, Haffelwerder- Ecke Berliner Straße. „Einführung in die Wirtschaftspolitik." Referentin Gen. Jabuzynski.

20. Kreis Reinickendorf. Freitag, 21. Oktober, 19½ Uhr, Kursusabend im Rathaus, Hauptstraße. „Einführung in die Wirtschaftspolitik." Referentin Mathilde Wurm, M. d. R.

Freie Sozialistische Hochschule.

Sonnabend, den 22. Oktober, 7½ Uhr abends

im Sitzungssaal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Str. 3, Vortrag des Gen. Prof. Dr. **Erik Nölting, Frankfurt/Main**

„Die Demokratie als staatliches und soziologisches Problem."

Eintrittskarten zum Preise von 50 Pf. sind zu haben an der Abendkasse sowie an folgenden Stellen: Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3 2. Hof, II, Zimmer 8. — Buchhandlung J. H.W. Dietz, Lindenstraße 2. — Verband der graphischen Hilfsarbeiter, Ritterstraße Ecke Luisenufer. — Zigarrengeschäft Horsch, Engelufer 24-25, Gewerkschaftshaus. — Tabakvertrieb, Inselstr. 6. — Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker, Dreibundstr. 5. — „Werkfreude" Bücherstuben, Potsdamer Str. 104. — Berliner Gewerkschafts kommission, Engelufer 24-25 (Gewerkschaftshaus), sowie in allen Vorwärts-Speditionen. — Groß-Siedlung Britz: Liningstraße 57.

Frauenveranstaltungen heute, Mittwoch, 19. Oktober:

24. Abt. 19½ Uhr Beginn des Kursus „Die Verfassung" (Referentin Hedwig Wachenheim) bei Winger, Christburger Ecke Winsstr. 46.

55. Abt. Charlottenburg. 19½ Uhr im Jugendheim Roßstraße 4 Kursusabend. Erscheinen sämtlicher Genossinnen ist Pflicht.

77. und 78. Abt. Schöneberg. 19½ Uhr bei Knopf, Mühlenstr. 9. Vortrag: „Die Reform des Strafrechts." Referent Ernst Ruben.

78. Abt. Schöneberg. Achtung, Genossinnen! Wir beteiligen uns an dem Frauenabend der 77. Abt. Um vollzähliges Erscheinen wird dringend gebeten.

Frauenveranstaltungen morgen, Donnerstag, 21. Oktober:

136. Abt. Reinickendorf-Ost. 19½ Uhr in der Baracke Lindower Straße Frauenabend.

Frauenveranstaltungen am Freitag, 21. Oktober:

7. Abt. 19½ Uhr in Cornis Festsälen, Gartenstr. 6, „Die Weber." Vortragender Heinz Barthel.

82. Abt. Steglitz. Die Ueberreichung der von den Frauen gestifteten Reichsbannerschleife findet 20 Uhr im „Albrechtshof" statt.

108. Abt. Köpenick. 19½ Uhr im kleinen Saal des Stadttheaters, Am alten Markt, Heiterer Abend. Vortragender Genosse Hofmann.

Achtung, Elternbeiräte!

Alle Elternbeiräte der Liste „Schulaufbau" beteiligen sich heute, Mittwoch, im Lehrervereinshaus an der Kundgebung gegen die Schulpolitik des Bürgerblocks um 19½ Uhr. — Der Kursus für Elternbeiräte beginnt am Dienstag, 25. Oktober, 20 Uhr, im Sophien-Lyzeum, Weinmeisterstr. 16/17.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Kreis Friedrichshain: Donnerstag, 20. Oktober, 20 Uhr, Kreishelfersitzung im Jugendheim Tilsiter Str. 45. Erscheinen aller Helfer ist Pflicht.

Jungsozialisten.

Spielgemeinschaft der Jungsozialisten und Arbeiterjugend: Probe am Donnerstag, 20. Oktober, 20½ Uhr, im Jugendheim Schöneberg, Hauptstr. 13. Erscheinen unbedingt erforderlich. — Gruppe Neukölln I: Heute, Mittwoch, 19. Oktober, 20 Uhr pünktlich (da Haus sonst geschlossen), Beteiligung an der Arbeitsgemeinschaft des Volksbildungsamtes Neukölln über: „Staatsauffassung des 19. und 20. Jahrhunderts." Referent Studienrat Erwin Marquardt, Bergstr. 15. — Gruppe Neukölln II: Heute, Mittwoch, pünktlich 20 Uhr, spricht Georg Decker über: „Das deutsche Parteiwesen vor dem Kriege und jetzt." Beginn der Vortragsreihe über „Die politischen Bewegungen unserer Zeit." Gäste willkommen. Heim Bergstr. 29, Zimmer 10.

Sport.

Boxkampfabend des Polizeisportvereins.

Vor ausverkauftem Hause fanden am Montag abend im Kriegervereinshaus Boxkämpfe zwischen dem Polizeisportverein (PSV.) und dem BfB. „Teutonia" statt. Auf der ganzen Linie in der Schlußrunde um die Brandenburgischen Mannschaftsmeisterschaften, gab es harte und schwere Kämpfe. Teutonia ging mit 11:5 Punkten als überlegener Gegner aus dem Treffen hervor. Pfitzner (T.) brachte Schmidt (PSV.) schon in der ersten Runde durch einen rechten Aufwärtshaken über die Zeit zu Boden. Jouschker (T.) gegen Dommer (PSV.), Stahlberg (T.) gegen Thoren (PSV.) und Habermann (T.) gegen Daniel (PSV.) boxten unentschieden. Kräker (T.) mußte gegen Onderka I (PSV.) in der dritten Runde wegen Sturzes aufgeben. Glätzer (T.) konnte nach hartem Kampf Ludwig (PSV.) auspunkten. Bennien und Porme (T.) gewannen gegen Schiewa und Pautz (PSV.) klar nach Punkten. Die Kapelle der Polizei sorgte für ausgezeichnete musikalische Unterhaltung.

Reitturnier der Polizei Berlin.

Auf dem Gelände in der Nordschleife der „Avus" hielt die berittene Polizei Berlins ein Reitturnier ab, das einen Massenbesuch aufzuweisen hatte. Ein abwechslungsreiches Programm und sehr gute Leistungen sorgten für die allerbeste Stimmung der Teilnehmer sowohl wie der Zuschauer. Den Polizeistreifenritt über 15 Kilometer im Gelände brachte der Polizei-Prov.-Reitlehrgang Potsdam unter der Führung von Polizeioberleutnant Källner an sich. Die leichte Klasse des Jagdspringens gewann Polizeiwachtmeister Rieck von der 3. Ber. Bereitschaft Berlin mit der 10jährigen Stute „Hanna" vor Polizeiwachtmeister Harder von der 3. Ber. Bereitschaft Berlin mit dem 8jährigen „Künstler". Da beide Pferde fehlerfrei die Bahn absolvierten, entschied die bessere Zeit. Das Jagdspringen Klasse M sah Polizeioberleutnant Weikinn von der 3. Ber. Bereitschaft Berlin mit dem 10jährigen „Hans" als Sieger. Wenn man bedenkt, daß an diesem Jagdspringen 24jährige, 19jährige, 18jährige, 17jährige Pferde usw. teilnahmen, so wird man nicht nur Achtung vor der Treue und Ausdauer dieser Tiere bekommen, sondern auch volles Lob für ihre Pfleger und Reiter finden. Ebenso boten die Material-, Reit- und Eignungsprüfungen für Dienstpferde ein sehr erfreuliches Bild. Die Chargenhindernisstaffel für Berittene brachten die Berliner an sich. Nach Schluß des sportlichen Programms gab es so etwas wie eine Zirkusvorstellung. Junge Beamte ritten Voltige, produzierten sich als Stehendreiter, stellten Pyramiden in Gruppen und sprangen über mehrere Pferde. Auch diese an und für sich sehr beachtlichen Leistungen fanden ein beifallsfrohes Publikum.

Rennen zu Grunewald am Dienstag, dem 18. Oktober.

1. Rennen. 1. Bubi (Klose), 2. Harzreise (Haffner), 3. Schaumschläger (Bastel). Toto: 22 : 10. Platz: 18, 20, 44 : 10. Ferner liefen: Ilderim, Rache, Treuherz, Diamant, Anita, Donnerwetter, Trianon, Lichtenstein.

2. Rennen. 1. Rücksicht (v. Borcke), 2. Enzian (Leutn. v. Götz), 3. Magnolie (Staudinger). Toto: 17 : 10. Platz: 12, 13, 18 : 10. Ferner liefen: Tasso II, Fritjof, Herzog, Trompeter, Begna, Enkel.

3. Rennen. 1. Marabou (O. Schmidt), 2. Maskerade (Varga), 3. Steineibe (Korb). Toto: 18 : 10. Platz: 12, 16, 62 : 10. Ferner liefen: Immortelle, Wellgunde, Horeb, Marcion, Allerweltsmädel, Sonnenlicht, Karwendel, Fähnrich, Pedrillo.

4. Rennen. 1. Coeur d'Almée (Sips), 2. Dorn II (Oertel), 3. Lavaletta (Bismark). Toto: 145 : 10. Platz: 29, 23, 29 : 10. Ferner liefen: Ondina, Firn II, Otavi, Stummer Teufel, Culworth, Cupido, Wunderbär, Mundschenk, Per mala.

5. Rennen. 1. Greif an (Schnitzer), 2. Taunus (Wolff), 3. Cyrus (Kohoutek). Toto: 55 : 10. Platz: 19, 14, 18 : 10. Ferner liefen: Nacilla, Tip, Orator, Norge, Feierabend, Mataja.

6. Rennen. 1. Hellade (Leutn. Stieff), 2. Mohn (Hauser), 3. Senow (Oertel). Toto: 490 : 10. Platz: 92, 32, 29 : 10. Ferner liefen: Chalzit, Marid, Die Königin, Teffi, Escorial, Fippa, Amandus, Volksrache.

7. Rennen. 1. Abteilung. 1. Finsternis (Kloh), 2. Fegefeuer (H. Schmidt), 3. Mydear (Goebl). Toto: 27 : 10. Platz: 16, 15, 34 : 10. Ferner liefen: Fia, Gio, Kriegsgewinnler, Basko, Kion, Silberbatzen. — 2. Abteilung. 1. Tannkönig (O. Schmidt), 2. Dorette II (Sajdik), 3. Märchen (Wenzel). Toto: 20 : 10. Platz: 12, 23, 26 : 10.

Die DRU. im Sportpalast. Die Ortsgruppe Berlin der Deutschen Radfahrer-Union hält während der kurzen diesjährigen Radrenn-Periode im Berliner Sportpalast ihren Renntag am 21. Oktober ab. Neben der Meisterschaft von Berlin über 1000 Meter, zu der bisher 32 Meldungen abgegeben sind, und einem gutbesetzten Punktefahren gelangt als Hauptnummer des Tages ein Drei-Stunden-Mannschaftsrennen nach Sechs-Tage-Art zum Austrag, zu dem 14 Mannschaften zugelassen werden. Als Mannschaften sind bisher zusammengestellt: Busse—M. Franke, Arndt—Mroczoczek, Stache—Poeschke, Schimming—Käber, Ewert—Urban und Dobrowolski—v. Dagielski. Zu diesem Rennen haben u. a. auch Kaiser, Kloh, Risch, Eichholz, Sieronski, Merkan, Seefeld, Gebr. Brauer und Görne, Dresden, gemeldet, so daß ein ganz ausgezeichnetes Feld am Ablauf erscheinen wird.

STAATL. FACHINGEN — Natürliches Mineralwasser

altbewährt bei **Magen- und Darmerkrankungen** (Uebersäuerungen, Sodbrennen, Hyperazidität) und **Darmkatarrhen**

Fachinger Versandstelle, Berlin SW 11, Schöneberger Str. 16 a. Tel. Lützow 8260-61

Tatsache ist: Als echte Volkszigarette besitzt sie Edelwert, die immer gute, milde

SALEM ZIGARETTE,

die Lieblingsmarke der breiten Volksschichten.

Vortrefflich bis zum letzten Zug!

Theater, Lichtspiele usw.

Mittw., 19. 10. 27 — **Staats-Oper** Am Pl. d. Republ. Anf. 7½ Uhr — **Macht des Schicksals**

Mittw., 19. 10. 27 — **Städtische Oper** Bismarckstr. Ab.-Turn. IV Anf. 7½ — **Jonny spielt auf**

Staatl. Schauspielh. am Gendarmenmarkt 8 Uhr — **Peer Gynt**

Staatl. Schillerth. Charlottenburg 8 Uhr — **Fünf von der Jazzband**

Volksbühne — Theater am Bülowplatz 8 Uhr: **Kabale u. Liebe** — Th. am Schiffbauerdamm 8 Uhr: **George Dandin.** Dazu: Der gemütliche Kommissär

Deutsches Theater Norden 10334—37 8 Uhr: Zum 1. Male: **Dorothea Angermann** v. Gerh. Hauptmann Regie: Max Reinhardt

Kammerspiele Norden 10334—37 8¼ U. Ende 10¼ U. **Ihr Mann** Lustspiel von Paul Geraldy

Die Komödie Bismarck 2414/7516 8¼ Uhr. Ende 10½ **Zinsen** Komödie von Bernard Shaw

Piscatorbühne Theat. a. Nollendorfplatz Kurfürst 2091/93 8 Uhr **Hoppla, wir leben** von Ernst Toller Insz. Erwin Piscator

8 Uhr Komische Oper 8 Uhr Die Welt applaudiert . . . in dem gewaltigen neuartigen Revue-Stück **Alles Nackt!** (Nach der gleichnamigen Pariser Revue „Tout nu") 200 Mitwirkende! Original-Pariser Kostüme und Tricks. Parkett 3,50 Mk. Theaterkasse ununterbr. geöffn.

Grosses Schauspielhaus. Tägl. 8 U. Ende 11 U. **Der Mikado** Die neue Charell-Inszenierung mit Max Pallenberg, Rita Georg, Bendow, Jankuhn, Szöke Szakall, Werkmeister, Westermeier — Jackson Boys, Sunshine Girls — Stg. nachm. 3 Uhr ungekürzte Vorst. zu halben Preisen. Vorverkauf 10—6 Uhr

Renaissance-Theater Steinplatz 401. — Täglich 8 Uhr: **Giovanni und Annabella** (Schade, daß sie eine Hure).

8 Uhr Scala Nollendorf 7360 Die Oktober-**Varieté-Revue**

Theater des Westens 8 Uhr: Gastspiel Fritzi Massary **Eine Frau von Format**

Residenz-Theater Täglich 8¼ Uhr: **Der Leibkutscher des Fridericus Rex** Sonnab. u. Stg. 4 Uhr Schneeweißchen und Rosenrot Kleine Eintrittspr. Ab Sonnab. 22. Okt. 8 Uhr: Gesamtgastspiel des Herrnfeld-Theaters

Lustspielhaus 8¼ Uhr **„Filmromantik"**

Berlin trifft sich am **I. Münchener Oktoberfest** Alte Autohalle, Kaiserdamm 15. Okt.—15. Nov.

Rose-Theater 8¼ Uhr: Die Maschinenbauer v. Berlin

Walhalla-Theat. Täglich 8¼ Uhr: **Am Rüdesheimer Schloß steht eine Linde** Parkett statt 4 Mk. tägl. auch Sonntags nur 60 Pf. Heute nachm. 4 Uhr: Hänsel und Gretel Parkett von 30 Pf. an

Metropol-Theat. Ab Freitag 21. Okt. tägl. 8¼ Uhr der sensation. Erfolg **Die Tugendprinzessin** Oper. v. Kurt Zorlig. Bereits über 200 Aufführungen! Selma Kurty, Edith Karin, Charl. Ludwig, Martin Kettner, Arthur Ioll, Beyrer u. a. m.

Saltenburg-Bühnen: **Th. Königgrätz. St.** Hasenh. 2110. 8 U. **Die Schwester** — **Komödienhaus** Norden 6804. 8¼ **Hokuspokus** — **Berliner Theater** Dönhoff 170. 8 U. **Léonie**

Saltenburg-Bühnen: **Dtsch. Künstler-Th.** 8 Uhr **Justiz** — **Lessing-Theater** 8 Uhr **Schinderhannes**

Planetarium am Zoo Vorführg. Joachimsthaler Straße Noll 1579 **Der Himmel der Heimat** Halbe Kassenpreise Eintritt 0,50 M. Kinder unt. 15 Jahren 0,25 M.

Trianon-Th. Täglich 8¼ Uhr **Erika Glässner** in **Frau Präsidentin**

Neues Theater am Zoo Täglich 8¼ Uhr: **Die lustigen Thoma-Komödien.**

Th. im Admiralspalast Täglich 8¼ Uhr Die neue **Haller-Revue „Wann und wo!"**

CASINO-THEATER 8 Uhr **Die Paula vom Metropol.** Ausschneiden! Gutschein 1—4 Pers. Fauteuil nur 1,10 M., Sessel nur 1,60 M.

8 Uhr **Winter-Garten** Variete Rauchen gestattet. Edmonde Guy, Ernest van Düren, Enoch Light's Columbia-Orchester

Reichshallen-Theater Anfang 8 Uhr u. Sonntag nachm. 3 Uhr **Stettiner Sänger** Zum Schluß: Eine Hochzeit in der Müllerstraße. Nachmittags: Halbe Preise, volles Programm. — **Dönhoff-Brettl: Varieté, Konzert, Tanz**

Theater am Kottbusser Tor Kottbusser Straße 6. Täglich 8 U. u. Sonntagnachm. 3 U. **Elite-Sänger** in großer Form in ihrem Bombenprogramm! Volkspreise von 50 Pf. bis 2,50 M. Sonntagnachmittag: Große Familien-Vorstellung Volles Progr. 10. Preise v. 40 Pf. b. 1,75 M.

Thalia-Theater 8 Uhr **Der rote Hahn**

Erfinder die neue, wirklich gute Erfindungen zu verkaufen haben, bitten wir zunächst nur um Offertenangabe unt. B. 2 an die Hauptexpedition des „Vorwärts", Lindenstr. 3.

Grotrian-Steinweg-Saal Bellevuestr. 14. Donnerstag, 20. Oktober, 8 Uhr **Anja Mendelssohn** Lichtbildervortrag: Der Mensch in der Handschrift 5, 3, 2.

Wohin treibt die Anleihepolitik?

Vor der Entscheidung über die Ausgestaltung der Anleihekontrolle.

Die Diskussion über die Anleihepolitik ist abgeebbt. Es steht jetzt fest, daß wenigstens formell keine Diktatur der Reichsbank über die Finanzgebarung von Ländern und Gemeinden errichtet werden soll. Statt dessen hat man eingewilligt, auf nicht ganz einfachen Wegen dennoch der Reichsbank im wesentlichen die Vollmachten zu geben, die sie verlangte. Zunächst sind die Richtlinien, nach denen bisher die Beratungsstelle des Reichsfinanzministeriums entschied, ob Auslandanleihen von Ländern und Gemeinden wünschenswert seien oder nicht, geändert, nachdem die Reichsbank bei ihrer Stellungnahme zu den einzelnen Anleihegesuchen sich schon längst von diesen ihr lästigen Richtlinien innerlich freigemacht hatte und nach ganz anderen Gesichtspunkten abstimmte. Waren die Richtlinien schon bisher außerordentlich dehnbar, so sind sie jetzt an Elastizität der Handhabung jedem Gummifaden vergleichbar.

„Währungs- und wirtschaftspolitische Erwägungen"

sollen künftighin in größerem Umfange und grundsätzlich berücksichtigt werden. Die Reichsbank darf also ihr Argumentenspiel fortsetzen und jeder einzelnen Anleihe gegenüber gleichzeitig ihre Argumentenrolle ablaufen lassen: sie gefährde die Reparationszahlungen, sie führe zu übermäßigem Konsum, und sie führe zu einer zu großen Ausweitung der Produktion und dergleichen mehr. Da dies noch nicht genügt, so soll die Beratungsstelle künftighin vor allem auch noch unterscheiden, ob der Zweck, für den die Anleihe beansprucht wird, nicht nur produktiv, sondern auch dringend ist. Der Nachweis der Produktivität allein genügt also nicht; die Produktivität muß auch dringlich sein, damit eine öffentliche Körperschaft die von ihr beantragte Anleihe aufnehmen darf.

Diese Aenderung der Richtlinien wäre an sich nicht bedenklich, wenn nicht gleichzeitig

auch das Verfahren geändert

würde. Bisher stand dem Antragsteller gegenüber der Entscheidung der Beratungsstelle formell das Recht zu, an den sogenannten Länderausschuß zu appellieren, der ein verkleinertes Abbild des Reichsrats war. Von dem Recht wurde nie Gebrauch gemacht, weil infolge der ungeschriebenen internationalen Vereinbarungen der Reichsbank für einen Anleihenehmer dieser Appell wirkungslos gewesen wäre. Das Votum der Beratungsstelle war tatsächlich trotz der juristischen Rechte des Länderausschusses entscheidend. Jetzt wird die Berufungsmöglichkeit nicht nur dem Beklagten, das heißt der öffentlichen Körperschaft, die eine Anleihe aufnehmen will, eingeräumt werden, sondern auch der Kläger, das heißt der Reichsbankpräsident, der in der Genehmigung jeder öffentlichen Auslandsanleihe gegen sein Votum eine mehr oder minder schwere Belastung seiner Autorität zu erblicken geneigt ist, erhält das Recht, gegen eine Entscheidung der Beratungsstelle, die ihm nicht genehm ist, zu appellieren. Berufungsinstanz ist die Beratungsstelle, die nur mit veränderten Personen tagt; statt der Vertreter von Reichswirtschaftsminister, Reichsfinanzminister und Reichsbank werden der Reichsfinanzminister, der Reichswirtschaftsminister und der Reichsbankpräsident persönlich an den Berufungssitzungen teilnehmen. Dieses Berufungsverfahren weist

sehr erhebliche Mängel

auf. Erstens wird unvermeidlich in jedem Einzelfall bekannt werden, daß die Reichsbank ihr Votum gegen eine Anleihe abgegeben hat, und es ist fraglich, ob der ausländische Kreditgeber auch dann noch wirklich bereit ist, die Anleihe zu geben. Zweitens kann die Berufungsinstanz nicht allzu oft tagen. Ist der Reichsbankpräsident auf Reisen, so ist es der Reichsbank möglich, alle öffentlichen Anleihen zu verschleppen. Das gleiche gilt für den Fall, daß einer der beiden Minister im Urlaub weilt. Schon heute verzögert die Einschaltung der Beratungsstelle die Anleiheaufnahme öffentlicher Körperschaften erheblich und erschwert damit die Durchführung von Transaktionen, die normalerweise gerade im letzten Stadium des Vertragsabschlusses derartige Verzögerungen am allerwenigsten vertragen. Späterhin werden die neuen Berufungsvorschriften unter Umständen wochenlang zu einer praktischen Sperre der Anleiheaufnahme öffentlicher Körperschaften führen können.

Trotz allem ist die Version über die Aufschiebung der preußischen Auslandsanleihe noch so unaufgeklärt, daß der Reparationsagent unmittelbar nach seiner Ankunft in Frankreich bei der Rückkehr aus den Vereinigten Staaten nicht unbeeinflußt das einhaltende Telegramm nach Washington gesandt habe. Das der Reichsbank jetzt gegebene Berufungsrecht gegen Entscheidungen der Beratungsstelle gibt ihr eine Machtstellung, die von der ursprünglich angestrebten Alleinherrschaft nicht allzuweit entfernt ist. Die neue Konstruktion gibt ihr die Möglichkeit, jede Anleihe mit einem Irrgarten von Argumenten, in dem sie allein sich freudig zu ergehen weiß, anzufechten, alsdann durch eine Berufung gegen jede ihr unbequeme Mehrheitsentscheidung praktisch den Kredit des Anleihenehmers zu gefährden, die Entscheidung zu verschleppen und so schließlich

ihre Politik gegen alle anderen deutschen Instanzen durchzusetzen.

Das ist für die öffentlichen Körperschaften ein unerträglicher Zustand, und sie werden gewaltsam auf den Weg gedrängt, Ausgaben, die sie normalerweise aus Anleihemitteln decken sollten, aus Steuermitteln zu bestreiten. Gewiß rufen kluge Leute bei dieser Feststellung pathetisch aus: „Darf bei dem Ausmaß der heutigen Steueranspannung eine öffentliche Korporation wirklich daran denken, aus Steuererträgen werbende Anlagen zu finanzieren?" Aber dieser Ausruf kann nichts daran ändern, daß die Gemeinden gewaltsam dazu gedrängt werden, Ausgaben, die von Rechts wegen aus Anleihemitteln gedeckt werden sollten, aus Steuermitteln zu bestreiten. Eine Schule ist nach der Auffassung der Beratungsstelle unproduktiv. Früher baute man Schulen aus Anleihemitteln; denn sie kommen ja fast immer so recht erst der Generation zugute, die in ihnen unterrichtet und in frühestens zehn Jahren steuerpflichtig wird. Heute muß sie eben aus Steuermitteln finanziert werden, will man nicht die Schülerzahl in den Klassen ins Ungesunde wachsen lassen. Das ist nicht zu ändern, und Professor Bonn hat mit Recht eine Politik, die zu derartigen Finanzmethoden führt, Selbstverkrüppelung genannt.

Die Sozialdemokratie will keine Selbstverkrüppelung der Wirtschaft, auch nicht auf Befehl der Reichsbank, sie will vor allem keine Selbstverkrüppelung der öffentlichen Wirtschaft. Darum fordert sie die

Gleichstellung der Auslandsanleihen öffentlicher Körperschaften mit denen privater Unternehmungen,

die völlig unbehelligt bleiben. Darum fordert sie vor allem auch Auslandskapital für den Wohnungsbau, gegen dessen Hereinnahme der Reichsbankpräsident sich sträubt. Das Recht auf wirklich gesunde und leistungsfähige öffentliche Einrichtungen, wie sie sich für ein zivilisiertes Land gehören, darf sich Deutschland nicht durch eine „Armutspolitik" mit schlechten Argumenten nehmen lassen. Wir wollen uns nicht um falscher theoretischer Gedankengänge willen in eine neue Krise und neue Arbeitslosigkeit hineintreiben lassen, und wir wollen uns auch nicht den Lohndruck aufzwingen lassen, der als letztes Ziel all denen vorschwebt, die heute dem deutschen Volke, d. h. vor allem der deutschen Arbeiterschaft eine übermäßige Lebenshaltung vom grünen Tisch aus vorwerfen.

Ein „Offener Brief" des Reichsbankdirektoriums.

Das Direktorium der Reichsbank hat an den Oberbürgermeister Dr. Wagner in Breslau einen „Offenen Brief" gerichtet. Darin wird gesagt, daß der Breslauer Oberbürgermeister in öffentlicher Stadtverordnetenversammlung ausgesprochen hätte, die Reichsbank habe in der Auslandanleihefrage auch den Reparationsagenten Parker Gilbert mobil gemacht. Diese Aeußerung sei, wenn sie wahr wäre, ungeheuerlich und auch unverantwortlich. Tatsache sei, daß der Reparationsagent entsprechend seiner Stellungnahme in einem früheren Falle von sich aus, vor Kenntnis der Entschließung der Beratungsstelle und ohne etwas von der Stellungnahme der Reichsbank zu wissen, vorgegangen sei. Der „Offene Brief" fordert schließlich von dem Breslauer Oberbürgermeister, auch wenn die Wiedergabe in

Ziehung 25. bis 28. Oktober

Rhein-Saar-Lotterie

24124 Gewinne u. 2 Prämien i. W. v. 225 000 RM.
Höchstgewinn auf 1 Doppellos 100 000 RM.
Höchstgewinn auf 1 Einzellos 50 000 RM.

Lose zu 1 RM., Doppellose 2 RM. Porto u. Liste 35 Pf.
empfiehlt und versendet auch unter Nachnahme
H. C. Kröger A.-G. Bankgeschäft Berlin W 8 Friedrichstr. 193-199 an d. Leipziger Str.
Postscheck 15. Fernspr. Merkur 4295, 4296

Dtsch. Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, Fhr.-Maschinenführer

Rudolf Krause

Charlottenburg, Fritschestraße 45, am 16. Oktober gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Einäscherung findet am Donnerstag, dem 20. Okt., nachm. 12½ Uhr, im Krematorium Wilmersdorf statt. Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Ehrenerklärung.

Die Frau Grossnick angetane Beleidigung nehme ich hiermit zurück und erkläre Frau Grossnick als eine sehr ordentliche und fleißige Frau. Paul Ashberg.

Nachdruck von Wort und Bild verboten!

den Zeitungen unrichtig sein sollte, eine unverzügliche Richtigstellung vor der gleichen Körperschaft und in öffentlicher Form.

Am gleichen Tage noch ist eine Erklärung des Breslauer Oberbürgermeisters bekannt geworden, wonach der Bericht, auf den sich die Reichsbank stützt, die Rede in der Stadtverordnetenversammlung unrichtig wiedergegeben habe. Es sei einwandfrei festgestellt worden, daß die betreffende Aeußerung in der von der Reichsbank vermuteten Form nicht gefallen sei. Dr. Wagner erklärt weiter, daß er zu dem „Offenen Brief" der Reichsbank noch in längeren Ausführungen Stellung nehmen werde.

Zu dem Vorgehen der Reichsbank ist folgendes zu sagen: Es würde durchaus zweckmäßig gewesen sein, wenn der Herr Reichsbankpräsident selbst den Brief gezeichnet hätte und nicht das Reichsbankdirektorium. Darüber hinaus aber ist es eine im höchsten Maße ungewöhnliche Form, daß die Reichsbank auch dann von dem Breslauer Oberbürgermeister in ultimativer Form eine öffentliche Erklärung vor dem gleichen Gremium fordert, wenn die Wiedergabe in den Zeitungen unrichtig sein sollte. Es spricht keineswegs für starke Nerven der Reichsbankleitung, wenn sie in der zweifellos wichtigen, aber doch immer noch nicht völlig geklärten Frage, wie Parker Gilbert zu seinem Schritt kam, eine solch unhöfliche Form der Dementierung fordert.

Gehaltserhöhung und Einzelhandel.

Die Stellung der Hauptgemeinschaft zu Lohnfragen.

Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, die Spitzenorganisation sämtlicher deutschen Einzelhandelsverbände, hat auf ihrer kürzlichen Jahrestagung in Berlin durch ihre Redner mehrfach auch die Frage der Lohn- und Gehaltserhöhung streifen lassen. Da in den Berichten über die Tagung die Stellungnahme des Einzelhandels, insbesondere zur Frage der Gehaltserhöhung, nur undeutlich zum Ausdruck kam, übergibt die Hauptgemeinschaft der Oeffentlichkeit folgende ergänzende Notiz:

„In der Kundgebung des Deutschen Einzelhandels am 12. Oktober 1927 erklärte der Vorsitzende der Hauptgemeinschaft, Herr Heinrich Grünfeld, der Einzelhandel begrüße die von der Gehaltserhöhung der Beamten zu erwartende Umsatzsteigerung. Die hierdurch bedingte bessere Ausnutzung des Verteilungsapparates würde durch Unkostensenkung unzweifelhaft auch zu einer Verbilligung der Warenpreise führen, wenn nicht durch die Steigerung der Rohstoff- und Lieferantenpreise diese Vorteile mehr als wettgemacht würden. Herr Minister Curtius begrüßte in seiner Rede diese Ausführungen und betonte, daß das wohlverstandene Interesse des Einzelhandels nicht auf eine Preissteigerung, sondern auf eine Förderung des Umsatzes und damit eine Festigung der Konjunktur hinziele. Um so wichtiger sei es, von der Wirtschaft und besonders vom Einzelhandel alle Hemmungen und Lasten fernzuhalten, die das allgemeine Preisniveau im ungünstigen Sinne beeinflussen könnten."

Wir begrüßen diese Klarstellung der in der Hauptgemeinschaft herrschenden Auffassungen ganz besonders, nachdem auch der „Vorwärts" besonders aus den Ausführungen des Herrn Adametz zunächst einen gegenteiligen Schluß gezogen hat. Was für die Gehaltserhöhungen gilt, sofern diese zu einer Umsatzsteigerung, zu einer stärkeren Ausnutzung des Apparates und auf diese Weise eventuell zu einer Senkung des Preisniveaus führen, das gilt selbstverständlich auch für Lohnerhöhungen. Zwar treffen die Lohnerhöhungen, wie wir schon festgestellt haben, in einem gewissen Ausmaß auch den privaten Einzelhandel. Doch ändert das nichts an der vorteilhaften Wirkung von Lohnerhöhungen auf den Einzelhandel, da diesem die gesamte Kaufkraftsteigerung in einer Erhöhung des Umsatzes zugute kommt, der gegenüber die Vermehrung der Kosten für höhere Löhne stark zurücktritt.

Deutschland für die Freiheit des Handels.

Trendelenburg gibt in Genf eindeutige Erklärungen.

In einer Sitzung der in Genf tagenden Internationalen Konferenz zur Schaffung eines Abkommens der Völker über die Beseitigung der Ein- und Ausfuhrverbote und der Ein- und Ausfuhrbeschränkungen gab der deutsche Delegierte, Staatssekretär Dr. Trendelenburg, eine wichtige Erklärung ab. Er sagte, daß die deutsche Delegation auf der Konferenz alle Bestimmungen eines Entwurfes unterstützen werde, die den möglichst freien und ungehinderten Warenaustausch sicherstellen, und daß sie alle diejenigen Klauseln bekämpfen werde, die aus irgendeinem Grunde danach streben, den gegenwärtigen Zustand beizubehalten.

Der Inhalt dieser Erklärung durch den Vertreter der deutschen Regierung ist an sich nichts Neues, so erfreulich auch ihre Schärfe ist. Anlaß besteht aber, die deutsche Regierung wieder einmal zu fragen, ob sie diese ihre grundsätzliche Haltung auch für sich in allen aktuellen Handelsvertragsverhandlungen gelten lassen will, die noch schweben und die durch die Sabotage einiger Kabinettsmitglieder nicht vom Fleck kommen. Auch die von Trendelenburg in Genf abgegebene Erklärung hätte in der Tat nur praktischen Wert, wenn daraus die Konsequenzen für die brennenden Fragen der deutschen Tagespolitik gezogen werden würden.

Deutschland Erster im russischen Außenhandel.

Nach sowjetamtlichen Angaben stellte sich Rußlands Warenaustausch mit den wichtigsten Ländern in den ersten 11 Monaten 1926/27 (Oktober 1926 bis August 1927) im Verkehr über die europäische Grenze wie folgt (in Millionen Rubel):

	Ausfuhr	Einfuhr	Gesamtumsatz
Deutschland	148,2	141,7	289,9
England	180,5	94,2	274,7
Vereinigte Staaten	15,3	124,0	139,3
Frankreich	49,7	18,6	68,3
Polen	19,2	12,3	31,5
Finnland	9,9	16,2	26,1

Was den Gesamtumsatz anbetrifft, so steht Deutschland in der Berichtszeit an erster Stelle. Es folgen England an zweiter und die Vereinigten Staaten an dritter Stelle, während in den ersten neun Monaten 1926/27 England den ersten Platz einnahm. England ist zwar trotz des Konflikts mit Rußland in der Berichtszeit nach wie vor der weitaus größte Abnehmer russischer Waren, der englische Import nach Rußland jedoch bleibt hinter demjenigen Deutschlands und der Vereinigten Staaten sehr erheblich zurück. Deutschlands Ein- und Ausfuhr aus Rußland gleichen sich annähernd aus. In der russischen Einfuhr steht Deutschland ebenfalls an erster Stelle und auch die Vereinigten Staaten spielen im Import der Sowjetunion eine immer größere Rolle.

Auf die Zusammenschlüsse in der deutschen Kälteindustrie, die sich unverkennbar gegen die starke Expansion der amerikanischen Frigidaire-Gesellschaft richtet, hat die General Motors Corporation, die hinter den Frigidaire-Gesellschaften steht, jetzt zum Angriff geblasen. Der Präsident der Frigidaire Corporation sagt, daß der Absatz der europäischen Vertretungen im Jahre 1927 etwa

Öffentl. Kundgebung

heute, Mittwoch, den 19. Oktober 1927, 19½ Uhr, im Lehrervereinshaus, Alexanderstraße 41, gegen die

Schulpolitik des Bürgerblocks

Referent: Reichstagsabg. Karl Schreck-Bielefeld

Männer und Frauen, beweist durch Massenbesuch euren Willen zum Kampf gegen Kulturreaktion — für die Freiheit der Schule!

doppelt so groß war als im Jahre 1926. Infolge dieser starken Nachfrage nach amerikanischen Kältemaschinen (besonders Kühlschränke für den Hausgebrauch und Anlagen für Hotels und andere gewerbliche Zwecke) beabsichtigte die Frigidaire Corporation, ihr europäisches Geschäft weiter stark auszubauen. Der Präsident der Gesellschaft befindet sich zurzeit auf einer Reise nach Europa und wird in den nächsten Tagen in Berlin erwartet.

Fließarbeit in der Schuhindustrie. Werden Stiefel teurer? Die Erfurter Mechanische Schuhfabrik A.-G., die Anfang 1926 zahlungsunfähig wurde und unter Geschäftsaufsicht kam, hat sich nach dem jetzt veröffentlichten Abschluß für 1926/27 anscheinend sehr schnell erholt. Die Umstellung der Betriebe auf Fließarbeit, die im vergangenen Sommer eine fünfwöchige Arbeitsunterbrechung erforderlich machte, hat sich bewährt, da bei Verwendung geringerer Betriebsmittel erhebliche Leistungssteigerung erzielt werden konnte. Dementsprechend hat sich auch das Geschäftsergebnis überraschend verbessert. Während der Abschluß 1925/26 einen Verlust in Höhe von 50 Proz. des 0,56 Mill. Mark betragenden Aktienkapitals auswies, ergibt sich jetzt ein Reingewinn von rund 85 600 M. Da der vorjährige Verlust durch Auflösung des Reservefonds auf 130 800 M. ermäßigt war, so verbleibt nach Abzug des Gewinnes noch ein Verlustrest von nur 45 000 M. Obwohl die Umstellung der Werkstätten bedeutende Mittel beanspruchte — allein der Wert der Maschinen hat sich fast vervierfacht, während die Anlagen insgesamt für etwa 120 000 M neue Zugänge aufweisen — sind Forderungen und Barmittel mit 0,65 Mill. Mark gegen das Vorjahr nicht zurückgegangen, und auch die Schulden haben sich nur unwesentlich um 40 000 M. auf 0,77 Mill. Mark erhöht. Die Umstellung konnte also trotz der Krise mit eigenen Mitteln durchgeführt werden. Auf der Generalversammlung äußerte sich der Vorstand ziemlich optimistisch. Der Geschäftsgang im laufenden Jahre sei bisher gut gewesen und weise Anzeichen einer weiteren Verbesserung auf. Außerdem wurde die Oeffentlichkeit darauf vorbereitet, daß die gestiegenen Lederpreise früher oder später in Betracht gezogen werden müßten, d. h. auf deutsch, daß die Stiefel teurer werden, obwohl das Unternehmen zurzeit noch reichlich mit Rohstoffen versehen ist. Die Schuhindustrie scheint also aus den bitteren Erfahrungen der letzten Krise nichts gelernt zu haben, sonst würde sie nicht schon wieder mit dem Gedanken einer Preiserhöhung spielen.

Die Möbelindustrie hat stark zu tun. Die märkische und die Berliner Industrie für Möbel- und Einrichtungsbedarf ist in der letzten Zeit derart stark beschäftigt, daß sie Lieferfristen bis zu fünf und sieben Wochen einführen mußte. Im Gegensatz zu Nachrichten aus anderen Industrien hat sich auch der Zahlungseingang wesentlich gebessert, besonders beim letzten Käufer. Man führt die Belebung auf die Fertigstellung eines großen Teiles der Wohnungsneubauten zurück, die sich in diesem Jahre auf den Herbst zusammengedrängt hat. Wahrscheinlich dürfte auch der Neubedarf der in die Wirtschaft wieder aufgenommenen früheren Erwerbslosen eine nicht geringe Rolle spielen. Auch aus Sachsen, Thüringen und den meisten süddeutschen Bezirken wird von einer erheblichen Besserung des Auftragseinganges berichtet.

Der Zinnpreis soll für die Welt stabilisiert werden. Die Weltproduktion von Zinn wird im wesentlichen schon von England und Holland voll beherrscht. Das hat zur Folge, daß die Zinnpreise immer außerordentlich hoch sind und eine viel günstigere Entwicklung aufweisen als die anderen für den Weltmarkt wichtigen Metalle. Das scheint den Zinnmonopolisten aber noch nicht zu genügen. Seit einigen Tagen schweben zwischen den Zinnproduzenten Englands, Hollands und auch Amerikas Verhandlungen, um den Weltmarktpreis für Zinn zu stabilisieren. Der jeweilige Weltmarktpreis soll den Einflüssen des Handels entzogen, der Zinnpreis auf mindestens ein Jahr festgesetzt werden. Angestrebt ist ein „angemessenes Preisniveau", das heißt natürlich ein durchschnittlich höheres Preisniveau als bisher. Alles andere, was zur Begründung gesagt wird — auch die englischen Zinnmonopolisten sind um Worte nicht verlegen —, sind natürlich nur Ausflüchte.

Neues Futter für den Oelimperialismus. Das Mossulgebiet ist seit langem der wichtigste Streitgegenstand zwischen den großen internationalen Oelmächten. Die Vorherrschaft der Royal Dutch Shell und der Anglo Persian Company im Mossulgebiet ist stark umstritten. Jetzt wird gemeldet, daß die von diesen beiden Gesellschaften beherrschte Turkish Petroleum Company in der Nähe von Kerkuk große und ergiebige Petroleumquellen entdeckt hat, deren tägliche Ausbeute mit 5000 Tonnen beziffert wird. Der Wettkampf der internationalen Oelimperialisten hat also neue Nahrung gefunden.

In der 14. Straße.

Von Ossip Dymow.

Die 14. Straße in New York scheidet die Stadtteile Down-Town und Up-Town. Südlich von diesem Trennungsstrich liegt die Gegend, wo die Auswanderer wohnen — das ist der Wohnsitz der Armut, der Bezirk der Idealisten, der Phantasten und der Selbstmörder. Hier wird manchmal ein Messer scharf geschliffen und manche böse Tat ausgeheckt.

Nördlich von der 14. Straße beginnt die vornehme Gegend, das „feine" New York. Die Schaufenster der Läden sind breit, aus gutem durchsichtigen Glas, und sie lassen eine reiche Fülle der seltsamsten Dinge sehen. Das ist die Gegend der teuren Automobile, der Luxusrestaurants und vor allem — der teuren Frauen. „Unten" herrscht ein Wirrwarr von fremden Sprachen und Mundarten, rauh ist das Benehmen und das Aeußere der Menschen, „oben" spricht man ein gutes amerikanisches Englisch, man sieht beherrschte Gesten, ausgeglichene Höflichkeit und höflichen Haß.

Die 14. Straße ist die Durchgangstür von den Hinterstuben zu den Gesellschaftsräumen New Yorks; sie ist eine wichtige Grenzlinie, eine der Hauptarterien im Leibe der gigantischen Stadt der Städte.

Zwiefach ist das Antlitz dieser Straße. Weil sie eine Grenze bildet, hat sie etwas vom Wesen beider Seiten an sich. Sie ist breit und geräumig, wie die Straßen von Up-Town, man hört auf ihr allerhand Dialekte, doch auch korrektes Englisch. Hier endet der Ton der fremden Einwanderer, und es beginnt das Nationale, soweit man in Amerika überhaupt von Nationalem sprechen kann. — — —

An dieser Grenze zweier Welten — gedeiht und lebt die Prostitution. So ist es immer: Grenzen werden stets durch Menschenleben bezeichnet. So ist es im Kriege, wenn man junge Männer rasch abschlachtet, — so ist es im Frieden, wenn junge Weiber langsam in Raten gemordet werden. . . In der 14. Straße sind die Frauen unnatürlich zurückhaltend bei Tage und unnatürlich frech bei Nacht. . . Junge Kerle stehen an den Ecken und pfeifen durch die Zähne: mal locken sie, mal ist es eine Warnung vor der Polizei.

Kalt-gierige Augen im Dunkel der Torwege. Marktschreierische Plakate von „Burlesken" und „Vaudevilles". Hastiges Geflüster unter dem Eisengerüst der Hochbahn, Klänge eines automatischen Klaviers. Ein angeblich wissenschaftliches Panoptikum: eine wächserne Hexe am Eingang reißt den zahnlosen Mund auf. Altkleiderläden, in denen das ganze Jahr hindurch „Ausverkauf wegen Aufgabe des Geschäftes" stattfindet. Elektrische Lichtreklamen. Taubstumme Zeitungsverkäufer, die mit den Fingern ihre Ware ausschreien. Alles unwirklich, leblos, automatisch, häßlich verzerrt, verunstaltet. . .

Lüge. Scheußlichkeit. Das Leben ist zur Maschine geworden. Der Hauch der Prostitution liegt auf allem — auf den Menschen, auf den Dingen, auf den Steinen.

So ist die 14. Straße von New York, die Down-Town von Up-Town trennt, eine Scheidelinie, eine Grenze zwischen zwei Welten — die bekannteste Straße in Amerika. . .

Eine eigenartige Welt lebt in diesem langen engen Schlauch, der New York von Fluß zu Fluß durchzieht, der Amerika durchschneidet als ein tief ins Fleisch gehender Schnitt, aus dem nicht Blut sickert, sondern die Leben junger Weiber.

Grenzen werden immer durch vernichtete Menschenleben bezeichnet. — — —

Ein Uhr nachts. Die Züge der Hochbahn verkehren weniger häufig. Das Rattern der Räder, das Kreischen der Bremsen tönt ferner und seltener. Vom Meere her weht herbstlicher Ostwind. Die anspruchslosen Vergnügungen sind zu Ende. Amerikaner, Juden, Italiener haben sich schon in ihre bescheidenen Behausungen zerstreut. New York schläft und knurrt noch im Schlaf: mit dem eisernen Kreischen der Straßenbahn, dem fernen Heulen der Dampfer, dem keuchenden Dahinstürmen eines Automobils. . . Es ist so, als wälze sich ein riesiges Ungeheuer mit eisernem Magen und elektrischen Augen unruhig im Schlafe. . .

Auf der 14. Straße blinzelt und regt sich noch eigenartiges Leben. Ein junger Bengel läuft vorbei und ruft eine Morgenzeitung aus. Er ist schon ganz heiser — nicht nur seine Stimme, auch seine Augen wirken heiser. Polizisten haben sich in finsteren Ladeneingängen verborgen oder wollen sich da wärmen. Detektive schleichen vorbei. Oder sind es Verbrecher? — Wer weiß?

. . . Ein junger Mensch schreitet die 14. Straße entlang: er ist anständig gekleidet und trägt einen Fingerring. Sein Gesicht ist bleich von der Gier unbefriedigter Jugend: in seinen Augen liegt der angespannte Blick, den ein kräftiger, satter aber einsamer Mann hat bei Nacht. Dieser Blick macht gierig Jagd auf jede vorübergehende Frau, als wollte er sie aus dem Nachtdunkel herausholen und an sich reißen.

An der Ecke der 3. Avenue bemerkt der nächtliche Wanderer ein junges Weib mit stark gepudertem Gesicht. Sie lehnt an einem Zeitungskiosk und wartet anscheinend auf jemand.

Zwanzig Schritt vor ihr steht eine alte Frau und schiebt einen Kinderwagen hin und her. Offenbar hatte weder die Alte noch das Kind im Wagen etwas mit der Jungen zu tun. Trotzdem wartete der Mann an der Ecke, ob die Junge sich nicht von der Alten entfernen würde. Da sie es nicht tut, tritt er zum Kiosk, kauft der Form wegen dem taubstummen Verkäufer eine Zeitung ab und spricht die junge Person an.

„Was will denn die Alte so spät noch mit dem Kinde auf der Straße?"

Das junge Mädchen antwortet, als sei sie eine alte Bekannte.

„Sie ist heute früh aus ihrer Wohnung herausgesetzt worden. Nun wartet sie."

„Auf wen denn?"

„Ich weiß nicht. Verwandte haben versprochen zu kommen." —

„Was sollen denn das für Verwandte sein? Um zwei Uhr nachts!" brummte der Mann.

„Ich weiß auch nicht," entgegnete sie. „Na — und?"

Er senkte seine Stimme, verschlang das junge Weib mit den Augen und fragte:

„Kommst du mit? Ja?"

„Wart' mal. Einen Augenblick."

Sie trat zu der Alten und sagte:

„Paß auf den Jungen auf, Mama. In einer Stunde bin ich wieder da."

Die Alte entgegnete nichts, regte den Kopf nicht, schob weiter den Kinderwagen hin und her.

Die Junge lächelte mit ihren grellroten Lippen und tud ihren neuen Bekannten ein.

„Na komm!"

(Deutsch von Erich Boehme.)

Die Unternehmerfalle.

Der Braunkohlenunternehmer (zum Arbeiter): „Aber, bitte, Du kannst die Lohnerhöhung sofort haben, wenn Du mir nur hilfst, ein wenig an dieser Schnur zu ziehen!"

Der transneptunische Komet entdeckt.

Von Moritz Loeb.

Die Meldung von der Entdeckung eines neuen Planeten, der außerhalb der Neptunsbahn die Sonne umkreist, wäre mit großer Vorsicht aufzunehmen, wenn sie nicht von einem bedeutenden astronomischen Institut, der Sternwarte in Kapstadt, an die Royal Society in London, die bedeutendste gelehrte Gesellschaft der Erde, gerichtet wäre. Zwei wissenschaftliche Institutionen von so hohem Ansehen werden aber nicht leichtfertig eine Nachricht in die Welt setzen, solange sie nicht davon überzeugt sind, daß sie auf Richtigkeit beruht. Und wenn selbstverständlich auch noch genauere Einzelheiten über die Entdeckung abgewartet werden müssen, bevor man mit Bestimmtheit erklären kann, daß sich unser Sonnensystem in unserer Erkenntnis um einen weiteren bedeutenden Weltkörper vergrößert hat, so bildet die Nachricht von der Auffindung des transneptunischen Planeten doch eine wissenschaftliche Sensation, die eingehenderer Würdigung schon jetzt wert ist.

Es ist freilich nicht ausgeschlossen, daß man auf der Kapstadter Sternwarte statt eines Planeten einen noch unbekannten Kometen auf photographischem Wege entdeckt hat, und man wird die genaue Berechnung der Bahnelemente des neuen Sternes abwarten müssen, um über seine Natur Einwandfreies feststellen zu können. Darüber wird gerade dann, wenn das photographierte Objekt in der Tat ein Planet sein sollte, jedenfalls noch längere Zeit vergehen; denn die scheinbare Bewegung eines außerhalb der Neptunsbahn seine Kreise ziehenden Wandelsterns muß außerordentlich langsam sein. Schon Neptun legt jährlich im Tierkreis nur zwei Grad zurück; demgemäß würde der neue Planet seinen Ort am Himmel innerhalb eines Jahres um weniger als einen Grad verändern, und es bedarf angesichts dieser langsamen Fortbewegung bei der großen Entfernung sehr genauer Beobachtungen und Messungen, um festzustellen, ob das entdeckte Objekt, das wir hier einstweilen der Kürze halber Transneptun nennen wollen, in einer Kreisbahn oder in einer elliptischen Bahn um die Sonne läuft. Die Bahn des Neptun ist fast völlig kreisförmig, und das gleiche würde aller Wahrscheinlichkeit nach auch beim Transneptun der Fall sein; denn die Kreisform wird durch die große Entfernung vom Zentralgestirn bedingt. Kometen dagegen bewegen sich in parabolischen oder hyperbolischen Bahnen; die erstgenannten werden von jenen Haarsternen beschrieben, die, wie z. B. der Halleysche Komet, innerhalb bestimmter Zeiträume wieder in die Nähe der Sonne zurückkehren und demgemäß eine in sich geschlossene, wenn auch sehr exzentrische Bahn haben. Die in hyperbolischen Bahnen verlaufenden Kometen kommen dagegen aus den unendlichen Tiefen des Weltenraumes nur einmal in den Anziehungsbereich der Sonne, um dann für alle Ewigkeit wieder in den Weltraum zu tauchen. Zu ihnen gehören neben den vielen unscheinbaren Haarsternen, deren jedes Jahr mehrere entdeckt werden, alle die großen, geschichtlich berühmt gewordenen Kometen, von denen freilich in jedem Jahrhundert nur einige auftauchen, und deren letzter der Johannesburger Komet aus dem Jahre 1910 gewesen ist. Vor ihm war zuletzt im Jahre 1882 ein großer, nichtperiodischer Komet in unser Sonnensystem gelangt.

Schon seit vielen Jahrzehnten, bereits bald nach der Entdeckung des Neptun, haben die Astronomen aus den Störungen der Neptunsbahn auf das Vorhandensein eines noch weiter entfernten Planeten geschlossen, freilich ohne seine Existenz bisher tatsächlich nachweisen zu können. Anfang Januar 1909 glaubte man ihn bereits entdeckt zu haben; Pickering und Soor hatten damals im Sternbild der Zwillinge fast gleichzeitig — der Amerikaner auf dem Harvard-Observatorium, Soor in London — mittels der photographischen Platte einen Stern entdeckt, den sie für den transneptunischen Planeten hielten. Aber es war ein Irrtum, und obwohl seither mehrere Astronomen, unter ihnen Newcomb und See, der sich neuerdings besonders durch seine Sonnenfleckenperioden einen Namen gemacht hat, aus den Störungen der Bahn des Neptun den mutmaßlichen Ort des hypothetischen Transneptun berechnet hatten, war es nicht gelungen, den Planeten aufzufinden. Diese Aufgabe war allerdings auch weit schwieriger als die Auffindung des Neptun, der immerhin noch ein verhältnismäßig helles Gestirn ist und zur achten Größenklasse gehört. Sie war trotzdem eine der glänzendsten Ruhmestaten der mathematischen Astronomie, weil der Ort des Neptun vorher errechnet worden war. Die fünf sonnennächsten Planeten Merkur, Venus, Mars, Jupiter und Saturn waren, da sie durchweg helle, mit bloßem Auge gut sichtbare Sterne sind, schon im Altertum als Wandelsterne bekannt; aber erst im Jahre 1781 fand Herschel den Uranus auf, den siebenten in der Reihe der Planeten, nachdem seit Kopernikus und Galilei auch die Erde, die in der Entfernung von der Sonne zwischen Venus und Mars steht, als Wandelstern erkannt war. Anfangs hielt man Uranus für den äußersten Planeten unseres Sonnensystems; der Berliner Astronom Bessel sprach aber schon im Jahre 1823 die Ansicht aus, daß sich jenseits der Uranusbahn noch ein weiterer Planet befinden müsse. Denn die Beobachtungen des Uranus waren mit der für ihn berechneten Bahn nicht in Einklang zu bringen, und es zeigten sich Störungen, die nur von einem noch entfernteren, vorläufig aber unbekannten Planeten herrühren konnten. So lagen die Verhältnisse bis zum Jahre 1845. Damals lebte in Paris ein junger Mathematiker, Leverrier, der zwar in gelehrten Kreisen noch unbekannt war, sich aber bereits durch einige wertvolle Arbeiten bei Arago, dem Direktor der Pariser Sternwarte, gut eingeführt hatte. Ihm gab Arago den Rat, die Abweichungen des Uranus von der vorausberechneten Bahn zu untersuchen und zahlenmäßig zu ermitteln, wo etwa ein noch unbekannter Planet sich im Raum bewegen müsse, um die Abweichungen der Uranusbewegung hervorzubringen. Leverrier, der am 31. August 1846 sein Resultat der Akademie der Wissenschaften in Paris vorlegen konnte, forderte kurz darauf den Berliner Astronomen Galle brieflich auf, an der vorausberechneten Stelle nach dem Planeten zu suchen. Man hatte nämlich damals an der Berliner Sternwarte gerade eine Karte der betreffenden Himmelsgegend fertiggestellt, was Leverrier bekannt war. Am 23. September 1846 kam sein Brief an Galle in Berlin an, und noch am Abend desselben Tages fand der damals vierunddreißigjährige Astronom — er ist erst 1910 im märchenhaften Alter von 96 Jahren in Potsdam gestorben — tatsächlich den errechneten Stern fast genau an der von Leverrier angegebenen Stelle des Himmels auf.

Neptun ist im Mittel 4470 Millionen Kilometer von der Sonne entfernt und umkreist sie in 164¾ Jahren. Auf Grund der Entfernungen innerhalb des Sonnensystems ist anzunehmen, daß der Transneptun mindestens dopelt so weit von der Sonne entfernt ist, und die Meldung aus Kapstadt spricht denn auch von rund der siebzigfachen Distanz, die zwischen Sonne und Erde herrscht. Das sind rund 10½ Milliarden Kilometer, und der Umlauf eines in diesem Abstand um die Sonne kreisenden Wandelsterns dürfte 330 bis 350 Jahre dauern. Das Licht des Transneptun, das er von der Sonne empfängt, braucht 10 Stunden, um diese Distanz zu durcheilen und ungefähr die gleiche Zeit, um von dort zur Erde zu gelangen. Ueber seine mutmaßliche Größe läßt sich kaum mehr sagen, als daß Transneptun wahrscheinlich weit größer als die Erde sein und mindestens dem Neptun darin gleichkommen wird, dessen Durchmesser viermal, dessen Masse sechzehnmal so groß ist wie die der Erde. Neptun hat auch einen Trabanten, der den Hauptkörper in etwa sechs Tagen umkreist und die merkwürdige Eigenschaft besitzt, daß er sich entgegen den sonst gültigen Drehungsgesetzen in unserem Sonnensystem von Osten nach Westen bewegt. Er erscheint uns als ein Sternchen vierzehnter Größe, kann daher nur in den allerstärksten Instrumenten als winziges Lichtpünktchen wahrgenommen werden.

Ueber den Ort des neu entdeckten transneptunischen Planeten am Himmel ist noch nichts Näheres bekannt; gewiß werden aber nun die Observatorien mit Spannung eingehendere Nachrichten aus Kapstadt erwarten, um ihrerseits die Richtigkeit der Entdeckung nachprüfen zu können.

Die Ursachen des Vogelzuges.

Der alljährliche Zug der Vögel, der jetzt wieder einzusetzen beginnt, hat die Wissenschaft schon seit langem beschäftigt, ohne daß es bisher gelungen ist, eine einwandfreie Erklärung dieses geheimnisvollen Vorganges zu finden. Mit einer neuen Theorie, die sich auf langjährige Beobachtungen und Versuche stützt, tritt nun der Bostoner Ornithologe Prof. William Rowan in einem Aufsatz der Londoner „Nature" hervor. Er sieht das Auslösermoment für die Wanderungen der Vögel in der Länge der Tage durch die ihr Wanderungsinstinkt geleitet wird. Der einzige regelmäßige Faktor, der für die außerordentliche Regelmäßigkeit der Vogelzüge bei manchen Gattungen bestimmend sein kann, ist die Dauer des Tageslichtes. Rowan beruft sich besonders auf den Einfluß der Tageslänge auf das Wachstum und die Entwicklung der Pflanzen, den man in letzter Zeit einwandfrei festgestellt hat. Alle Gründe sprechen dafür, daß die Dauer des Tageslichtes auch die Tiere beeinflußt. Bei den Vögeln glaubt der Gelehrte an eine direkte und eine indirekte Einwirkung. Die indirekte besteht in der größeren oder geringeren Zeit, die den Tieren bei der Veränderung der Tageslänge zur Nahrungssuche bleibt. Aber das Licht hat auch einen Einfluß auf die Drüsenentwicklung der Vögel, die Rowan durch Versuche gezeigt hat. Eine Verlängerung des Tageslichtes im Herbst, die durch künstliche Beleuchtung nach Eintritt der Dunkelheit hervorgebracht wird, ruft ein vorzeitiges Wachstum der Keimdrüsen hervor, das bei dem Männchen von Singen begleitet wird. Bei Vögeln, die normalerweise im frühen Herbst südwärts ziehen, wird durch diese künstliche Beleuchtung und die damit zusammenhängende Vergrößerung der Drüsen mitten im kanadischen Winter der Wanderungsinstinkt erregt, so daß sie, wenn sie freigelassen werden, sofort ihren Zug antreten. Dagegen treten Vögel, deren Drüsen in der natürlichen minimalen Größe bleiben, die Wanderung südwärts überhaupt nicht an. Nach der Ansicht des amerikanischen Forschers ist also in den Veränderungen der Keimdrüsen den Vögeln ein Signal gegeben, das sie zu ihrem Zuge veranlaßt, und diese Drüsenentwicklung wieder hängt mit der Einwirkung des Sonnenlichtes und der Länge der Tage zusammen.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Bezirksvorstandssitzung heute, Mittwoch, pünktlich 19½ Uhr, im Jugendsekretariat.

Die Bücherstube ist heute, Mittwoch, von 17—19 Uhr, geöffnet.

Abrechnungen aller Art heute, Mittwoch, zwischen 17 und 19 Uhr.

Heute, Mittwoch, 19. Oktober 19½ Uhr:

Wedding: Heim Ges- Ecke Turiner Straße. „Jugendpolitische Fragen." — **Humannplatz:** Heim Eberswalder Str. 10. Glasbrenner-Abend. — **Hohenschönhausen:** Heim Freienwalder Str. 5/6. „Unser Kampf für Jugendschutz und Jugendrecht." — **Charlottenburg-Nord:** Heim Olbersstraße. „Kulturreaktionäre Gesetze", 3. Teil. — **Spandau:** Heim Lindenufer 1. „Wilhelm Liebknecht." — **Tempelhof:** Lyzeum Germaniastr. 4/6. „Jugend und Kirche." — **Wannsee:** Schule Charlottenstraße. Kleist-Abend. — **Kaulsdorf:** Schule Adolfstraße. „Das Volkslied." — **Neu-Lichtenberg:** Prinz-Albert-Straße. Lichtbildervortrag: „Geschichte der Arbeiterjugend." — **Lichtenberg-Nord:** Heim Dossestr. 22. „Die arbeitende Jugend." — **Lichtenberg-West:** Heim Scharnweberstraße. Politisch-satirischer Abend.

Werbebezirk Neukölln: Die Bibliothek ist eröffnet. Bücherausgabe von 19—21 Uhr im Heim Bergstr. 29, Zimmer 10.

Werbebezirk Müggelsee: Beteiligung am Elternabend in Köpenick.

> **Köpenick:** Stadttheater, Wilhelmplatz. Elternabend. Vortragsfolge: Musik, Aufführungen, Lieder zur Laute, Volkstänze. Beginn 20 Uhr. Unkostenbeitrag 30 Pf.

Werbebezirk Prenzlauer Berg: Der Funktionärkursus findet erst am 5. und 6. November statt. Beginn des Kursus „Einführung in die Soziologie" am 12. November.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S 14, Sebastianstr. 37/38, Hof 2 Tr.

Mittwoch, 19. Oktober. **Mitte:** 3., 4. und 5. Kameradschaft Soolschuß Gewerkschaftshaus. Versammlung der SPD. **Friedrichshain:** Kameradschaft Bülching 19½ Uhr äußerst wichtige Versammlung sämtlicher Jungkameraden bis 21 Jahr bei Künsch, Weberstr. 15. Erscheinen Pflicht. **Charlottenburg:** 20 Uhr Vollversammlung des Ortsvereins im Edenpalast, Kaiser-Friedrich-Str. 24. Jeden Donnerstag ab 20 Uhr Turnen in der Turnhalle Schillerstr. 26. — **Donnerstag, 20. Oktober.** **Lichtenberg** nebst Untergruppen: 20 Uhr bei Neumann, Emanuel- Ecke Leopoldstraße, letzte Zug-, Gruppen- und Ortsgruppenführersitzung. Beschlußfassung über die Einteilung in Kameradschaften. Niemand darf fehlen. **Pankow:** 20 Uhr Lichtbildervortrag Jugendheim Görschstraße. Sämtliche Jugendkameraden. Republikaner als Gäste willkommen. **Adlershof:** 20 Uhr Mitgliederversammlung bei Lehnguf, Sedanstraße 3. Vortrag Kamerad Zabel: „Von der Erwerbslosenfürsorge zur Arbeitslosenversicherung." Erscheinen aller aktiven und passiven Kameraden Pflicht. — **Freitag, 21. Oktober.** **Tiergarten:** Kundgebung der Kameradschaft Arminius 20 Uhr Arminiushallen, Bremer Straße. Referat Kamerad Otto Meier, M. d. L. Kameradschaft Arminius, Wessen I und II Antreten zum Platzkonzert Kleiner Tiergarten 18½ Uhr. Kameradschaft Stephan und Hansa 19½ Uhr Saalschutz Arminiushallen. **Prenzlauer Berg:** Kameradschaft Arnswalder Platz 20 Uhr Versammlung im Werneuchener Schloß. **Steglitz** (Ortsverein): 20 Uhr im Albrechtshof, Steglitz, Rathausplatz, große Kundgebung. Es sprechen: Kamerad Stampfer (SPD.), Dr. Raucker (DDP.), Dr. Leipel (Zentr.). Großberliner Kameraden und Republikaner herzlich willkommen. — **Niederbarnim-Nord:** Sonntag, d. 23., Kreispflichtveranstaltung an der Nordbahn. Eintreffen der Ortsgruppen des Bezirks Bernau 13 Uhr Bahnhof Hohenneuendorf, des Bezirks Liebenwalde 13 Uhr Bahnhof Schildow, des Bezirks Oranienburg 13 Uhr Bahnhof Borgsdorf.

Vereinigung der Frauen und Mütter von Groß-Berlin. Der Beratungsabend für die Frauen und Mütter von Groß-Berlin findet Montag, 24. Oktober, im Bürgersaale des Berliner Rathauses, Eingang Königstraße, statt. Dr. Besch spricht über das Thema: „Gesundheitliche Tagesfragen." Es folgen Flötenvorträge des Virtuosen Alfred Lichtenstein. Anfang 20 Uhr. Zutritt frei.

Deutscher Esperantobund. Ortsgruppe Berlin. Freitag, 21. Oktober, 20 Uhr, Konditorei Dobrin, Hackescher Markt. Uebungsabend. Gäste willkommen.

Berliner Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege E. V. Sitzung am Dienstag, 25. Oktober, 20 Uhr, im Hygienischen Institut der Universität, Dorotheenstr. 28a. 1. Wahl eines Ehrenmitgliedes. 2. Resolution betr. Bedrohung von Grünflächen des Tiergartens. 3. Herr Prof. Dr. F. Schütz: „Die Trinkwasser-Chlorierung und ihre Kontrolle." Gäste willkommen.

Berliner Handwerkerverein. Mittwoch, 19. Oktober, 20 Uhr, Sophienstr. 18. Lichtbildervortrag Dr. Wegner: „Das Berliner Planetarium und eine Reise durch das Weltall."

Arbeiter-Samariterkolonne. Abt. Prenzlauer Berg: Mitgliederversammlung Mittwoch, 19. Oktober, Lokal Büttner, Schwedter Straße.

Arbeiter-Abstinentenbund. Bezirk Norden: Zusammenkunft Donnerstag, 20. Oktober, 20 Uhr. Vortrag über „Gärungslose Fruchtsaftbereitung" mit praktischer Vorführung.

Mieterbund des Verwaltungsbezirks Steglitz E. V. Donnerstag, 20. Oktober, 20 Uhr, „Zum Hindenburg", Lichterfelde, Hindenburgdamm 115, öffentliche Versammlung. Tagesordnung: 1. Deutsche und ausländische Wohnungswirtschaft. 2. Ueber Instandsetzungsarbeiten, unter besonderer Berücksichtigung der Schönheitsreparaturen. 3. Aussprache, Beantwortung von Anfragen durch den Syndikus.

Einheitsverband sozialistischer Handel- und Gewerbetreibender und sonstiger Berufe. Monatsversammlung Donnerstag, 20. Oktober, 20 Uhr, Gewerkschaftshaus, Engelufer 24/25, Konferenzsaal (Eingang vom Restaurant). Gäste und Sympathisierende willkommen.

Reichsbund der Kinderreichen. Oeffentliche Versammlung Mittwoch, 26. Oktober, 20 Uhr, „Zum Alten Askanier", Anhaltstr. 11. Vortrag: „Reichsverfassung und Schutz der Familie."

Schul-Mappe

Mädchen-Kleid aus Popeline, rot oder blau, Bluse mit abknöpfbar. Rock. Länge 50 cm .. 9⁷⁵ Jed. weit. Gr. 1,00 mehr

Mädchen-Mantel aus molligem Flauschstoff, reich mit Pelzimitation garn., Länge 45 cm 13⁵⁰ Jed. weit. Grösse 1,00 mehr

Knaben-Anzug, Seekadett, beste Verarbeit., ganz gefütt., f. ca. 2 Jhr. 25⁰⁰ Jed. weit. Gr. 1,50 mehr mit langer Umschlaghose ... 27⁵⁰ Jed. weit. Gr. 2,50 mehr

Kinder-Waschsamtkleid mit Höschen, in verschied. Farben, für ca. 2 Jahre 12⁰⁰ Jede weitere Grösse 1,00 mehr

Kinder-Kleid aus warmem Flanell, mit langen Aermeln, für ca. 2 Jahre 2⁰⁰ Jede weit. Grösse 30 Pf. mehr

Kinder-Hut für grössere Mädchen, besond. kleidsam, mit breit. Ripsbandgarnitur, gut. Antilopenstoff 3⁰⁰ aus schwer. Filz ca. 4⁰⁰

Kinder-Hut, guter Antilopenstoff, Rand ganz durchsteppt, viele Farben 3²⁵

Kinder-Bekleidung

Kieler Pyjack mit Armelschoner und warmem Futter, für ca. 2 Jahre 8⁷⁵ Jede weitere Grösse 75 Pf., ab Gr. 7 1,25 mehr

Kieler Wollanzug Hose gefütt., Armelsch. u. dopp. Krag., f. 2 Jahre 9⁷⁵ Jede weitere Grösse 75 Pf., ab Gr. 7 1,25 mehr

Knaben-Mantel aus engl. gemust. Stoffen, warm. Futter, für ca. 2 J. 12⁰⁰ Jede weitere Grösse 1,00 mehr

Anzug für Knaben, Einknöpfer od. Sweaterform, i. Kammgarnwoll. gestrickt, f. ca. 2 Jahre 9⁷⁵ Jede weitere Grösse 75 Pf. mehr

Sportanzug aus Stoffen englischer Art, ganz gefüttert, für ca. 6 Jahre 16⁷⁵ Jede weitere Grösse 1,50 mehr

Knaben-Manchesterhose für ca. 5 Jahre 5⁷⁵ Jede weitere Grösse 50 Pf. mehr

Kinder-Taschen in vielen Farben und Ausführungen 95 Pf.

Kinder-Taschen echt Leder, apart verarbeitet 1⁷⁵

Mädchen-Hemden mit Stickerei garniert, Länge 40 cm 95 Pf. Jede weitere Länge (5 cm) 15 Pf. mehr

Mädchen-Nachthemden Westenform, Stick. u. Klöppelspitze, Lg. 60 2⁷⁵ Jede weitere Länge (10 cm) 40 Pf. mehr

Knaben-Hemden gut. Hemdentuch, Schillerform .... Länge 45 85 Pf. Jede weitere Länge (5 cm) 15 Pf. mehr

Flanellpyjama für Kinder, schöne Ausmusterung .... Grösse 1 4⁵⁰ Jede weitere Grösse 75 Pf. mehr

Kinder-Schlüpfer mit angerauhtem Futter, in schönen Farben, Grösse 35 1¹⁰ Jede weitere Grösse 20 Pf. mehr

Kinder-Schlüpfer Kunstseide, mit angerauht. Futter, sehr gute Qual., Gr. 1 1⁶⁵ Jede weitere Grösse 20 Pf. mehr

Kinder-Hemdhosen makofarbig, gute haltbare Qualität .... Grösse 55 1⁷⁵ Jede weitere Grösse 20 Pf. mehr

Kinder-Trikots ohne und mit Klappe, gute wollhaltige Qualität .... Grösse 60 1⁹⁵ Jede weitere Grösse (10 cm) 30 Pf. mehr

Strumpfwaren

Baumwolle ¹/₁ gestr. schwarz u. farbig, Gr. 1 55 Pf. Jed. weitere Grösse 10 Pf. mehr

Reinwoll. ¹/₁ gestrickt schwarz und farbig, Gr. 1 1²⁵ Jed. weitere Grösse 20 Pf. mehr

Reinw. Kniestrümpfe mit Umschlag, Grösse 3 1⁸⁰ Jed. weitere Grösse 20 Pf. mehr

Handschuhe

Trikot oder gestrickt, farbig 95 Pf.

Trikot durchgehend gefüttert ... 1⁴⁵

Kappa-Stepper 1 und 2 Druckknöpfe 3⁵⁰

Kappa-Stepper durchgehend Futter 4⁸⁰

Mädchen-Schürze Kretonne, Grösse 40—70 95 Pf.

Knaben-Schürze .... Grösse 40—50 95 Pf.

Schulschürze schwarz Alpaka, in verschiedenen Grössen 1⁹⁵

Schuhwaren

Kinder-Stiefel schwarz Rindbox, fester Schulstiefel ... Gr. 27—30 6⁷⁵ 31—35 7⁷⁵

Kinder-Lack-Spangenschuhe bequeme Form 27—30 5⁵⁰ 31—35 6⁵⁰

Kinder-Latschenschuhe Filz- und Ledersohle, Kamelhaarart, Gr. 31—35 1⁹⁵

Backfisch-Lack-Spangenschuhe mit Durchbruch, Gr. 36—39 12⁵⁰

Besuchen Sie unsere

Handarbeits-Ausstellungen

Wir zeigen in allen unseren Häusern aparte Neuheiten auf den verschiedensten Gebieten der Handarbeitskunst. — Die Ausstellung ist verbunden mit theoretischen und praktischen Anleitungen zur Selbstanfertigung der ausgestellten Modelle

In uns. Häusern Leipziger Str., I. Stock, Alexanderpl., II. Stock, vorm. 11 Uhr, nachm. 3½ Uhr, Vorführungen

„Die Kleidung der Dame"

Eintritt nur für Damen.

Karten sind, soweit Vorrat, an den Kassen unserer Damen-Wäsche- und Damen-Konfektions-Abteilungen kostenlos erhältlich

HERMANN TIETZ

Leipziger Str. ✶ Alexanderplatz ✶ Frankfurter Allee ✶ Belle-Alliance-Str. ✶ Brunnenstr. ✶ Kottbuser Damm ✶ Wilmersdorfer Str. ✶ Andreasstr. ✶ Chausseestr.

Bekanntmachung.

Für den Kreis Niederbarnim ist für die Zeit vom 12. bis 15. November 1927 (Sonnabend, Sonntag, Montag und Dienstag, und zwar in der Zeit von 4 Uhr nachmittags (16 Uhr) des ersten Tages bis um 4 Uhr nachmittags (16 Uhr) des letzten Tages) eine allgemeine Rattenvertilgung angeordnet. Verpflichtet sind u. a. auch alle Besitzer von im Kreise befindlichen Wohnlauben usw. Die näheren Anordnungen sind in Nr. 243 des Niederbarnimer Kreisblattes vom 18. Oktober 1927 (Redaktion in Oranienburg) veröffentlicht.

Wer den von mir getroffenen Anordnungen zuwiderhandelt, wird nach den geltenden diesbezüglichen Vorschriften mit Geldbuße bis zu 150 Mark oder mit entsprechender Haft bestraft.

Berlin, den 10. Oktober 1927.

I 3.3617. Der Landrat: Schlemminger.

KRONLEUCHTER FABRIK Prinzenstr. 33

SIEGEL & Co BERLIN, S. 42

Mess. blank mit 70 cm gefüttertem Seidenschirm

E3 M. 39.— E3

Kulante Zahlungsbedingungen Grösstes Musterlager Berlins!

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Freitag, den 21. Oktober, abends 7 Uhr, im Lokal von Hummel, Sophienstr. 5

Gruppenversammlung aller Scharf- u. Werkzeugschleifer.

Tagesordnung: 1. Unsere Löhne im letzten halben Jahr. 2. Gruppenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht.

Die Ortsverwaltung.

Verkäufe

Beachtenswert! Deutsches Teppichhaus Emil Lefèvre seit 1882 nur Oranienstraße 158. Keinerlei Beziehungen zur Firma gleichen Namens Potsdamerstraße.

Gaskrone billig verkäuflich. Bauchstraße 18 (Zigarrengeschäft).

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Leihhaus Spiegel, Chausseestraße 7. Gelegenheitskäufe wenig getragener, auch neuer Herrengarderoben, Pelzwaren. Keine Lombardware.

Von Kavalieren wenig getragene sowie neue Herrenanzüge, Ulster, Paletots, jede Figur passend, Sportpelze, Gehpelze, Damenpelzmäntel, Pelzjacken, Pelzkragen verkauft spottbillig Leihhaus, Friedrichstraße 2, Belle-Alliance-Platz. Keine Lombardware.

Wenig getragene Kavaliergarderobe von Millionären, Aerzten, Anwälten. Fabelhaft billige Preise. Empfehle Taillenmäntel, Paletots, Fracks, Smokings, Gehrockanzüge, Hosen, Sportpelze, Gehpelze. Gelegenheitskäufe in neuer Garderobe. Weitester Weg lohnend. Lothringerstraße 56, 1 Treppe, Rosenthaler Platz.

Wenig getragene Jackettanzüge, teils auf Seide, 18,—, Smokinganzüge, Cutawayanzüge, Taillenmäntel, Paletots, äußerst billig. Gelegenheitskäufe in neuer Herrengarderobe. Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 203—204, Ecke Rosenthaler Straße. Keine Lombardware.

Halbdaunenbetten 26,—! Daunenbetten 38,—! Prima Halbdaunen 3,50! ½-Daunen 5,75! Bettenfabrik, Brunnenstraße 115, hochparterre.

Ottoman-Mäntel 28,—, prachtvolle Herbstneuheiten, teils auf Seide, Pelzbesatz. Tuch, Affenhaut-Mäntel mit kleinen Fehlern 10,—. Flauschmäntel 6,—. Charlottenburg, Bismarckstr. 59 II.

Möbel

Nur Rehfeld, Badstraße 34, gutlackierte Küchen 69,—, mit Anrichte 108,—, 125,— usw. Korbmöbel sehr billig. Kleiderschränke 49,—, 68,—, Standuhren 95,—, 120,—. Metallbettstellen, extrastark, mit Messing 29,50. Hausnummer achten.

Nur Rehfeld, Badstraße 34 (Laden), liefert Schlafzimmer, echt Eiche, großer Ankleideschrank mit Spiegel, zwei Bettstellen mit Auflage, zwei Nachttische mit Marmor, eine Waschtoilette mit Spiegel für 245,—, 425,—, 475,— usw. Hausnummer achten.

Nur Rehfeld, Badstraße 34, liefert reelle Tischlerarbeit, keine Auktionsmöbel, auch unter Zahlungserleichterung frei Haus. Beim Kauf von 100,— an werden 5,— Autogeld vergütet. Achten Sie auf Hausnummer 34.

Nur Rehfeld, Badstraße 34, liefert Ankleideschränke, furniert, dreiteilig, 79,—, mit Spiegel 98,—, 125,— usw. Englische Bettstellen mit Patentmatratzen, dreiteilige Auflagen, 49,50. Große Waschtoiletten mit Spiegel 79,—, Nachttische 14,50. Apotheken 11,50. Hausnummer achten.

Nur Rehfeld, Badstraße 34, liefert Ruhebetten, nagelneu, 27,—. Plüschsofas, Garantiearbeit, 98,—, 120,—. Auflegematratzen 9,75, 12,—, 18,—. Patentmatratzen 11,—, 14,—. Ausziehtische 29,—, 36,—, Rohrstühle 5,25, 4,75. Hausnummer achten.

Nur Rehfeld, Badstraße 34 (Laden), liefert Speisezimmer mit Vitrinenbüfett, Kredenz, großen Ausziehtisch, echte Lederstühle, alles mit schweren Schnitzereien in bester Ausführung, 398,—, 475,— usw. Herrenzimmer: Bücherschrank, Diplomat, runder Tisch, echte Lederstühle, Ledersessel, 375,—, 395,— usw. Hausnummer achten.

Belle-Alliance. Möbelhaus, Friedrichstraße 246, nur Etage. Seltenes Angebot, ein großer Posten gediegener Zimmereinrichtungen zu fabelhaft billigen Preisen. U. a.: elegantes Speisezimmer, Büfett 1,80 breit mit großer Mahagoni-Kristallvitrine, herrliche Intarsienarbeit nur 895,—. Chippendale-Speisezimmer, Künstlerentwurf, Büfett 2,10 breit, 450,—; dasselbe Zimmer mit 2,50 breitem Büfett 675,—. Herrenzimmer von 295,— an. Darunter ein schweres Herrenzimmer mit Bibliothek, 2,10 breit, nur 691,—. Schlafzimmer in sauberster Verarbeitung, Eiche und Mahagoni, von 450,— an. Trotz des billigen Angebotes bequeme Zahlungserleichterung. Langjährige Garantie.

Ausnahme-Angebote! zu tatsächlich günstigen Preisen nur Möbel-Magazin, Invalidenstraße 131, Haltestelle Stettiner Bahnhof, Stammhaus Allgemeinstraße 13.

Polierte Schlafzimmer in Nußbaum, Goldbirke, Mahagoni 650,—, Eßzimmer in Birke, echt Eiche, Büfett, 200 groß, zerlegbar, ganz erstklassige Verarbeitung, komplett 845,—. Möbel-Magazin, Invalidenstraße 131. Haltestelle Stettiner Bahnhof.

Schlafzimmer, 160 groß, echt Eiche, mit Facette-Spiegel und echtem Marmor 385,—, Speisezimmer, echt Eiche, 385,—, Herrenzimmer, komplett, echt Eiche, 285,—, Anrichteküchen, siebenteilig, mit Linoleum, lasiert und lackiert, 88,—. Möbel-Magazin, Invalidenstraße 131. Haltestelle Stettiner Bahnhof.

Ankleideschränke, furnierte, 150 breit, dreiteilig, mit Wäscheabteilung und Spiegel 98,—. Englische Bettstellen, komplett, 55,—. Waschkommoden mit Marmor und Spiegel 78,—. Nachttische mit Apotheken 27,—. Makettsofa 65,—. Chaiselongue 18,—. Standuhren 68,—. Diplomaten 82,—. Vierzanttische 78,—. Riesenauswahl in Einzelmöbel, komplette Einrichtungen. Renaissancemöbel. Zahlungserleichterung. Möbel-Magazin, Invalidenstraße 131. Haltestelle Stettiner Bahnhof.

Gelegenheit. Büfett 75,—. Umbauten 58,—. Nußbaum-Schreibtische mit Aufsatz 86,—. Kleiderschrank 18,—. Vertiko 15,—. Küchen 24,—. Bettstellen 15,—. Waschtoiletten mit Marmor 14,—. Möbel-Magazin, Invalidenstraße 131. Haltestelle Stettiner Bahnhof.

Metallbetten, Chaiselongues, Auflegematratzen, Kinderbetten, Kinderwagen. Teilzahlung zu Kassapreisen. Spezialgeschäft. Schönhauser Allee 8, Schönhauser Tor.

Patentmatratzen, „Primissima"-Metallbetten, Auflegematratzen, Chaiselongues. Walter, Stargarderstraße achtzehn. Spezialgeschäft.

Fünfundfünfzig Herrenzimmer, Ledersofas, Ledersessel, Klubtische, herabgesetzte Preise. Zahlungserleichterung. Kamerling, Kastanienallee 56.

Koffien. Möbeltischlerei, Kastanienallee 57, liefert noch kurze Zeit zu den alten niedrigen Preisen Schlafzimmer und Speisezimmer in allen Größen. Kommen Sie bitte sofort, die Riesenauswahl enthält auch eine Ihrem Geschmack entsprechende Einrichtung zu den billigsten Preisen. Achten Sie genau auf Firma und Hausnummer.

Musikinstrumente

Linkpianos, überaus preiswert, Pianofabrik Link, Brunnenstraße 23.

Mietpianos, teilweise Kaufanrechnung, Teilzahlung. Bahrt, Hauptstraße 1, Ecke Grunewaldstraße.

Zahlung nach Wunsch, Pianos neu und gebraucht, mit herrlicher Tonfülle, ohne Anzahlung, kleine Raten, sehr preiswert. Langjährige Garantie. Pianohaus, Königgrätzerstraße 81.

480,— kosten fabrikneue Eichepianos, schwarz, 3 Pedale. Eisenbeintasten, 580,—, 650,—. Langjährige Garantie. Voigt, Schönleinstraße 6, am Kottbusser Damm.

Fahrräder

Fahrräder, erstklassige Markenräder, Teilzahlung. Fahrradhaus Centrum, Linienstraße neunzehn.

2,50 wöchentliche Teilzahlung Erstklassige Fahrräder. Fahrradhaus Eich, Chausseestraße 91.

Kaufgesuche

Zahngebisse, Silbersachen, Zinn, Blei, Quecksilber. Goldschmelze Christionat, Köpenickerstraße 29 (Adalbertstraße).

Verschiedenes

Vertrauenssache Auskunft, Untersuchung (ärztlich). Frau Erdmann, Köpenickerstraße 131, rechter Vorderaufgang, 1 Treppe. Nähe Schlesischer, Görlitzer Bahnhof.

Saalbau Alpenhof, Invalidenstr. 68, Lehrter Bahnhof. Jeden Mittwoch, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag: Großer Ball. Treffpunkt der Strohwitwer. Erstklassige Stimmungskapelle.

Vermietungen

Mietgesuche

Möbliertes Zimmer, ungeniert, Separateingang vom Flur, im Westen, möglichst Untergrundbahnnähe, gesucht. unter 51, „Vorwärts", Kanitzstraße 123.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Werkzeugdreher, erstklassiger, gesucht. Maschinenfabrik Fritz Kiers, Lichtenberg, Kietzerweg 13.

Rahmenmacher sucht sofort Ferdinand Leon, Ritterstraße 36.

Schneider auf Lederjoppen gesucht, schriftlich unter J. D. 958 befördert Rudolf Mosse, Berlin SW 19.

KLEINE ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts" sind besonders wirksam und trotzdem sehr billig!

Mehrere tüchtige

Maurer

speziell für Kühlermauerwerk in dauernde Beschäftigung sofort gesucht. Stundenlohn Mark 1,22.

Bauhütte G. m. b. H. Solingen